

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1.10 Mark pro Monat, 11.00 Mark pro Quartal, 40.00 Mark pro Jahr. Einzelhefte 20 Pf. Sonntagshefte 10 Pf. Postgebühren sind in den Preisen inbegriffen. Auslandsendungen sind mit 25% Zuschlag zu belegen. Abbestellen kann man jederzeit. Die Redaktion ist für die Rücksendung von Briefen nicht verantwortlich.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Annoncenzeile oder deren Raum 20 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeseuche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Woche über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Samstag, den 29. September 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das britisch-russische Abkommen.

Von unserem Londoner Mitarbeiter wird uns geschrieben: Nach den Erwartungen und Gerüchten, die in bezug auf das britisch-russische Abkommen im Umlauf waren, überrascht sein jetzt veröffentlichter Inhalt im ersten Augenblicke durch die Mäßigung, die die britische Diplomatie an den Tag gelegt hat. Vom Standpunkte Großbritanniens scheint das Abkommen einzig und allein darauf berechnet zu sein, die Nord- und Nordwestgrenze Indiens zu sichern und Mißverständnissen und Intrigen vorzubeugen, die sich aus einem vertragslosen Zustande weiter asiatischer Grenzgebiete gewöhnlich ergeben, wenn zwei europäische Mächte mit gegensätzlichen Interessen sich diesen Grenzgebieten nähern.

Ob dieser Eindruck richtig oder falsch ist, hängt von der Ansicht ab, die man über die persischen Artikel des Abkommens gewinnt. Die das Persische Reich betreffenden Artikel sind, soweit die britischen Interessen in Betracht kommen, mit außerordentlichem Geschick abgefaßt. Wichtig ist schon allein die Tatsache, daß zwischen Großbritannien und Rußland, die sich fast ein Jahrhundert lang in Mittelasien feindlich gegenüber gestanden hatten, ein Abkommen über mittelasiatische Streitpunkte überhaupt zustande kommen konnte. Immer wurde in weltpolitischen Betrachtungen mit diesen Reibungsflächen gerechnet. Nunmehr sind sie auszuhalten — wenigstens vorläufig. Aber die mittelasiatischen Streitpunkte standen nicht isoliert, sondern waren Teile einer ganzen Serie von Gegensätzen zwischen Großbritannien und Rußland in Asien. Sie standen immer in direkter Beziehung zum britisch-russischen Kampfe am Bosporus. Das jetzt veröffentlichte Abkommen weist demnach auf ein weiteres friedliches Zusammenarbeiten hin.

Dieser Umkehrung in den britisch-russischen Beziehungen ist schon seit dem Abschluß der britisch-französischen Entente notwendig geworden. Sollte England ein Freund Frankreichs werden, so mußte es die Konfliktpunkte mit Rußland beseitigen. Denn die französisch-russische Allianz war und ist ein konstanter weltpolitischer Faktor, während die deutsch-russische Freundschaft nur einen innerpolitischen „Wert“ für Rußland hat. Es war also schon aus Gründen der Entente mit Frankreich nötig, daß Großbritannien sich friedlich mit Rußland auseinandersetzte. Aber noch nötiger wurde diese Auseinandersetzung für die heutige englische Diplomatie nach den Niederlagen Rußlands auf den manichäischen Schlachtfeldern und im Gelben Meere, die das europäische Gleichgewicht erschütterten und Deutschland auf dem europäischen Festlande das Übergewicht gaben. Bald nach dem Frieden von Portsmouth hielt Sir Edward Grey eine Rede, in der er dem Gedanken Ausdruck gab, daß es im Interesse Englands sei, das Ansehen Rußlands in der Weltpolitik wiederherzustellen. Die Parlamentswahlen des Januar 1906 brachten dann den Liberalen eine bedeutende Mehrheit, die auch Sir Edward Grey die Gelegenheit gab, seinen Gedanken zu verwirklichen. Ein Teil dieser Verwirklichung liegt nun in dem jetzt veröffentlichten Abkommen vor.

Die mittelasiatischen Reibungsflächen bestanden aus drei Gebieten: Persien, Afghanistan, Tibet. Diese Ordnung ist die historische. Der Streit um Persien begann schon im zweiten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts; der Streit um Afghanistan erst um etwa 30 Jahre später und der Streit um Tibet brach erst beim Beginn des 20. Jahrhunderts aus.

Das Abkommen beginnt mit Persien. Es ist selbstverständlich, daß die in den letzten Jahren genügend bekannt gewordene Formel von der „Aufrechterhaltung der Integrität und Unabhängigkeit“ des Vertragsgegenstandes auch auf Persien angewendet wird, was indes nicht verhindert, Einflusssphären zu schaffen. Ohne eine Karte läßt sich der Vertrag über Persien nicht gut verstehen. Stellen wir uns indes dieses Reich als ein Biered vor, teilen wir es in ungefähr zwei gleiche Hälften: eine nördliche und eine südliche Hälfte. Der Vertrag bestimmt nun, daß die ganze nördliche Hälfte als russische Einflusssphäre zu betrachten ist. Zu Rußland fallen also die Städte Teheran, Reschid, Meshed, Isfahan und Hermandschah. Nun kommt die südliche Hälfte, die vom Persischen Meerbusen bis an Afghanistan und Beludschistan reicht. Man hätte nun geglaubt, diese südliche Hälfte solle vertragsmäßig an England. Dem ist aber nicht so. Wenigstens steht im Vertrage nichts über den Persischen Meerbusen und sein östliches Gebiet; der Vertrag beschäftigt sich merkwürdigerweise nur etwa mit einem Drittel der südlichen Hälfte, nämlich mit dem Gebiete um Seistan, das an Afghanistan und Beludschistan grenzt. Die britische Einflusssphäre beginnt im Süden bei Vender Abdos (Hofen), läuft nordöstlich durch Kerman bis Gask an der afghanischen Grenze. Man kann dieses verhältnismäßig schmale Dreieck das nordwestliche Grenzgebiet Indiens nennen.

Welche Stellung nehmen aber der Persische Meerbusen und sein östliches Gebiet ein? Offenbar dieselbe Stellung, die sie vor dem Abkommen eingenommen haben. Der Zugang zum Persischen Meerbusen bleibt formell allen Nationen geöffnet, aber es ist doch England, das trotz seiner Flotte, seines Handels und seiner traditionellen Stellung im Persischen Meerbusen die wirkliche Oberherrschaft über dieses Gebiet ausübt. Wenn auch der Vertrag aus gewissen Gründen nichts darüber sagt, so ist doch schon die Tatsache der Abwesenheit der russischen Einflus-

sphäre nach dem Norden hin ein Beweis dafür, daß Rußland seine Ansprüche auf den Meerbusen aufgegeben hat.

Der Ausgleich über Afghanistan und Tibet ist von untergeordneter Bedeutung. Rußland hat in diesen Punkten nichts weiter als das Recht auf Intrigen aufgegeben. Die inneren Angelegenheiten Afghanistans werden nach wie zuvor vom Emir verwaltert, während die äußeren Angelegenheiten Afghanistans von der britisch-indischen Regierung geleitet werden. Tibet steht unter der Oberhoheit Chinas und weder England noch Rußland dürfen in die Rechte des buddhistischen Kirchenstaates feindlich eingreifen.

In England hat das britisch-russische Abkommen eine gute Aufnahme gefunden — wenigstens in der großen Bourgeoisipresse. Die „Times“ schreibt:

„Wir hoffen und glauben, daß die englisch-russische Konvention den Zweck erfüllen wird, der ihr in der Einleitung gesetzt wurde. Durch gegenseitige Zustimmung regelt sie verschiedene Fragen, die die Interessen beider Mächte in Asien betreffen; wird sie loyal ausgeführt, so dürfte sie den Gegenstand beseitigen, der seit einem halben Jahrhundert den Frieden der Welt fortgesetzt bedrohte. Es wird wahrscheinlich einige Zeit vergehen müssen, ehe die Atmosphäre der Eifersucht und der Verdächtigungen geändert wird, die so lange auf beiden Seiten vorherrschte und besonders in den Kreisen, die unmittelbar betroffen waren, und wo gegenseitiges Mißtrauen zur Tradition wurde. Aber wir können jetzt den ersten Entschluß der russischen Regierung ebensowenig in Frage stellen wie den unserer Regierung, die Konvention dem Buchstaben und dem Geiste nach zu beachten. Es kann kein Zweifel sein, daß Rußland sich die bittere Erfahrung und die Kostspieligkeit asiatischer Abenteuer zu Herzen genommen hat; ebenso ist die russische Regierung wie jede andere Regierung sich klar darüber, daß in Asien neue Faktoren wirksam sind, mit denen alle diejenigen mehr und mehr zu rechnen haben, die in jenem weiten Kontinente Interessen haben. Für uns ist es sicherlich kein kleiner Gewinn, eine Regelung von Fragen erzielt zu haben, die die Haltung klar definiert, die Rußland gegenüber den mittelasiatischen Grenzstaaten Indiens einnimmt. . . . Aber die Konvention schließt noch umfassendere Erwägungen ein. Die Befestigung des Gegenstandes in Asien kann nicht verfehlen, die beiden Vertragsmächte in allen anderen weltpolitischen Fragen enger und enger an einander zu schließen und auch die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und unserem Verbündeten im fernen Osten (Japan) immer wieder zu erneuern; die Konvention wird auch dazu beitragen, das europäische Gleichgewicht wieder herzustellen, das durch die asiatische Verwicklung Rußlands gefährdet wurde, und deshalb die Kräfte zu stärken, die den Weltfrieden ausrechen.“

Anderer Ansicht ist die „Daily News“, die für den radikalen Flügel der liberalen Partei spricht, der den Ausgleich nicht in Übereinstimmung bringen kann mit den Grundsätzen des Liberalismus. Es schmerzt die „Daily News“, daß die Hälfte des persischen Reiches gerade im Moment des Sieges des parlamentarischen Prinzips in Persien der russischen Regierung übergeben wird:

„Wir haben das Schicksal der liberalen und nationalen Bewegung Persiens in die Hände der reaktionärsten Macht Europas gelegt. Was die russische Regierung im benachbarten Kaukasus bedeutet, haben wir in den letzten zwei Jahren gesehen: Rebellionen, die von oben arrangiert wurden; Bürgerkrieg, der von der Bürokratie geleitet wurde; Repressionen, die ganze Provinzen verwüsteten. . . . Diejenigen von uns, die eine liberale äußere Politik erwarteten, haben Grund genug, sich über die Konzessionen an die russische Regierung zu entsetzen. Aber wir müssen auch nicht die Kaufleute vergessen, die sich beklagen, daß sie von zwei Dritteln des persischen Reiches ausgeschlossen werden, einschließlich der Hauptstadt, der meisten Städte und der volkreichen Provinzen. . . . Auf der anderen Seite der Rechnung finden wir nichts, was als Gewinn für unser Land angesehen werden könnte. Der kleine Landstrich des persischen Territoriums, der als unsere Sphäre anerkannt wurde, ist sandig und dünnbevölkert; er wird unsere Hilfsmittel belasten, wenn wir ihn zu beherrschen gezwungen sein sollten. . . . Aber — wird man uns antworten — wenn wir auch eine Nation aufgeopfert und den britischen Handel geschädigt haben, so ist doch der Weltfriede dadurch gestärkt worden. Es kommt indes darauf an, was man unter „Welt“ versteht. Wenn man Persien nicht zur Welt rechnet, so kann die Antwort schon richtig sein, aber wenn die russischen Armeen mit Feuer und Schwert in Persien eindringen, wie die Franzosen jetzt in Marokko, dann möchten wir doch diejenigen sehen, die noch von Weltfrieden sprechen werden. . . . Außerdem ist es fraglich, ob wir die russische Regierung im Auslande stützen können, ohne die Autokratie im Innern ihres Landes zu befestigen. Als Frankreich die russische Allianz abschloß, entschied es sich gleichzeitig, die russische Regierung zu stärken. Frankreichs Finanzen hielten die Autokratie beim Leben. Dies hätte uns eine Warnung sein sollen.“

Dieser letzte von der „Daily News“ berührte Punkt ist vom Standpunkte des sozialistischen Proletariats der entscheidende für die Beurteilung des Vertrages. Die russische Autokratie wird durch das Abkommen gestärkt — nach innen wie nach außen; sie kommt, wenn auch durch

Preisgabe einiger früherer Ansprüche aus einer Stellung heraus, die für sie manche hinderlichen Verlegenheiten enthielt und erlangt ferner die Möglichkeit zur Unterbringung einer späteren Anleihe auf dem englisch-französischen Markt. Eine solche Kräftigung des Zarenregiments und „Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts“, d. h. Vermehrung des russischen Einflusses in europäischen Staatenkonzerten, mag im Interesse jener Kreise liegen, welche die „Times“ vertreten; im Interesse des revolutionären russischen und europäischen Proletariats liegt sie nicht.

„Steinbach“.

Vom „roten Dorfparlament“ im meiningischen Dorfe Steinbach und von „sozialdemokratischen Stralwalen“ anlässlich der Gemeindevahlen, die den Gemeinderat von den Sozialdemokraten „säuberten“, hat die Ordnungspresse in den letzten Wochen grausige Räubergeschichten erzählt. Und sie hatte dafür verhältnismäßig gewichtiges Material, denn in der Tat sind bei der jüngsten Gemeinderatswahl zu Steinbach, nachdem der Gemeinderat am 9. Juli aufgelöst worden war, bürgerliche Kandidaten gewählt worden und wegen „Aufruhrs und Landfriedensbruchs“ sitzen zurzeit 11 Steinbacher in Untersuchungshaft. Ein großer Landfriedensbruchprozess steht in Aussicht. Die Ordnungspresse konnte mit diesen „Erfolgen“ eigentlich zufrieden sein. Aber sie ist es noch nicht, sondern ist eifrig bemüht, durch Veröffentlichung schwerer Beschuldigungen gegen die gewohene „rote Gemeindevirtschaft“ ein wahres Schauerbild sozialdemokratischer Verworfenheit zu entwerfen.

Der Genosse Artur Hofmann vom Saalfelder „Volksblatt“ hat nun, veranlaßt durch diese gewissenlose Hege, an Ort und Stelle die Dinge genau geprüft. In einer Sonderbeilage des Blattes geht er auf den schamlosen Lügen und Verleumdungen der reichslügenverbündlichen Presse in allen Einzelheiten nach und liefert damit zugleich auch eine vernichtende Kritik des schneidigen Justizverfahrens, das aus Anlaß des furchtbaren Mordes „Strawalls“ eingeleitet worden ist.

Aus dem überreichen Material wollen wir einige Stichproben nehmen. Aus dem „Saalfelder Kreisblatt“ hat die Ordnungspresse dieser Tage folgende Gemeinheiten abgedruckt, die da zeigen sollten, wie der sozialdemokratische Gemeinderat „gehaßt hat“:

„Gegen den Schulzen von Steinbach ist eine Untersuchung im Gange, weil er der Gemeinde mehr Kohlen berechnet haben soll, als dieselbe erhalten hat. Dieser Schultze hat die Kohlen, welche unter dem früheren Schultze die Gemeinde zu Schulden selbst bezog, auf seinen Namen kommen lassen, wofür er sich nun von der Gemeinde Provision vergüten ließ. Gegen den Rechnungsführer der „Genossen“ wurde von der eigenen Partei Anzeige wegen eines an ihr verübten Verbrechens erstattet. Eine Verurteilung konnte nicht mehr erfolgen, weil die Sache verjährt war. Zum Schiedsmann wurde von den „Genossen“ einer ihrer besten Führer gewählt, welcher bereits wegen normwidriger Eigentumsbegriffe einen Kursus hinter schwedischen Gardinen durchgemacht hatte.“

Genosse Hofmann stellt dazu fest: . . . sie (die Gegner) hätten konstatieren müssen, daß 1900 nicht nur 1 Lehrjahr mehr zu heizen, sondern auch Handfertigkeit und Kochunterricht eingeführt worden ist. Der höhere Kohlenpreis gegen 1901 erklärt sich wohl ganz von selbst aus dem enormen Steigen der Kohlenpreise während dieser Zeit. Ferner betonten die vernommenen Leute, daß die 1906 bezogenen Kohlen noch längst nicht aufgebraucht, sondern zum Teil noch vorhanden gewesen und die neu angeschafften Kohlen auf die noch vorhandenen geschüttet worden seien.

Der Rechnungsführer, dem die Gegner das verführte Vergehen der Unschande nachsagen, ist durchaus nicht etwa von einer sozialdemokratischen Gemeinderatsmehrheit, sondern zu einer Zeit einstimmig als Rechnungsführer gewählt worden, als die Sozialdemokraten im Gemeinderate nur 3 Sitze (von 12) inne hatten!

Der Schiedsmann, dem man „normwidrige Eigentumsbegriffe“ vorwirft, ist ebenfalls von einer bürgerlichen Mehrheit einstimmig gewählt worden. Als er den ihm vorliegenden Antrichter selbst an die Jugendsünde, die er sich vor 24 Jahren als 15jähriger Junge zuschulden kommen ließ, erinnerte, antwortete der Antrichter: „Machen Sie doch keine Geschichten; Sie sind gewählt, haben den Dummenjungenstreich gebüßt und damit basta!“ Heute auf einmal erscheint der „Dummenjungenstreich“ als gefundenes Fressen. Nebenbei sei bemerkt, daß derselbe Mann auch heute noch das Schiedsmannsamt verwaltet!

Schamverwand vor Befragen hatte die Ordnungspresse mitgeteilt, daß die Jagerverpachtung früher 750 M. eingebracht habe, „unter der Genossenschaft“ aber nur 90 M. Das läßt Hofmann folgendermaßen auf:

„Vor mehr als 20 Jahren wurden einmal ganze 5 M. dafür vereinbart, später zahlte das Hofmarschallamt 130 M., dann 205 M. Durch künstliches Treiben beim Vieten auf die Pacht fehlens eines so vielgeschmähten Gemeinderatsmitgliedes (1) erreichte sie dann bei dem vorletzten Pachttermine die Höhe von 705 M. Da auch die benachbarten Jagden in die Höhe gegangen waren, glaubte man beim letzten Jagdpachtvertrich noch etwas mehr erzielen zu können, und so bot daselbst sozialdemokratische Gemeinderatsmitglied, das durch sein früheres Eingreifen beim Vieten das Hofmarschallamt auf 705 M. getrieben hatte, wiederum bis auf 715 M. Das Hofmarschallamt aber ging nicht über den bisher gezahlten Satz von 705 M. hinaus und so wurde die Pacht für den Gemeinderatsvertreter, der mir, wie früher, im Interesse der Gemeindefolge geboten hatte, zugesagt. Nach einem Uebereinkommen zwischen ihm und dem Oberförster als Beauftragten des Hofmarschallamts aber einigte man sich dahin, daß letzteres wieder in den Pachtvertrag mit 705 Mark eintreten sollte. Diese Abmachung war auch bereits vom Herzog genehmigt und das Schriftstück von ihm eigen-

händig unterschrieben. Der Landrat aber versagte dieser Abmachung die Genehmigung, ein neuer Verpachtungstermin wurde ausgeschrieben, das betreffende Gemeinderatsmitglied aber hüllte sich natürlich schamlos, wieder im Interesse der Gemeindefasse als Wähler aufzutreten und so erhielt das Hofmarschallamt die Jagd für sage und schreibe 90 M. zugeschlagen! Die „gerechte Entschädigung“, die dieser Anfall angeblich unter der „gesamten Wiltzerschaft“ hervorgehoben hat, kann sich unmöglich gegen die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher, sondern höchstens gegen den Landrat richten, der mit seinem Eingreifen in die Verpachtungsangelegenheit die früher höhere Einnahme verhinderte!

Zu derselben eingehenden und wohlbegründeten Weise schleudert Hofmann den Wortwurf der finanziellen Mißwirtschaft, den die Ordnungspresse gegen den „roten Gemeinderat“ erhob, in sein Nichts zurück und ebenso eine ganze Reihe von anderen Anschuldigungen.

Wir begnügen uns vorläufig aus räumlichen Gründen mit der Mitteilung, daß Genosse Hofmann den Gegnern nichts geschenkt hat und ihnen bis in den letzten Winkel ihrer Verleumdungspfade nachgegangen ist.

Von allgemeinerem Interesse sind die Feststellungen Hofmanns über die soziale Lage der Einwohner Steinbachs. Er schreibt darüber:

Der überwiegende Teil der Bevölkerung Steinbachs lebt in denkbar größtem Elend. Die Einnahme, die ich dort in einige Haushalte getan, erinnerten mich lebhaft an die in Hauptmanns Schauspiel „Die Weber“ geschilderten Verhältnisse. Das ergibt aus die Tatsache, daß 1906 von 557 in die Steuerrollen eingetragen wegen der Niedrigkeit ihres Einkommens 337 zur Einkommensteuer nicht veranlagt werden konnten, weitere 95 versteuern 7—800, 60 8—900, 18 900—1000 M. Einkommen. Also nur etwa 10 Proz. der in die Einkommensteuerverzeichnisse eingetragen hat ein jährliches Einkommen von über 1000 M.

Bei den Reichstags- und Landtagswahlen wurde naturgemäß immer ein starker Prozentsatz sozialdemokratische Stimmen abgegeben, trotzdem aber wollte es der Unterländer Parteilichkeit nicht gelingen, in Steinbach einen sozialdemokratischen Verein zu gründen; die Armut ist eben zu groß.

Die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher zu Steinbach sind daher auch zum überwiegenden Teile keine organisierten Genossen gewesen, nur ein einziger gehörte der sozialdemokratischen Organisation an. Jedes war bekannt, daß unter den zwölf Gemeindevorstehern sieben waren, die sozialdemokratisch wählten. Wegen dieser sozialdemokratische Mehrheit richtete sich der Ansturm einer Clique von Besitzenden, die, nachdem die herzogliche Regierung viermal zur Wahl des Schultheißen die Bestätigung verweigert hatte — die Gewählten waren übrigens keine Sozialdemokraten, sondern Kriegervereiner und Mitglieder des sozialistengegnerischen Bürgervereins, paßten aber der oben erwähnten Clique der Besitzenden nicht —, die Auflösung des Gemeinderats erreichten. Die Neuwahlen erfolgten unter Anwendung der denkbar unfairsten Praktiken von den Gegnern der Arbeiter. Das Resultat war, daß von den sieben oppositionellen Gemeindevorstehern nicht einer wiedergewählt wurde.

Die Steinbacher Arbeiter ersuchten darauf den Landtagsabgeordneten Genossen Gaardt-Satzungen, in einer öffentlichen Versammlung über die Gemeindevorwahl und die Maßnahmen der Gegner zu referieren. Die Versammlung verlief ruhig. Am Tage nach dieser Versammlung war Schützenfestmacher und aus diesem Anlasse war auch ein Karussell aufgestellt. Ueber das, was dabei vorfiel und was die Ordnungspresse die Kravalle aus Anlaß der Gemeinderatswahlen nennt, hat Genosse Hofmann folgendes festgestellt:

Abends 11 Uhr begab sich der stellvertretende Ortsvorstand Wodenstein dorthin und bot Feierabend. Das erregte den Widerspruch einiger junger Burschen, die W. zurechen, er möge lieber nach Hause gehen und dort seinen Gästen Feierabend bieten; aber das brachte Wodenstein so in Zorn, daß er sich an dem jungen Manne, der ihm das zurechen, vergriß. Dieser, nicht faul, rezensierte sich dementsprechend. Nun eilte der Bursche Wodenstein nach Hause, bewaffnete sich mit einem Ränderstutzen, fehrte zurück und schlug auf den jungen Mann ein, der ihm nicht seinen Kameraden bis zu seinem Nachbarhause gefolgt, bei der Rückkehr Wodensteins stehen wollte, aber hinstürzte. Dann fehrte Wodenstein in seine Behausung zurück. Vor seiner Wirtshaus aber sammelte sich eine Menge meist jüngerer Leute, welche Wodenstein zurechen und ihn aufforderten, doch seinen Gästen Feierabend zu bieten. Als die Menge gewohr wurde, daß auch der Brandmeister mit unter den „Weberjüngern“ sich befand, rief man auch dessen Namen. Als W. dadurch sich noch nicht veranlaßt fühlte, seine Gäste auszulassen, wurde von den vor der Wirtshaus stehenden jungen Leuten ein Radfahrer nach Wiedenstein geschickt, um den Feldjäger (Wendarm) zu holen, der die Weberjünger aufführen sollte. Während aber die Menge sich noch weiter vor dem Wirtshaus aufhielt, erlöschten auf einmal Glockenschläge: die Feuerglocke wurde angeschlagen. Das erregte sofort die allgemeine Heiterkeit unter den vor der Wirtshaus Versammelten, denn jeder hielt das für einen Scherz und man amüsierte sich nun darüber, daß endlich doch auch der Brandmeister das Vokal verlassen müßte, um nach der Ursache des Feuerlärms zu sehen. Der hier geschilderte Vorgang gab nun der Staatsanwaltschaft Veranlassung, ein Verfahren wegen — „Aufruhrs und Landfriedensbruchs“ einzuleiten, 11 Personen deswegen zu verhaften und sie bis heute in Haft zu behalten. Sie schuldigste jedenfalls, daß das Feuerlärmen kein üblicher Scherz, sondern das Zeichen zum Beginn eines regelrechten „sozialdemokratischen Anmarsches“ habe sein sollen, eines Anmarsches, zu dem die „Anführer“, die — Wendarmerei noch durch Habler herbeiführt! — Ankontrollierbare Gedächtnis sprechen weiter davon, daß ein S. u. H. abgegeben worden sein soll, wofür, wofür, von wem, was für Folgen er gehabt, davon hat man noch keine Spur. Auch soll ein Fenster in der Wodensteinschen Wirtshaus eingeschlagen worden sein; von wem ist ebenfalls nicht festzustellen.

Trotz dieses harmlosen Aufstandes beurteilt Genosse Hofmann die Aussichten der Verhafteten sehr trübe. Er meint:

„Doch all das wird den „Anführern“ nicht viel helfen, sie sind nach der Ueberzeugung gewisser Leute — „Sozialdemokraten“ und, ob zurechen oder nicht, das Wort gilt heute ein ganzes Programm. Sozialdemokraten sind geborene Verleumder, sind Umstürzler, Antimonarchisten und auch der Geschworenen, der später als Richter über diese — „Verleumder“ zu Gericht sitzen wird, er wird gegen seinen Willen beeinflusst sein durch diesen Begriff. Darum werden die Steinbacher ihren „Aufruhr“ zu büßen haben, natürlich mit langer Gefängnis- und Miß das „Glad“, auch Zuchthausstrafe! Ja, das werden sie; die Beispiele aus Saalfeld und Rudolstadt sind ja die besten Beweise dafür! In allen diesen drei Aufstandsvorfällen wurde dem Vorgehen der Polizei vom Gerichtsvorständen das abspredchendste Zeugnis ausgestellt, aber die Arbeiter, sie mußten ins Loch! ...“

Für mich steht ... soviel fest, daß dem, was in Steinbach sich durchaus ereignet haben soll und was die Gerichtsverhandlungen noch erbringen sollen, jene Weise mit heiserer Begierde entgegenzusehen, welche Stoff brauchen, um die Notwendigkeit der Verewigung des ungerechten aller Gemeindevorwahlgesehe mit „schlagenden Beweisen“ begründen zu können. ...“

Genosse Hofmann hat die Frauen der Verhafteten besucht und für 4 bis 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Hier erwächst für die organisierte sozialdemokratische Arbeiterpartei eine heilige Aufgabe! Sind diejenigen Volksgenossen, die man jetzt in den Arzeln wart, auch keine sozialdemokratischen Parteimitglieder, so kann und darf und das nicht abfallen, hier doch unsere Menschheitspflicht zu erfüllen. Wir dürfen eben nicht versagen, daß der „Affäre“ nicht die Be-

deutung beigelegt würde, wenn man darin — vollständig zu Unrecht! — nicht durchaus etwas „Sozialdemokratisches“ sähe, in Konsequenz der Auffassung von der Deugabelrevolutionärs der Sozialdemokratie, von der sich selbst die „Geheilbeten“ nicht trennen können! Es gilt, von den unschuldigen Opfern, den Frauen und Kindern, während jener Zeit, da ihnen die Ernährer genommen sind, die größte Sorge fernzubehalten! Gebe darum ein jeder nach seinen Kräften auf die vom Verleumdern der sozialdemokratischen Partei ausgegebenen Sammellisten.

Das also ist die Wahrheit über Steinbach. Ein Denkmal der Schande einer gewissenlosen Massenpresse, die sich Ordnungspresse nennt, ein Beitrag zur Charakterisierung deutscher Justiz. Noch steht der Schlusssatz der Justiztraktate aus. — Würde es den Vermählungen unserer meiningenschen Genossen um die Aufhellung des Sachverhalts gelingen, das Schlimmste zu verhüten. Sollte es nicht gelingen — die Gegner dürfen sicher sein, daß auch in diesem Falle Steinbach wider sie zeugen wird. Und nun mögen sie dreist weiter läugeln!

Das bayerische Budget.

In der bayerischen Kammer der Abgeordneten letzte gestern der Finanzminister von Staff das Budget für das Rechnungsjahr 1908/09 vor. Wie er dazu ausführte, hat die Finanzperiode 1904/05 mit einem Ueberschuß von 8 455 577 M., darunter 2 327 469 M. noch nicht verwendeter Kredite abgeschlossen, so daß der tatsächliche Ueberschuß rund 6 128 000 M. beträgt. Ein nicht minder günstiges Ergebnis liefert nach seiner Meinung das erste Jahr der laufenden Finanzperiode, nämlich das Jahr 1906; denn dieses schloß mit 10 782 958 M. Ueberschuß ab. Darunter befanden sich allerdings 2 200 000 M. unbenutzte Kredite, so daß der tatsächliche Ueberschuß rund 8 582 958 M. betrage. Leider müsse davon ein sehr erheblicher Betrag vorläufig in Reserve gestellt werden, da sich die Hoffnung auf eine günstige Entwicklung der finanziellen Beziehungen zwischen Reich und Einzelstaaten nicht verwirklicht habe. Daher seien größere Beträge zur Dedung bisher gestundeter Ratrikularbeiträge nötig.

Auch von dem voraussichtlich gleichfalls günstigen Ergebnis des Jahres 1907 müsse ein größerer Teil referiert werden, um den gesteigerten Ansprüchen des Reichs ohne Anleihe gerecht werden zu können.

„Ich“, führte der Minister aus, „müß auch heute wieder den Wunsch aussprechen, daß die Unstetigkeit in der Aufstellung der einzelstaatlichen Etats durch das Ziehen einer festen Grenze für die Ansprüche der Reichskasse an die Landesstaaten beseitigt wird.“ Der Minister sprach sodann sein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß auf unangenehme, vollkommen widerrechtliche Weise eine Reihe von Bitten aus dem neuen Budget in die Öffentlichkeit gelangt sei. Das neue Budget enthalte zum ersten Mal eine übersichtliche Gruppierung in ein ordentliches und ein außerordentliches Budget. Zur Schuldentilgung seien für 1908/09 acht Millionen vorgesehen, wozu vielleicht noch weitere Beträge treten würden.

Am Schlusse der Sitzung gedachte der Präsident Dr. v. Oetzer des Ablebens des Großherzogs von Baden.

Der Thronwechsel in Baden.

Friedrich L., Großherzog von Baden, ist gestern, Sonnabend, gestorben. Er ist 81 Jahre alt geworden und regierte als stellvertretender Regent seit 1852, als Großherzog seit 1856.

Die liberale Presse feiert den Verstorbenen als „liberalen Mann“. In der Tat verdient Friedrich L. an den übrigen Fürsten gemessen, diesen Titel. Wobei jedoch nicht zu vergessen ist, daß Friedrich L. eben nur liberal, nicht demokratisch war und alle Halbheiten und Widersprüche des Liberalismus in sich vereinte. Auch darf nicht übersehen werden, daß der Liberalismus des badischen Regenten zum guten Teil in den besonderen Verhältnissen Badens begründet war.

Baden, das auch dem Rheinbund angehörte, erhielt bereits 1818, unter den Nachwirkungen der französischen Revolution und ihrer in Westdeutschland fortwirkenden Tendenzen seine Verfassung, eine Verfassung, die im wesentlichen auch heute noch fortbesteht. Die Revolution von 1848 zog gerade deshalb ihre tiefsten Furchen in Baden, wo das fortschrittliche Bürgertum durch seine parlamentarischen Kämpfe gegen die Metternichsche Reaktion, die auch auf Baden ihre Schatten warf, aufgerüttelt wurde. Die anfangs siegreiche Revolution wurde mit Hilfe der preussischen Bajonnette niedergeworfen. Die darauf anbrechende Reaktionszeit währte auch unter der Regierung des jetzt verstorbenen Friedrich L. fort. Alle Staatsverbrecher wurden eingekerkert oder aus dem Lande getrieben — was eine förmliche Auswanderung nach Amerika und eine Vahmung des wirtschaftlichen Fortschritts zur Folge hatte. Allmählich vollzog sich dann ein Umsturz. Im Jahre 1862 erließen die Annen für die städtigen oder eingekerkerten Revolutionäre.

Diese liberale Ära entartete nach 1870 zur öden Kulturkammererei und Anbetung des goldenen Kalbes des emporkommenden Kapitalismus. Als sich gleichzeitig der Sozialismus entwickelte, entwürdigte sich auch Baden zum Handlanger der brutalen Mittelpolitik des Erzjunkers Bismarck. Der Großherzog selbst, dieser Fürst eines auf eine liberale Verfassung gestützten Landes, gab sich zum Agitator gegen die Sozialdemokratie her, kämpfte fanatisch gegen die Gleichberechtigung der Bürger.

Erst am Ende seines langen Lebens mußte Friedrich L. erkennen, daß sein parteipolitischer Kampf gegen den Sozialismus das erhoffte Ziel nicht erreichte. Er wurde einsichtiger und toleranter. Die Sozialdemokratie setzte sich in der Kammer fest und ihrer Erstarkung, Arbeit und Lottel verdankt das badische Volk, daß das allgemeine, direkte Wahlrecht seit zwei Jahren endlich als die unerlässliche Konsequenz der Verfassung vom Jahre 1818 ins Leben trat.

Der neue Regent, der am 9. Juli sein 50. Lebensjahr vollendete, Friedrich Wilhelm Ludwig Leopold August, ist politisch ein unbedarbtetes Blatt. Seine militärische Laufbahn fand zu Koblenz ein rasches Ende; man nimmt an, daß das gute Einvernehmen mit seinem Berliner Vetter durch eine Unstimmigkeit in der strategischen Auffassung dauernd gestört wurde.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. September 1907.

Ein preussisches Kulturbild.

Daß „Preußen in Deutschland voran“ ist, beweist aufs neue in unanschätzbare Weise nachstehendes Kulturbild: In Wülheim an der Ruhr, der Residenz des Königs Alfons, lebte seit einigen Jahren ein etwa 60 Jahre altes Mütterchen, eine Witwe St., mit ihrem 20jährigen Sohne im gemeinsamen Haushalt. Da die Witwe schon seit mehr denn 10 Jahren an Rheumatismus und einer Herzerkrankung leidet und inselgebehen arbeitsunfähig ist, so hoffte sie, ihren Sohn, der Soldat werden sollte, vom Militärs-

dienst frei zu bekommen. Sie glaubte, hierauf um so sicherer rechnen zu können, als sie bereits vier ältere Söhne für des Königs Rod“ großgezogen hatte, d. h. die vier älteren Brüder dieses Jüngsten hatten nämlich ihrer Militärpflicht genügt. Als Arbeiter mit eigener Familie konnten sie die Mutter nicht unterstützen, so daß der Jüngere der Mutter einziger Ernährer war. Doch sowohl die instanzmäßigen Reklamationen als auch ein Bittgesuch an den Kaiser blieben erfolglos! Auch der fünfte Sohn des alten, kranken Mütterchens mußte des „Königs Rod“ anziehen, obwohl man ihr die Bekleidung des Jüngsten, ihres Ernährers, in sichere Aussicht gestellt hatte. Die schwer geplagte Frau — seit bald 20 Jahren Witwe — hatte ihre Kinder ohne Zuhilfenahme der Armenkasse durch eigene Hände Arbeit großgezogen; aber als man ihr jetzt in ihrer traurigen Situation auch noch den Lehnen nahm, da wandte sie sich an die Armenverwaltung um Unterstützung. Für drei Monate, Januar, Februar, März, ward ihr auch eine Unterstützung zuteil, dann aber blieb sie ohne weitere Mittelung aus. Da nun die älteren verheirateten Söhne der Witwe nicht wollten, daß die Mutter sich weiter um Unterstützung bemühen sollte, so übernahmen sie gemeinschaftlich die Fürsorge für die Mutter. Damit schien diese Seite der Frage erledigt.

Inzwischen betrieb die Mutter abermals ein Verfahren auf Bekleidung ihres Jüngsten — aber wieder erfolglos. Doch am 6. d. Mts., abends, erscheint nun plötzlich ein Polizeibeamter in der Wohnung der Witwe und teilt ihr mit, daß sie sofort alles bereit machen möge zur Abreise, da sie aus Wülheim — ausgewiesen (!) sei; am anderen Morgen früh 8 Uhr werde sie zwangsweise abgeholt.

Pünktlich um 8 Uhr am anderen Morgen erscheint denn auch ein Polizeibeamter in Begleitung eines großen Hundes, um die kranke, 60jährige Frau über die Wülheimer Grenze zu schaffen! Doch dem Polizeibeamten und seinem Hunde blieb der Transport erspart. Das alte Mütterchen war bereits allein gegangen! Nachbarn sahen sie früh um 5 Uhr in leichter Kleidung aus dem Hause gehen sehen, ohne jedoch darauf zu achten, wohin. Seitdem ist die W. dauernd verschwunden.

Dem gegen die Ausweisung protestierenden Sohne hatte der stellvertretende Herr Bürgermeister gesagt, daß die Ausweisung deshalb erfolgt sei, weil die Mutter in Wülheim noch keine zwei Jahre ansässig, somit noch nicht heimatsberechtigt sei. Dieser rechtlich formale Ausweisungsgrund ändert durchaus nichts an der Härte, er ist aber auch noch nicht einmal zureichend, denn die Witwe St. wohnte schon über zwei Jahre in Wülheim.

Welches Unmaß von Härte tritt in diesem preussischen Kulturbilde zutage! Selbst zugegeben, die kranke Witwe hätte wirklich das Heimatsrecht noch nicht in Wülheim besessen, dann wäre es doch nicht mehr wie recht und billig gewesen, daß die Unterstützungsfrage durch Vermittelung der Wülheimer Behörde mit der Heimatsbehörde — in diesem Falle das nicht weit entfernte Münster — geregelt wurde. Vier Söhne hatte die Witwe beim Militär, der fünfte dient jetzt, und doch weiß man der alten, kranken Frau an der Schwelle des Grabes die Tür.

„Ich bin ein Preuge, kennt ihr meine Farben!“

Zur Landtagswahl in Sachsen.

Treppen, 27. September.

Am Donnerstag ist der letzte Akt der Wahlkomodie, die 18 • geordnetenwahlen, vollzogen worden. Auch diesmal haben sich die pluralistischen Charakter unseres Dreiklassenwahlrechts nur nochmals unterstrichen: Obwohl die Sozialdemokratie bei den Uvahlen mehr Stimmen erhalten hat, als jede der bürgerlichen Parteien, kann die Arbeiterklasse nicht einen Vertreter in die zweite Ständekammer, wie der offizielle Ausdruck lautet, entsenden. Das gleiche Schicksal teilen die Freisinnigen, obwohl sie in einigen Kreisen die Mehrheit der Stimmen hatten.

Ein besonderes Merkmal der diesmaligen sächsischen Landtagswahl ist die Niederlage der Konservativen, denen wir das schmachvolle Dreiklassenwahlrecht verdanken. Sie haben sich dieses Welsdodwahlrecht, das sich auf eine den Agrariern besonders günstige Wahlkreiseinteilung stützt, geschaffen, um ihre Macht zu verewigen. Anfangs schien das auch glücken zu wollen. Aber mit dem Annahen der Unzufriedenheit über die Wahlentrechtung begann ihre Position etwas zu wackeln. Daß sie aber unter dem von ihnen selbst geschaffenen Dreiklassenwahlrecht solche Niederlagen wie jetzt erleiden würden, hatte niemand geglaubt. Bis 1905 verfügten diese Erzeugnisräder über 57 Vertreter der zweiten Kammer. Damit hatten sie eine absolute Mehrheit von 16 Stimmen und zugleich die zu einer Verfassungsänderung erforderliche Zweidrittelmajorität. Schon bei den Wahlen von 1905 (schon die konservative Fraktion von 67 auf 54 Vertreter zusammen; bei den sechigen Wahlen schien ihr ein weiterer Verlust von 6 Mandaten bevorzustehen, es sind aber 8 Niederlagen daraus geworden. Im 13. sächsischen Wahlkreise (Moditz), wo Stimmengleichheit zwischen dem konservativen Wahlkreisrichter Diebau und dem Jungliberalen Dr. Böpfel herrschte, entschied das Los zugunsten des letzteren. Und im 1. ländlichen Wahlkreis (Zittau Land) stimmten die sozialdemokratischen Wahlmänner für den linksliberalen Müller und brachten dadurch den agrarischen Reaktionär Held zu Fall. Der konservative Besitzstand stieß damit von 64 auf 62 Siege und die Mehrheit der Konservativen, die 1905 noch 16 betrug, von 13 auf 5. Einem Zufall nur haben es die Konservativen zu danken, daß ihnen nicht noch ein weiteres Mandat verloren ging. Die Nationalliberalen heimstien die 8 Mandate ein, die den Konservativen abgenommen worden sind. Ihre Vertretung ist damit von 23 auf 31 gewachsen. Es besteht nun die zweite Kammer des sächsischen Landtags aus 46 Konservativen, 31 Nationalliberalen, 3 Freisinnigen, 1 Sozialdemokraten und 1 Antisemiten.

Von dieser kleinen Verschiebung nach links hat jedoch das sächsische Volk nichts zu erwarten, denn die Nationalliberalen wollen auch nichts von einem gerechten Wahlsystem wissen, sie sind sehr zerfahren und schwanken in der Wahlrechtsfrage hin und her. In der Hauptsache neigen sie dazu, das neue Hohenzollernsche Wahlrecht nach einigen Änderungen zu akzeptieren. Das Hauptergebnis der diesmaligen Wahl ist die Erschütterung der konservativen Machtstellung, die zu einer völligen Rohmung dieser einst übermächtigen Clique führen wird, die bisher eine sächsische Nebenregierung darstellte. Die Konservativen wollten die Hohenzollernsche Wahlrechtsvorlage unter allen Umständen zu Fall bringen, weil ihnen selbst dieses Wahlrechtsmonstrum zu demokratisch war. Vor allem wollten sie die jetzige ungerechte Wahlkreiseinteilung aufrecht erhalten. Damit wird es jetzt nicht werden. Zwar haben sie noch eine kleine Mehrheit, aber sie wirken sehr wohl, daß sie die nur dem Umstande zu danken haben, daß der Landtag bei den diesmaligen Wahlen nur zu einem Drittel erneuert wurde. Eine Landtagsauflösung, auf die zu rechnen wäre, wenn die Konservativen ihre Mehrheit zum Widerstande gegen die Hohenzollernsche Wahlrechtsvorlage benützen würden, brädie die völlige Erneuerung der zweiten Kammer und damit wäre die konservative Mehrheit hinweggefegt.

Herr v. Hohenhal hat daher Aussicht, seinen Wahlrechtswechsel in Sicherheit zu bringen, durch den die Arbeiterpartei mit 12 bis 15 Vertretern abgefunden werden soll. Es bedeutet somit die konervative Niederlage wohl eine günstige Wendung für Herrn v. Hohenhal und seine zweifelhaften Wahlrechtspläne, aber dem Volke werden bessere Aussichten auf ein gerechtes Wahlrecht nicht eröffnet. —

Der Industrielle als Vorkämpfer.

Schippel und Calver haben endlich Aussicht, ein Kollegium zu werden. Edmund Fischer will sich ihnen beigesellen. Er ist vielleicht auch für Schuppel. Vielleicht, dem ganz sicher weiß er es noch nicht. Er selbst ist nicht gerade durch nationalökonomische Arbeiten bekannt geworden, und von Partei wegen weiß er es auch nicht; dem, so behauptet er, „kaum eine Frage ist in unserer Partei auch so ungeklärt, wie die Zollfrage“. In der Tat, Fischers Artikel lieferte für diese seltsame Behauptung einen vollständigen Wahrheitsbeweis — wenn Edm. Fischer eben nicht nur Edm. Fischer, sondern die Partei wäre. So aber sind wir der Meinung, daß gerade über diese Frage leidliche Klarheit in der Partei herrscht, und daß diejenigen, die sich nicht sicher fühlen sollten, in Kontostes Broschüre über „Handelspolitik und Sozialdemokratie“ einen guten Führer haben. Wie haben unsoweniger Grund, uns in eine Polemik einzulassen, weil diese ja an dem Orte, wo sie für notwendig erachtet wird, von den in sozialpolitischen Fragen völlig unsere Auffassung teilenden Genossen Wernlein und David leicht angefochten werden kann; nur fürchten wir, daß auch diese Polemik unfruchtbar bleiben wird, sofern man als ihre Frucht eine Veränderung in den Überzeugungen des Genossen Fischer erwartet. Fischer hat nämlich eine Instanz, gegen deren Urteil nichts zu machen sein wird. Er sagt wörtlich:

„Ob die Industrie Nutzen oder Schaden von den Schutzzöllen hat; darüber sind zweifellos die Industriellen selbst die besten Sachverständigen. Die beruflichen Industriellen sind aber mit verschwindenden Ausnahmen für Schutzzölle. . . . Was die Fabrikanten alle wollen, sind gute Handelsverträge. Der Nutzen, den sich die Fabrikanten von den Zöllen versprechen, muß aber in wesentlichen in einem größeren Absatz liegen, ohne den sie auch keine höheren Preise erzielen. Was aber der Industrie im allgemeinen in dieser Beziehung von Vorteil gereicht, liegt auch in der Interessensphäre der Arbeiter, die doch nicht nur als Konsumenten, sondern auch als Produzenten in Betracht kommen.“

Die ganze Sache ist so einfach: Wozu eigentlich eine lange wissenschaftliche Untersuchung, wozu auf deren Grundlage eine Analyse der Klasseninteressen? Es geht doch viel einfacher. Man glaube wieder mit dem alten Bastiat an die Harmonie der Interessen, verwechsele Industrie und Industrielle, frage bei Industriellen an, was dem Arbeiter frommt; preise diese Methode als neuesten Fortschritt sozialistischer Erkenntnis — und man ist ein Mann, der kein orthodoxer Dogmatiker, sondern ein origineller Kopf ist. —

Die diesjährigen Wahlen zur Lübecker Bürgerschaft

finden in den Landbezirken am Freitag, den 15. November, in der Stadt- und den Vorstädten am Dienstag, den 19. November, statt. Unsere Genossen sind eifrig an der Arbeit. Die Gegner konnten sich bisher noch nicht über die Kandidatenfrage einigen, da es sich für sie um einen Kampf um die Futtertöpfe handelt. —

Schlichte Arbeiter.

Wie die „Königliche Volkszeitung“ mitteilt, erschienen nach Schluß der Verhandlung im Prozeß Schmidt-Moeren in der Wohnung des Herrn Geheimen Justizrats „zwei schlichte Arbeiter“, die der Frau Geheimrat einen hübschen Blumenstrauß mit folgenden Worten überreichten: Gestatten Sie uns, geehrte Frau Geheimrat, Ihnen dieses bescheidene Angebinde zu überreichen. Wir wollen, indem wir damit unseren Dank für das mutige Eintreten Ihres Gemahls für die Menschenrechte auch der Schwarzen aussprechen, Ihnen, Frau Geheimrat, unseren Dank aussprechen für all das, was Sie mit Ihrem Herrn Gemahl an Sorge und Unangenehmern gerne getragen haben und ihn in seinem hohen Bestreben, wie wir zu wissen glauben, dadurch kräftig unterstützt haben. Zu diesem kleinen Angebinde trugen eine Anzahl Arbeiter mit je zehn Pfennig bei, um so kund zu tun, wie sie den Vertreter der Volksrechte verehren.“

Diese schlichten „Arbeiter“ reden ja eine wunderbare gewählte Sprache. Sollte diese „schlichte“ Amtsbekleidung für die Volkrechte der Schwarzen nicht einen anderen Sinn haben? In Köln ist man auch außerhalb der Karnevalszeit zu allerhand dummen Streichen aufgelegt.

Jahrgewölke noch nicht ausgeliefert!

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Königsbrunn D/S., den 27. September 1907.

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes ersuchen wir um Verächtlichmachung des in Nr. 225 Ihrer Zeitung befindlichen Artikels „Deutsche Schande!“

Die Nachricht in diesem Artikel ist unrichtig; der Russe Jahrgewölke befindet sich, nachdem er von dem hiesigen Amtsgericht an uns überliefert war, noch im hiesigen Polizeigefängnis. Eine Auslieferung des Jahrgewölke ist bisher nicht verfügt. Ich ersuche um Verächtlichmachung.

Die Polizeiverwaltung.

Stolze.

Oberbürgermeister.

Unser sonst sehr zuverlässiger Gewährsmann ist also in diesem Falle irreführend worden. Weil der Heimlichkeit, die manne Verbunden um dergleichen Affären zu breiten verheißt, ist das begreiflich. Unser Bedauern, eine falsche Nachricht gebracht zu haben, würde in diesem Falle weit überwogen werden von der Freude über die Tatsache, daß Jahrgewölke nicht ausgeliefert worden ist — wenn nicht der vorletzte Satz des amtlichen Schreibens laute: „Eine Auslieferung des Jahrgewölke ist bisher nicht verfügt.“ Wieser nicht! Die Polizeiverwaltung hält es demnach nicht für ausgeschlossen, daß sie noch erfolgt.

Unsere Meldung wäre dann also mit verflucht gewesen! Deshalb halten wir es für nötig, hier die Einzelheiten des Falles Jahrgewölke anzuführen, um die öffentliche Meinung für den Informierten, nach immer von der Auslieferung an die russischen Behörden Bedrohten aufzuklären. Der Sachverhalt ist folgender:

Von den russischen Behörden ist Jahrgewölke Auslieferung nicht gefordert worden. Jahrgewölke wurde lediglich festgenommen, weil er sich seit einiger Zeit mit falschem Paß im oberösterreichischen Kiezler als Vergewaltiger aufhielt. Dieses schwere Verbrechen mußte er mit 6 W. Strafe büßen. Polizeikommissar Müllner aber sorgte dafür, daß der schwachen Demunition eines nachlässigen Feindes des R. nachgegangen wurde, der behauptet hatte, daß J. einen russischen Wendenmerkteoberst erschossen hätte. Und trotzdem der Demunition in einer Anwendung von Schmutzgefühl seine Demunition alsbald wieder zurücknahm, wurde J. unbeschadet seiner Proteste und der Proteste des Rechtsanwalts Dr. Gajpa-Ratowicz dem Gericht übergeben! Das Gericht aber mochte Herrn Müllner nicht zu Sünden sein, sondern erklärte sich für unzuständig und übergab den J. an die Verwaltungsbehörden.

In diesem Stadium befindet sich die Sache noch jetzt, wie das Schreiben des Oberbürgermeisters Stolze zeigt. Die Überlieferung an die Verwaltungsbehörde bedeutete bisher, daß dem Delinquenten Gelegenheit gegeben wurde, nach irgend einem Lande auszuwandern.

Weist wurde es so gehandhabt, daß man den Leuten freigestellte, über welche Grenze sie Preußen verlassen wollten. Nur — etwas Ostland mußte natürlich dabei sein — aber die österröschliche Grenze ließ man die Gehegen nicht ziehen, wohl weil sie es da zu bequem gehabt hätten!

Doch von diesem Brauch im Falle der Jahrgewölke nicht abgewichen werde, das fordern wir im Namen der Kultur, der Menschlichkeit und wahrer nationaler Ehre. Die Auslieferung an Ostland bedeutet, wie jedermann weiß, die Vernichtung des Unglücklichen, mag er noch so unschuldig sein. Mit der Verfechtung einer untern Instanz könnte man sich in diesem Falle nicht auseinreden. Seit Wochen sind infolge der Bemühungen unserer Genossen und des Reichsbevollmächtigten J. sämtliche Instanzen, sowohl der Regierungspräsidenten wie der Minister genau über den Stand der Sache unterrichtet!

Für die freisinnige Presse ist diesmal besonderer Anlaß gegeben, sich vor vorkommender Tatsache — nach erfolgter Auslieferung an Ostland nicht platonisches Bedauern nicht mehr! — unserem Proteste anzuschließen. Der Oberbürgermeister und Chef der Polizeiverwaltung von Königsbrunn, Herr Dr. Stolze, der eine Auslieferung in erster Linie zu verfügen und zu verantworten hätte, ist nämlich ein Liberaler und ein eifriger Vorkämpfer für den Wlad!

Wollte die freisinnige Presse die Schmach, die sie durch ihre zustimmenden Schweigen zur „Königlichen Volkszeitung“ der preussischen Regierung gegen die sozialdemokratische Partei auf sich geladen hat, vergebens durch Schweigen zu der drohenden Gefahr einer Auslieferung Jahrgewölke an Ostland? Will sie schweigen zu der Gefahr, daß eine solche Auslieferung verfügt werde durch einen Wladliberalen? Oder wird sie mit uns die öffentliche Meinung aufrufen, damit der Satz: „Eine Auslieferung des Jahrgewölke ist bisher nicht verfügt“ abgeändert werde: „Eine Auslieferung Jahrgewölke wird nicht erfolgen“?

Gibt es noch einen deutschen Freisinn? —

Eine prinzipielle Entscheidung in der Frage des reichsständischen Versammlungsrechtes fällt am Dienstag das Oberlandesgericht in Colmar. Der Centrumsführer Fries in Mülhausen hatte während der letzten Reichstagswahl in einigen Orten nicht meldepflichtige Privatversammlungen veranstaltet, zu denen er durch besondere Einladungen einen gewissen begrenzten Personenkreis eingeladen und scharfe Kontrolle am Saaleingange gelübt hatte. Die Polizeibehörde betrachtete trotzdem eine Versammlung in Mülhausen als öffentliche und erreichte auch tatsächlich wegen Nichtanmeldung einer Versammlung eine Verurteilung des Fries durch ein Urteil des Schöffengerichts Hünningen.

Das Mülhauser Landgericht als Berufungsinstanz hob dieses Urteil auf und sprach Fries frei. Dagegen legte der Staatsanwalt Revision ein, die vom Oberlandesgericht zurückgewiesen wurde. Das freisprechende Urteil der zweiten Instanz wurde bestätigt. Das Gericht nahm an, daß die Form der Einladung für den Charakter einer Privatversammlung allein nicht maßgebend sei, daß aber im vorliegenden Falle der Forderung, daß ein gewisses inneres Band die Teilnehmer verbinden müsse, genügt sei. Die Forderung sei erfüllt durch die beschränkte Zahl der Einladungen (von 280 Wählern nur 70), sowie dadurch, daß bei der Einladung eine gewisse gleichartige Gesinnung maßgebend war.

Man darf gespannt darauf sein, ob sich das Gericht in den gegen einige Genossen anhängigen Prozessen auf gleichen Standpunkt stellen wird. —

Auch ein Stück Selbstverwaltung. In den reichsständischen Städten unter 20000 Einwohnern sieht dem Bezirkpräsidenten das Recht zu, den Bürgermeister zu ernennen, der Gemeinderat hat nur das „Recht“, das Gehalt zu bestimmen. Dieser Tage nun bewilligte der Gemeinderat von Niederzengen, einer Gemeinde von 7000 Einwohnern, 1000 M. Gehalt für einen Verfassungsbürgermeister. Wer für dieses Amt aufgetreten war, wählte im Gemeinderat niemand. Erst nach der Wahl erfuhren sie, wer zum Bürgermeister auserkoren sei und zwar durch den Hauswirt, bei dem der neue Bürgermeister eine Wohnung gemietet hatte.

Das Reichsland ist doch eine schöne Gegend. Die Regierung macht, was sie will; das Volk hat nur zu blechen. —

Ein Arbeiterdrama

Am Freitag vor dem Duisburger Schwurgericht seinen Abschluß. Am 11. Mai war in Schachtborth ein 250 Mann starker Arbeitertransport aus Wrag eingetroffen, den darselbst der Agent Stahl anwesend hatte. Der Agent hatte auch in diesem Falle alles mögliche versprochen, was die Leute nicht hielt, da sie dem Agenten ja solch weitgehenden Versprechungen keinen Aufschlag gegeben hatte. Die enttäuschten Arbeiter wollten im Lokal des Wirtes Mittelnach eine Versammlung abhalten, um ihre Lage zu besprechen, was jedoch der Wirt verbot. Die erregten Arbeiter griffen dadurch in Wut und ließen sich zu bedauerlichen Ausschreitungen hinreißen. Sie demolirten Tische und Stühle und griffen die herbeieilenden Polizeibeamten mit Knien usw. tätlich an. Vier Personen, die Arbeiter Stojeder, Kottin, Korfus und Zimmermann Greitner, hatten sich daher wegen Landfriedensbruch und Aufruhr vor dem Duisburger Schwurgericht zu verantworten. Das Gericht verurteilte die drei ersten Angeklagten zu je sieben Monaten und den letzten zu 6 Monaten Gefängnis. Vier Monate der erlittenen Untersuchungshaft wurden angerechnet. —

Nationale Kampfmethoden.

Die bürgerlichen Preß-Stipendiaten des Reichsverbandes begnügen sich nicht mehr damit, die Lügen des lehreren nachzubraden, sondern sie erfinden selbst solche. In Nürnberg erscheint ein nationalliberales Blatt, die „Frankische Morgenzeitung“, die sich durch besonders gehässige Kampfmethode und reaktionäre Gesinnung hervorruft. Auf die Gutmutigkeit der Sozialdemokraten hinweisend, die es verschmähen, bei jeder Gelegenheit sofort zum Knab zu laufen, bringt das Blatt fortgesetzt die größtlichen Schmähungen gegen unsere Partei und ihre Führer. Durch die Nichtbeachtung seiner Schimpfereien läßt er sich machen, verließ er sich am Freitag zu einer Behauptung, die wahrscheinlich demnachst im Uferal des Reichsverbandes aufstehen und die Kunde durch die nationale Presse machen wird. Durch die Angriffe der „Frankischen Tagespost“ veranlaßt, so hieß es da, hätten sich die Geschäftsleute zu einem Verband zusammengeschlossen und hätten der „Tagespost“ die Alternative gestellt, die Angriffe einzustellen, sonst würde kein Geschäftsleute mehr in ihr inserieren. Die Zeitung unseres Parteiblattes sei darauf, um nicht 50000 M. für Inserate zu verlieren, die blamable Verpflichtung eingegangen, keine Angriffe mehr zu bringen. Die ganze Geschichte ist natürlich von A bis Z erfunden. Um wieder einmal ein Beispiel zu statuieren, wird dem nationalliberalen Redakteur Gelegenheit gegeben werden, vor Gericht den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung anzutreten, daß unser Nürnberger Parteiorgan sich auf solche Weise habe laufen lassen.

Angarn.

Die Wahlreform mit Vorbehalt.

Budapest, 28. September. Der Kultusminister Graf Apponyi erklärte bei einer Zusammenkunft der Unabhängigkeitspartei des neunten Bezirks, daß der Entwurf einer Gesetzesvorlage zur Reform des allgemeinen Wahlrechts, der den Anforderungen und Bestrebungen der modernen Zeitgeistes Rechnung trage und dabei den ungarischen Charakter des Parlamentes wahre, fertiggestellt sei und zu Beginn der Session dem Parlament vorgelegt werde.

In der Wendung von der Wahrung des ungarischen Charakters des Parlamentes stecken die volksfeindlichen Einschränkungen, denen das im Prinzip zugeordnete allgemeine, gleiche Wahlrecht unterworfen werden soll. —

Frankreich.

Neue Verfolgungen der Antimilitaristen.

Paris, 28. September. Sämtliche Unterzeichner der antimilitaristischen Plakate und Flugschriften, in denen die Soldaten zum Ungehorsam und die Rekruten zur Fahnenflucht aufgefordert wurden, werden gerichtlich verfolgt werden. Die drei Personen, welche die Plakate angefertigt haben, sind auf frischer Tat verhaftet worden und werden sich ebenfalls vor Gericht zu verantworten haben. Unter den auf den Plakaten befindlichen Unterschriften sollen sich viele gefälschte befinden. (1)

Paris, 28. September. Demnachst wird hier ein neues sozialistisches Blatt unter dem Titel „Socialisme“, unter Leitung des Abgeordneten für Moudon, Jules Guédo, erscheinen.

Die Meldung wird vom Bureau Herold verbreitet. Wir müssen sie einstweilen mit einem Fragezeichen versehen.

Rumänien.

Nachklänge von der Bauernrevolte.

Die Schurkereien der rumänischen Regierung bei den Bauernwahlen in diesem Frühjahr sind noch frisch in aller Erinnerung. Ebenso die Bestialitäten, die sich die „liberale“ Regierung, nach der Niederknüpfung des Aufstandes aufs Gewissen lud. Erst allmählich kommt die ganze Ungehörlichkeit all der unzähligen Schandthaten ans Tageslicht, obwohl sich die Regierung die größte Mühe gibt, alle Spuren ihrer Verbrechen zu verwischen. Nach und nach veröffentlichte Offiziere, Gutbesitzer, Lehrer, Geistliche ihre Bekennnisse über die Vorgänge während der militärischen Exekutionen; es erschienen Angaben über die Hegeleitigkeit gegenwärtiger Minister vor den Urteilen und haarsträubende Einzelheiten über das Handeln der Soldateska im Aufstandsgebiete.

Jetzt hat gar ein Richter den Mut gefunden, Anklagen gegen die Regierung zu erheben und ihr öffentlich gezeigtes idriges Vorgehen gegen solche Amtspersonen, welche die Nordpolitik nicht mitmachen wollten, zu attestieren. Es ist dies der erste Präsident des Bukarester Appellationshofes, Scurler Popesco, der bei der Wiedereröffnung der Session vom Richterstuhl aus der Regierung nichts weniger als folgendes vorwarf:

„Dah sie zwei Richter, welche sich den Befehlen des Präsidenten Jarea nicht beugen wollten, verurteilte und ihre Demission erzwang; dah der betreffende Präfeldt Arrelierte entgegen dem Nichtspruch im Gefängnis festhielt; dah der Staatsanwalt nachher die Ungeheuerlichkeit dieser Arrelierungen und die Willkür bei Entlassungen feststellte, und dah jener verführerische Präfeldt, der längst vore Gericht gehörte, trotzdem von der Regierung gehalten wurde.“

Ferner sagte der unerschrockene Richter aus, dah er, während er der Wahloperation präsierte, sich vom Schwindelstern und dem Terror der Regierungswahlmacher überzeugen konnte: er fand hunderte von Stimmzetteln, die zum Zweck der Kontrolle der Wähler mit Nummern versehen waren, ferner wurden ihm falsche Personen, mit Wählerkarten versehen, vorgestellt und ähnliches mehr!

Schließlich brandmarkte Popesco die Haltung des Oberstaatsanwaltes, der sich zum willenslosen Instrument der Regierung hergegeben hatte, um die Willkürakte des verächtlichen Präfeldten Jarea zu verdecken.

Solche Anklagen läßt sich die „liberale“ Regierung ins Gesicht schleudern, ohne auch nur zu erröten. Ob sie auch hier wieder mit einem Gezwalt antworten, oder ob sie einfach die Antwort schuldig bleiben wird, das ist bis zur Stunde noch nicht bekannt. Doch so oder so — man kann sich jedenfalls eine Vorstellung davon machen, was für eine Wunde in den Personen der „Herren“ Stelian, Joneil, Bratiam, Sturdza und Konsorten jetzt den armen rumänischen Staat beherstet.

Die russische Revolution.

Die Urwahlen im Gouvernement Petersburg.

Die Urwahlen im Gouvernement Petersburg haben überall die Opposition zum Siege geführt. In der Arbeiterkurie wurden 41 Bevollmächtigte gewählt: 25 Sozialdemokraten, 13 „Linke“, die der Sozialdemokratie nahestehen, und 3 Parteilose. In der Kurie der Kleingrundbesitzer wurden im ganzen Gouvernement 89 Bevollmächtigte gewählt: 44 Radikale, 25 „Linke“, 5 Progressisten, 4 Gemäßigte und 4 Parteilose. Kein einziger „Schtruffe“, kein einziger Oktobrist wurde gewählt, trotzdem die „besten Kräfte“ des schtruffischen Verbandes und die „Ideologen“ des Oktoberverbandes, dieser „Partei der letzten Regierungsvorfugung“, in Petersburg konzentriert sind. Und was besonders hervorzuheben ist: dieser Sieg wurde von der Opposition ohne alle Mühe, ohne vorhergegangene Agitation errungen. Besonders trat hier der Zug in der Arbeiterkurie zutage. Hier spielten die „schtruffischen“ Elemente eine wahrhaft klägliche Rolle.

Parallel mit der dominierenden Rolle der Opposition trat jedoch im ganzen Gouvernement ein anderer bedeutender Zug zutage, der die Wahlsicht der Opposition bedeutend verringert: in der Kurie der Kleingrundbesitzer machte sich ein erschreckender Abstemismus der Wähler bemerkbar. In fünf Kreisen kamen die Wahlen in dieser Kurie überhaupt nicht zustande, und in den anderen schwankte die Höhe der Wahlbeteiligung zwischen 4 und 9 Proz. —

Es konnten hier infolgedessen nur wenige Bevollmächtigte gewählt werden, die gegen die reaktionäre Masse der Großgrundbesitzer auf der Gouvernementsversammlung schwerlich aufkommen werden.

Auch bei den Arbeitern machte sich eine relativ geringe Wahlbeteiligung bemerkbar. In einigen Fabriken kamen die Wahlen überhaupt nicht zustande, weil die Arbeiter entweder gar nicht erschienen waren oder für den Wahlboykott stimmten. In der Mehrzahl der Betriebe jedoch gelang es den Sozialdemokraten, die Massen aufzurütteln und die Volkstimmung niederzukämpfen. Doch auch hier ließ die Höhe der Wahlbeteiligung viel zu wünschen übrig.

Die Petersburgur Wahlen sind für den gegenwärtigen Moment höchst charakteristisch. Aus allen Enden des Reiches laufen ähnliche Nachrichten ein. Es wäre aber verflucht, schon jetzt irgendwelche Schlussfolgerungen daraus zu ziehen.

Die Berichterstattung über die Wahlen.

Wie zu erwarten war, mußte die offizielle Petersburgur Telegraphen-Agentur die Wahlergebnisse so doktrinal, daß die oppositionelle Stimmung im Lande abgenommen habe und die Wähler vom „Geiste der Gemäßigkeit“ erfüllt seien. Als sich gleich nach Beginn der Wahlen die offiziellen Nachrichten häuften, daß die Arbeiter, die Bauern, die keinen Grundbesitzer Bevollmächtigte wählten, die sich zum größten Teil zu den Gemäßigten zählten, konnte man mit Bestimmtheit voraussetzen, daß das eine neue Bezeichnung für oppositionell

oder gar revolutionär gesinnte Personen war. Die nicht-offiziellen Berichte, die unterdessen eingelaufen sind, betreffen das mit Evidenz. Das Organ der Oktoberisten, „Goloz Moskwa“, das für die „Linksparteien“ nichts weniger als Sympathie empfindet, bringt über die Wahlen im Gouvernement Moskau Angaben, welche den offiziellen direkt widersprechen. Während die offiziellen Berichte von einer verschwindenden Minorität der Linken in allen Bezirken sprechen, stellt das Oktoberistenblatt fest, daß sie mindestens in vier Bezirken in überwältigender Majorität gewählt worden seien.

In 4 Bezirken des Gouvernements Wjarka sind nach den Angaben der Telegraphenagentur gewählt worden: 74 Rechte, 11 Gemäßigte, 16 Linke, 4 Radetten, 8 Progressisten und 115 Partei-lose. Wie „Njetch“ jedoch weiter meldet, besteht hier die Majorität aus „Linken“ und Progressisten.

Besonders kräftig tritt die Unversöhnlichkeit der offiziellen Telegraphenagentur in solchen Fällen hervor, wo nach ihren eigenen Angaben dieselben Bevollmächtigten wie bei den verflorenen Wahlen gewählt wurden. So sind im Gouvernement Lomscha nach ihren Angaben unter 100 Bevollmächtigten 72 alle wiedergewählt, im Gouvernement Moskau unter 336 — 120, im Gouvernement Twer in einigen Bezirken fast nur die alten usw. Trotzdem es aber aus den verflorenen Wahlen zur Genüge bekannt ist, daß die Wahlenbevollmächtigten in erdrückender Majorität zu den Linksparteien gehörten, spricht die offizielle Berichterstattung auch in diesen Fällen, wo Jertümer doch vollkommen ausgeschlossen sind, von „Personen, die sich zu den Gemäßigten zählen“.

Es läßt sich gegenwärtig ein auch nur annäherndes Bild der Wahlfresultate schwierig geben. Das eine aber steht fest: die Wahlen werden trotz der Schönfärberei der offiziellen Telegraphenagentur den Schöpfern des neuen Wahlgesetzes keine Freude bereiten.

Gewerkschaftliches.

Streikbrecher-Erfahrungen.

„Man braucht die Lumpen, aber man ästimmert sie nicht!“ Dies Wort des „alten Fritz“ über die Spione gilt auch für das Unternehmertum den Streikbrechern gegenüber. Auch die englischen Streikbrecher, die in Antwerpen tätig waren, haben eine schaurige Geschichte von ihren Erfahrungen zu erzählen. Viele von denen, die von dort zurückgekehrt sind, sagen, daß sie wie Sklaven behandelt seien. Sie mußten auf Strohschläfen und von Kartoffelbrühe leben. Nur zum Frühstück erhielten sie etwas Brot, Käse und ein Maß Bier. Abendbrot gab es nicht. Zur Arbeit wurden sie in Wagen geladen, von der Polizei bewacht, und nachts auf das Dampfschiff „Bancouder“ zum Schlafen gefahren. Sie waren in Wirklichkeit Gefangene und keiner von ihnen würde noch einmal dort hingehen.

Der Vertrag, den die Streikbrecher unterzeichneten mußten, war von ziemlicher Länge. Er galt mindestens für eine Woche und nicht länger als zwei Monate, je nach Bedarf der Föderation. Die Löhne betragen 30 M. wöchentlich und 1 M. für die Uebersunde. Der Arbeitstag war auf neun Stunden angesetzt und mußten die Leute auch Sonntags arbeiten, wenn es verlangt wurde. Sie hatten die Rückreise selbst zu bezahlen. Ueber Befestigung und Wohnung sagte der Kontrakt nichts.

Eine Folge davon war, daß, wenn sie irgend welche „Extras“ verlangten, nichts erhielten. Als Bezahlung erhielten sie Schecks auf die Föderationsbureaus in London. In bar erhielten sie nur den Lohn für die letzte Woche, wovon sie die Fahrt bezahlen mußten.

Berlin und Umgegend.

Wachtung, Bäckerbrot! Die Parteigenossen ersuchen wir davon Notiz zu nehmen, daß am Sonntag, den 6. Oktober, wiederum eine Biste der Bäckereien erscheint, in denen die Forderungen der Gehälften bewilligt wurden und bitten wir schon heute, uns in derselben tollkräftigen Weise wie bisher zu unterstützen und den Bedarf von Backwaren nur aus diesen Geschäften zu entnehmen, vor allen Dingen auch ein wachsam Auge auf die Wiederverkäufer zu haben. Die Streikleitung des Verbandes der Bäcker und Konditoren.

Die Marmorarbeiter Berlins stehen seit dem 2. September im Streik. Während eine Reihe Firmen, die nicht dem „Verband Deutscher Steinmetzgeschäfte“ angehören, die Forderungen teilweise ohne daß es zu Konflikten kam, zum Teil nach kurzem Streik anerkannten, zeigten sich die dem Unternehmerverband angehörigen etwas hartnäckiger. Es sind auch nicht die schönsten Mittel, zu denen sie greifen. Nachsichendes Schriftstück wurde der Streikleitung von einem dieser Unternehmer übergeben mit dem Bemerken: „Wenn wir uns auch bekämpfen, so soll der Kampf doch ein ehelicher und sachlicher sein.“ Daß er es nicht ist, beweist aber das von dem Scharfmacherverband versandte Rundschreiben. Es lautet:

Hierdurch zur Nachricht, daß der größte Teil der Marmorarbeiter von Groß-Berlin, soweit dieselben organisiert sind, in den Ausland getreten sind. Die denselben angebotene Erhöhung des Affordtarifs von 15 Proz., Erhöhung des Stundenlohnes für Steinmetze um 5 Pf., für Schleifer um 7 1/2 Pf., ist als zu gering zurückgewiesen worden. Die Ausständigen verlangen Abschaffung der Affordarbeit und höhere Stundenlohnätze, sowie 40 Proz. Zuschlag auf den Affordtarif. Beigefügt überenden wir Ihnen das Verzeichnis der Ausständigen, soweit uns dieselben bisher zugestellt sind. Wir bitten, die Ausständigen bis auf weiteres von der Einstellung auszuschließen, bereits eingestellte aber baldmöglichst wieder zu entlassen. Der Ausstand der Marmorarbeiter bei der Deutschen Steinindustrie A. G. in Berlin, sowie der Marmorarbeiter in Düsseldorf dauert ununterbrochen fort. In Berlin konnte ein großer Teil der ausständigen Schleifer durch andere Arbeiter sowie Frauen bereits ersetzt werden.

Das Geschäftsamt des Verbandes Deutscher Steinmetzgeschäfte.

Die Streikleitung bemerkt dazu: Es ist ferner eine Unwahrheit, daß wir 40 Proz. Zuschlag auf den bestehenden Affordtarif angeboten wurde, vielmehr erklärte Herr Otto Sasse, Steglitz: Bei einzelnen Positionen müßten ja Zugeständnisse gemacht werden, dagegen bei anderen wieder Abzüge.

Es ist eine bewusste Unwahrheit, daß wir 40 Proz. Zuschlag auf den bestehenden Tarif verlangt haben. Wir erklärten nur: wollten wir uns auf einen Affordtarif einigen, müßten einzelne Positionen um 25 bis 50 Proz. erhöht werden, wenn wir unseren Lohn dabei verdienen wollten. Ein Vorschlag auf einen generellen Zuschlag wurde von keiner Seite gemacht.

Inhänzig ist die Behauptung, wir verlangen Abschaffung der Affordarbeit und 40 Proz. Zuschlag auf den alten Tarif. Dazu ist jedes weitere Kommentar überflüssig.

Mit der Wahrheit auf sehr gespanntem Fuße steht ferner die Behauptung, die Schleifer wären durch andere Arbeiter ersetzt. Erstens ist die Arbeit der Schleifer körperlich sehr anstrengend, zweitens ist eine lange praktische Ausbildung notwendig und drittens fehlt es an — — Streikbrechern.

Zwei Drittel der Marmorarbeiten arbeiten zu den neuen Bedingungen. Im Streik befinden sich dieselben noch bei 5 Firmen mit 90 Kollegen. Bei diesen Firmen waren vor Ausbruch des Streiks 135 Mann beschäftigt. Von diesen ist ein großer Teil anderweitig untergebracht worden. Pflicht eines jeden Steinarbeiters ist es, die im Kampfe Stehenden moralisch und finanziell zu unterstützen; moralisch durch Verweigerung der Streikarbeit und strikte Einhaltung des neuen Tarifs. Finanziell durch Bezahlung der örtlichen Extrasteuer.

Der Streik der Buchbinder in der Buchdruckerei von J m b e r g u. L e s s o n zu Rowa w e s ist nach eintägiger Dauer mit Erfolg für die Beteiligten beendet. Der Versuch, die Arbeiten in Berlin fertigstellen zu lassen, scheiterte, da die in Betracht kommenden Buchbinder sich weigerten, die Arbeiten fertig zu machen.

Die organisierten Bootsbauer hielten am Donnerstag in ihrem Arbeitsnachweis- und Verkehrslokal, Stralauer Allee 17E, eine Versammlung ab. Genosse Hinrichsen referierte über die berufliche und materielle Lage der Bootsbauer Deutschlands. Hierauf wurde beschlossen, geeignete Schritte zu unternehmen, um die Berufskollegen außerhalb Berlins für die Ziele der Organisation zu gewinnen. Rängere Debatte verursachte ein Antrag des Vorstandes, welcher besagte, die seit längerer Zeit über die Firma Deutsch in Stralau verhängte Sperre wegen ihrer Erfolglosigkeit aufzuheben. Der Antrag gelangte mit großer Majorität zur Annahme. Demzufolge ist nunmehr die Sperre für Bootsbauer und Tischler aufgehoben. Diejenigen Kollegen, welche den Sperrbeschluss durchbrochen haben, wurden teils für dauernd, teils auf ein Jahr aus der Organisation ausgeschlossen. Mitgeteilt wurde, daß die Sitzungen der Agitationskommission von Freitag, den 4. Oktober, ab alle 14 Tage im Arbeitsnachweislokal stattfinden. Zweck dieser Sitzungen ist, den jüngeren Kollegen Gelegenheit zu geben, sich agitatorisch heranzubilden. Mehrere Kollegen traten dem Verein als Mitglied bei.

Deutsches Reich.

Der Bergarbeiterstreik in der Niederlausitz.

Senftenberg, 27. September.

Die Anstrengungen der Unternehmer, Arbeitswillige herzuholen, erhalten einen Stich ins Kriminelle. So hat man unter falschen Vorpiegelungen 40 Mann nach Schipkau auf die Treubergwerke gewonnen. Unterwegs wurden sie abgefangen. Heute kamen 19 Ruthenen, Kroaten usw. an. Mit zwei Wagen und unter Bedeckung von 5 Gendarmen wurden sie unter dem Halo der Schuljugend und der weiblichen Bevölkerung nach Sendels Werken transportiert. Doch ach! Unter Begleitung zahlloser Kinder kam die ganze materielle Gesellschaft nach dem Streikbureau.

Der Bahnhof Senftenberg sieht förmlich unter Belagerungszustand. Nicht mehr wie 4 Veritene außer den Fußgängerarmen halten ihn seitweise besetzt. In Gruppen bleiben die Bürger dabei stehen.

In der Heimat sind die Ruthenen, wie durch Dolmetscher festgestellt wurde, von dem Vermittlungsamt Myslowitz der Deutschen Feldarbeiterzentrale Berlin SW., Hafenplatz 4, nach Reudsburg in Schleswig-Holstein zur Arbeit in eine Düngersabrik gewonnen. Im letzten Augenblicke bestimmte man sie — unter bestimmtester Verneinung, daß in der Niederlausitz Streik sei — nach Senftenberg.

Senftenberg, 28. September.

Un glaublich! Der Amtsvorsteher Tempel in Costebrau bei Gletznitz soll 2 Reservisten gegenüber, von denen er annahm, daß sie sich zu Streikbrecherdiensten hergeben würden, erklärt haben, daß sie, falls sie sich von den Streikenden irgendwie belästigt glaubten, sie denselben die Hade in den Kopf schlagen sollten! Die betreffenden Arbeiter, Wilhelm Kuhnert-Costebrau und Karl Krubisch ebenda, bekundeten die Keuschung in öffentlicher Versammlung. — Was sagt die vorgesetzte Behörde des Herrn Amtsvorstehers zu dieser offensibaren Aufreizung zu Gesetzesverletzungen?

Die 19 Ruthenen, die man unter Vorpiegelung falscher Tatsachen ins Revier gelockt hatte, sind im Laufe des Nachmittags zu dem Landrat, dem Grafen v. Portalis, nach Calau gefahren. Der war nicht zu Hause — aber 2 „Leutenoffleidende“ Großgagrarier haben die Arbeiter unter annehmbaren Bedingungen mit auf ihre Güter genommen.

Schieflustige Unternehmer.

Die Schuhfabrikanten in Dettweiler i. El., die die Arbeiter wegen einer geringfügigen Lohnforderung ausgesperrt haben, richteten an die Kreisdirektion ein Gesuch, während der Dauer der Aussperrung Revolber tragen zu dürfen! Die Behörde erkannte aber, daß die Unternehmer nicht reif genug seien, von der Schußwaffe einen verständigen Gebrauch zu machen und lehnte mit Recht das Gesuch ab.

Kriegsdrängungen der Scharfmacher im bayerischen Baugewerbe.

Aus einem geheimen Rundschreiben, das der Verband der Arbeitgeber im Baugewerbe Mittelfrankens versendet, geht hervor, daß diese „rühmlichst“ bekannte Gesellschaft von Scharfmachern einen Hauptschlag für nächstes Frühjahr plant und aggressiv gegen die Arbeiter vorgehen will. Das Objekt dieses Angriffs sind diesmal die Maler, Tüncher und Anstreicher, deren Tarif am 1. April 1908 abläuft. Um in dem voraussetzlichen Kampfe die Unternehmer des Maler- und Tünchergewerbes wirksam unterstützen zu können, richtet die Verbandsleitung in dem geheimen Zirkular an die Mitglieder des Verbandes die dringende Bitte, alle Maler, Tüncher- und Anstreicherarbeiten so zu beschleunigen, daß die gesamten Arbeiten möglichst bis zum 31. März fertig sind. Ferner hat der Verband in seiner geheimen Jahresversammlung die Anlegung eines Streikfonds beschlossen, auch wurden die Mitglieder verpflichtet, bei Uebernahme von Lieferungen darauf zu dringen, daß die Streiklausel in die Werkverträge aufgenommen wird, wonach die Preisen nicht nur bei Streiks, sondern auch bei Aussperrungen für deren Dauer verlängert werden sollen. Das sind alles Anzeichen, die darauf hindeuten, daß die Herren damit umgehen, den Arbeitern schlechtere Bedingungen zu diktieren und selbst angriffsweise vorzugehen.

Husland.

Wer hat gestiftet?

Antwerpen, 27. September. (Eig. Ber.)

Die Version Ihres Korrespondenten über die Kundgebung der „Föderation“ — die vom Bürgermeister von den Dodern gemachten Zusagen betreffend — wird heute auch von der Presse bekräftigt. Auf der Börse, wo man über die Scharfmacherei der Föderation, die den Frieden zu bedrohen schien, sehr verstimmt war, wird ebenfalls die Auffassung geteilt, daß der Bürgermeister mit Zug und Recht auf Grund der persönlichen Zusage der Unternehmer der Dodersorganisation seine Vorschläge zu machen berechtigt war. Auch der Korrespondent des „Peuple“ versichert aufs bestimmteste, daß der Bürgermeister von den Unternehmern direkte Versprechungen erhalten hat und die Föderation nur ihre Niederlage bemängeln und nicht offiziell zugeben will, daß die Arbeiter Erfolge errungen haben. Es sei sicher, daß die Arbeiter die Schlacht gewonnen haben und die Bedingungen trotz der Scharfmacherei Steinmanns erfüllt werden.

Es heißt, daß die „Föderation“ die Beiträge für ihre Widerstandskasse derart erhöhen wird, daß die jährlichen Einnahmen von 700 000 auf 3 1/2 Millionen Frank steigen werden. — Für Samstag

und Sonntag wird die Abdampfung der Streikbrecher angekündigt, so daß dann etliche Hundert noch vor der Hand zurückbleiben.

Tarifverträge in Rußland.

In Petersburg sollten schon zum 14. August die Verhandlungen zwischen dem Druckereiarbeiterverband und den Unternehmern zwecks Abschließung eines Tarifvertrages beendet werden, doch die plötzliche Sistierung des Verbandes setzte den Verhandlungen ein Ende. Jetzt, nach Wiederöffnung des Verbandes, werden die Arbeiten mit verdoppelter Energie fortgesetzt. — In Wilna wurde in der Druckerei von Syelin ein Tarifvertrag auf drei Jahre abgeschlossen. — In Kaluga wurde nach dem jüngst stattgefundenen Schneiderstreik ein Tarifvertrag bis zum 7. April 1908 abgeschlossen. — In Kischineu schloß der Handlungsgehilfenverband mit den Unternehmern einen Vertrag über normale Sonntagsruhe ab.

Soziales.

Aus dem Lande der Schulen.

Vor drei Jahren brannte im Dorfe Jügen bei Schwedt a. O. das Schulhaus nieder, und noch heute ist es nicht wieder aufgebaut. Der Patron Herr von Colmar hält sich zum Bauen nicht verpflichtet, und die kleine Gemeinde, die meist aus armen Tagelöhnern besteht, ist nicht imstande, das Geld aufzubringen. Die Brandstelle ist auch heute noch nicht aufgeräumt; die Trümmer liegen noch so, wie sie der Brand hinterlassen hat. Die Natur scheint sich dieses Anblicks zu schämen und hat den ganzen Trümmerhaufen mit meterhohem Unkraut bedeckt. So ist die Stelle des alten Schulhauses (nebenbei gefügt eines Prälischen Schulhauses) ein „Gruel der Verwüstung an heiliger Stätte“ geworden, denn der Trümmerhaufen liegt in der Nähe der Kirche unmittelbar am Friedhofe. Noch ein mutet den Fremden seltsam an. Die Kastanienbäume vor dem abgebrannten Schulhause, die durch die Hitze teilweise verkohlten und abstarben, sind ebenfalls nicht entfernt worden, sondern stehen trocken da und starren mit den dürren, weißgewordenen Zweigen himmelwärts.

Sommerschulen.

Aus Westpreußen bringt die „Vad. Ztg.“ folgendes Stimmungsbild: Mit Rücksicht auf die diesjährige verspätete Ernte wurden die Kreis- und Schulinspektoren angewiesen, die Lehrer zu ermächtigen, Kinder der Mittel- und Oberstufe auf Antrag zu den Entearbeiten zu beurlauben. Zu den Kleinbauern drang die Kunde nur vereinzelt, denn die Kollegen hüteten sich wohl, ihre Dorfeingefessenen davon in Kenntnis zu setzen, um so besser waren dagegen die Herren Gutsherrn informiert. In den Gutschulen herrschten darum wochenlang trübselige Zustände. In Scharen strömte alles, was da fleucht und krencht, hinaus auf die Felder, während der Lehrer in der Masse vor halb und ganz leeren Bänken dozierte! Und wie fränkend für den Lehrer geschah die Art der Beurlaubung der Schulkinder! Der ostelbische Heubale hat es selbstverständlich nicht nötig, sich an den Schulmeister zu wenden. Er fragt telephonisch beim Landrat an, ob „Schulkinder zu haben sind“, und erhält auf demselben Wege zusagehafte Antwort. Am nächsten Tage erscheint der Herr Inspektor in der Schule und meldet dem Lehrer, daß der gnädige Herr so und so viel Schulkinder braucht. Jähnefrischend verrichtet der Lehrer vormittags seine nutzlose Schularbeit und vergräbt sich nachmittags in seine Bücher, um so bald wie möglich in die Lage zu kommen, der Gutschule Valet sagen zu können.

Dieser geistigen Verelendung der Kinder und Lehrer tritt der „liberale“ Block natürlich nicht entgegen.

Eine Kinderschulskommission.

die sich vor allem die Aufgabe gestellt hat, den Kampf gegen die gewerbliche Kinderarbeit zu führen, hat sich jüngst in Chemnitz gebildet. Die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten klagen zumeist darüber, daß das als so segensreich gepriesene Kinderschutzgesetz vom 30. März 1903 noch verhältnismäßig unbekannt sei, nicht gehörig beachtet und falsch ausgefaßt werde, daß die Arbeitgeber nicht selten erklären, sie seien der Meinung gewesen, der Beachtung des Kinderschutzgesetzes würde keine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Damit ist der Betätigung solcher Kommissionen ein weites Feld gegeben. Wenn die Kommissionen den Aufsichtsbehörden ihre Kenntnis von gesetzeswidriger Kinderarbeit übermitteln, so könnten sie dazu beitragen, dem Kinde zu behahren und zurückzuerobern, was allgemein als des Kindes herrlichster Besitz gilt: das Paradies der Jugend.

Bauarbeiterkongress in München.

In Nürnberg hielt die Bauarbeiterkongresskommission eine Besprechung an, an der auch ein Vertreter der Zentralkommission für Bauarbeiter in Hamburg, zwei Vertreter aus München und Genosse Segis als Vertreter der sozialdemokratischen Landtagsfraktion teilnahmen. Dabei wurden die Bestrebungen des Unternehmertums, die ohnehin unzureichenden und sehr lässig durchgeführten Schutzbestimmungen zu durchbrechen, eingehend besprochen und die Notwendigkeit einer durchgreifenden Reform dieser Bestimmungen dargetan. Weiter wurde einstimmig beschlossen, in nächster Zeit nach München eine Konferenz einzuberufen, um die Situation vollständig klar zu legen und die Unterlegen für die Forderungen an die Gesetzgebung zu gewinnen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das Urteil im Prozeß Roeren-Schmidt.

Köln, 28. September. (Privatdepesche des „Vortwärts.“) Unter ungeheurem Andrang des Publikums wurde heute im Schöffengerichtssaale das Urteil gegen den früheren Bezirksamtmann in Logo Geo Schmidt verkündet. Der Angeklagte wurde wegen öffentlicher Beleidigung des Reichstagsabgeordneten Roeren zu 100 M. Geldstrafe event. 10 Tagen Haft und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Dem Kläger wurde die Publikationsbefugnis in der „National-Zeitung“ und in der „Täglichen Rundschau“ zugesprochen. Als der Vorsitzende die Sitzung schloß, rief ein im Zuschauerraum stehender, besser gekleideter Herr, indem er seinen Hut schwenkte, laut aus: „Der Vertreter der Gerechtigkeit lebe hoch!“ Der Vorsitzende läßt den Herrn an den Richterlich kommen und hält ihn vor, daß er mit diesem Ruf an Gerichtsstelle sich eines Uebergriffes habe schuldig gemacht. Er müsse ihn eigentlich in eine Ordnungsstrafe nehmen, wolle aber die Sache noch einmal durchgehen lassen, da er es zweifellos gut gemeint habe.

Die Unternehmer in gerichtlicher Beleuchtung.

Antwerpen, 28. September. (V. G.) Von seiten der Föderation maritime verlaute, daß die von den Hafenarbeitern angestrebte Lohnaufbesserung nicht vor Anfang des nächsten Jahres bewilligt werden wird. Die gerichtliche Untersuchung über das Verhalten der Föderation maritime dauert fort. Der Berichtspunkt erklärte in einer Unterredung, daß bei dem geringsten Anlaß gegen die Mitglieder der Föderation vorgegangen werden würde. Nötigenfalls würde die Gerichtsbehörde nicht davor zurückschrecken, auch die höchstgestellte Persönlichkeit der Föderation maritime verhaften zu lassen.

Die Berliner Genossen zum Ergebnis des Parteitag.

Zu sechs großen Generalversammlungen nahmen am Freitag die Berliner Genossen den Bericht vom Parteitag in Offen entgegen. Die Referate wurden überall mit einem gewissen Gefühl der Befriedigung aufgenommen, wenn natürlich auch die Kritik an Einzelheiten nicht schweg. Ueber den Verlauf der Versammlungen lassen wir die nachstehenden Einzelberichte folgen:

Erster Wahlkreis.

Der Wahlverein des ersten Berliner Reichstagswahlkreises versammelte sich bei Dräsel, Neue Friedrichstraße. Den ersten Punkt der Tagesordnung, Beratung des Verbandstatuts, ev. Anträge zu demselben, befragte der Vorsitzende, Genosse Wolderst. Er erklärte, daß keine Anträge eingelaufen seien und nahm an, daß die Genossen damit einverstanden sind, wenn die Delegierten dem vorliegenden Entwurf des Statuts zustimmen. Die Versammlung war damit zufrieden.

Zur Berichterstattung vom Parteitag erhielt zuerst Genosse Schwabedahl das Wort. Eingangs seiner Rede ging er auf das große Wachstum der Partei und der Gewerkschaften in dem Orte des Parteitags, Essen, ein, sprach von der Bedeutung der Tagung gerade im Gebiet der deutschen Großindustrie und beleschichte einen Teil der Verhandlungen im allgemeinen.

Ergänzend folgte ihm Genosse Dr. Arons, der gelegentlich etwas kritisch wurde, aber ebenfalls seine lebhafteste Befriedigung über den Verlauf des Parteitags ausdrückte. Inbezug auf den Kampf gegen den Militarismus meinte er, daß dieser Kampf nirgends tiefer und ernster aufgefaßt werde als bei uns in Deutschland; er sah aber die Kritik gegen Roskes Rede im Reichstag, wie sie in Essen geübt wurde, als nicht durchschlagend an und bezog sich auf Webers bekanntes Ausspruch, daß er die Pläne selbst noch auf den Boden nehmen würde, wenn Deutschland angegriffen werden sollte. — Die Kolonialfrage, so meinte Redner weiter, konnte man wohl in Essen als ein Streit um des Kaisers Bart bezeichnen, nicht aber in Stuttgart, wo es sich um die Haltung von alten Kolonialbürgern gegenüber ihren Kolonien handelte. Er sollte dem Referat von Singer Anerkennung und meinte, er hätte sich gewundert, daß nach diesem Referat zuerst niemand Lust zur Diskussion zu haben schien, da doch die in Stuttgart angenommene Resolution viele Genosse haben sollte. Daß die Kolonialfrage viele Schwierigkeiten biete, zeigte der Redner an Dolland und erklärte, daß die Eingeborenen in den Kolonien einer weit schlimmeren Ausbeutung anheimfallen würden, wenn die Regierung sich zurückziehe mit der Absicht, die Kolonien aufzugeben. Dr. Arons ging unter anderem auch auf die Stichwortsfrage näher ein, bei deren Erwägung die fühle mächtigere Beurteilung der politischen Verhältnisse gefehlt habe. Leicht verständlich sei die Erbitterung über die bürgerlichen Parteien aus dem letzten Wahlkampf her, aber die Erbitterung sei ein schlechter Berater. — Redner befragte dann das Schicksal der Anträge aus dem ersten Kreise. Da war zuerst der Wunsch, den „Vorwärts“ den Berliner Genossen zu übergeben, der aber in den übrigen Berliner Kreisen keine Unterstützung fand und daher nicht zur Beratung kam. Der zweite Antrag, Beisitzer in den Parteivorstand zu wählen, wurde zwar abgelehnt, aber eine große Anzahl von Genossen seien der Meinung, daß damit der Antrag nicht begraben sei, sondern wiederkehren würde. Der dritte Antrag, der von Nürnberg ausging und vom ersten Kreis angenommen wurde, verlangte, daß die Agrarfrage auf dem nächsten Parteitag behandelt werden sollte. Dieser Antrag wurde dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen. Am Schlusse seiner Ausführungen erklärte Genosse Arons, daß der Parteitag einen großen Eindruck auf ihn gemacht habe durch den ersten, still arbeitenden Geist, der die Genossen beherrschte, der danach strebte, störende Momente zu beseitigen und die Einigkeit zu festigen, was gegenwärtig sehr wichtig sei, denn auf die bevorstehenden, großen Kämpfe um das Wahlrecht in Preußen bliden die Genossen aller Orten mit Spannung. (Beifall.)

Eine Diskussion über die gehörten Berichte fand nicht statt. Ueber die Provinzialkonferenz wurde dann ein Bericht vom Genossen Schwabedahl entgegengenommen, der die Wirksamkeit einer einheitslichen Organisation für die Provinz Brandenburg hervorhebt. Der Redner entwarf ein Bild der Verhandlungen und verlas die angenommene Resolution. Von manchen Seiten, so von Spandau, seien besondere Wünsche über Einrichtung und Ausgestaltung einer eigenen Presse laut geworden, die der Agitation dienen sollte. In einzelnen Kreisen der Provinz sei es ungeheuer schwer, Eingang zu gewinnen, aber es mühten immer wieder Anstrengungen gemacht werden, vorzudringen, und die Genossen sollten sich nach Kräften beteiligen, wenn die Agitationskommission sie ruft. — Auch dieser Bericht wurde ohne Diskussion entgegengenommen.

Zweiter Wahlkreis.

Die mäßig besuchte Generalversammlung des 2. Wahlkreises nahm als 1. Punkt der Tagesordnung den Bericht von der Provinzialkonferenz entgegen.

Berichterstatter ist Genosse Hahn, der sich in längeren Ausführungen über die Zusammenfassung und Beratungen der Konferenz ergeht. In der Provinz Brandenburg seien in 187 Ortsvereinen rund 17 000 Genossen politisch organisiert. Anerkannt müsse werden, daß sich die zentrale Leitung der Agitation gut bewähre, aber es müsse auf diesem Gebiet mehr als bisher geleistet werden. Besonders aus gewerkschaftlichen Kreisen sind noch viele Genossen der Parteioorganisation zuzuführen, denn die 17 000 politisch organisierten stehen 66 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gegenüber. Redner bespricht die Tätigkeit der Parteigenossen während der Reichstagswahlen, erwähnt dann im Zusammenhang damit die in 17 Fällen wegen Verbreitung von Flugchriften mit Geld- und in 8 Fällen mit Freiheitsstrafen erfolgten Verurteilungen. Von den Gewerkschaftsmitgliedern sei anzuerkennen, daß sie bei der letzten Wahl ihren Mann stellten. Der Reichsländerverband habe so gearbeitet, daß für unsere Genossen an manchen Orten nur mit Lebensgefahr agitiert werden konnte. Unsere Presse bedürfe der weiteren Ausbreitung, aus diesem Gesichtspunkte sei auch der dem Vorstand überwiesene Antrag Spandau-Westhavelland, der die Herausgabe eines besonderen Organs bezwecke, zu verstehen. Redner spricht sich sehr anerkennend über die Tätigkeit der Provinzialkonferenz aus, die manche wichtige Anregung gegeben und zur weiteren Ausbreitung der Partei beitragen werde.

Eine Diskussion erfolgt nicht, und erhält Genosse Lohse zu seinem Teilerbericht über den Essener Parteitag das Wort. Redner bespricht die Schwierigkeiten, die in Essen bezüglich der Lokalfrage zu überwinden waren, erwähnt, wie aus den Ansprachen der Gäste aus Oesterreich die Freude über den jüngst errungenen Wahlsieg herausklang und geht dann dazu über, den auf dem Parteitag erhaltenen Vorstandsbericht zu beleuchten. Vom Referenten wurde hervorgehoben, daß zwar die Parteioorganisation erhebliche Fortschritte mache, daß aber Berlin in dieser Hinsicht erst an 11. Stelle stehe. Es müßten daher alle Kräfte angespannt werden, hier Wandel zu schaffen um vorwärts zu kommen. Ebenfalls habe der Referent den einheitslichen Mindestbeitrag herangezogen mit dem Bemerkten, daß das was die sächsischen Genossen könnten, auch anderwärts durchführbar sein müsse. Der Parteivorstand habe in jeder Hinsicht seine Schuldigkeit getan, man kann mit seinen Leistungen zufrieden sein.

Zur gewerkschaftlichen Einigungsbestrebung lehnte der Parteitag alle Anträge ab, nahm jedoch die von Webel eingebrachte Resolution an, der auch die drei Vertreter des 2. Kreises ihre Zustimmung gaben. Silberschmidt habe sich vorher recht günstig für das Zustandekommen der Einigung mit den Lokalorganisierten geäußert, so daß man diese Aktion nicht durch unangebrachte Anträge gefährden wollte. Die Resolution Webel gibt auch noch den Wiesenhalschen Gelegenheit, binnen Jahresfrist zu einer Entscheidung bezw. Einigung mit der Zentralorganisation zu kommen. Der von Gerisch erstattete Klassenbericht wies günstige Zahlen auf, daselbe treffe auch für den Bericht über die Parteipresse zu. Mit 211 917 in der Berichtsperiode neu gewonnenen Abonnenten die bisher höchste Zunahme zu verzeichnen. Die Gesamtabonnentenziffer betrage 1 490 000, unser nächstes Ziel ist, die zweite Million bald vollzumachen, wobei auch die Agitation für die Ausbreitung der Presse der Genossen nicht vernachlässigt werden dürfe. Beim Bericht der Kontrollkommission konnte erfreulicherweise eine Verminderung der Streikfälle konstatiert werden. Das Nachrichtenbureau ist vom Referenten, Genosse Müller, als eine dringend notwendige Einrichtung bezeichnet worden, für welche sich schon der leider verstorbenen Genosse Schönant ausgesprochen habe. Der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit sei von Südekum in vorzüglicher Weise gegeben worden. Redner stizziert kurz das fragliche Referat und meint, daß wenn auch die Zahl unserer Fraktionsmitglieder sich verringerte, die Fraktion doch in dem Bewußtsein, daß dreieinhalb Millionen Wähler hinter ihr stehen, mit Energie und Nachdruck die Interessen des Proletariats und die Ideen des Sozialismus vertreten werde. In seinen Schlussworten wendet sich Lohse an die Lokalorganisierten Genossen und ruft ihnen zu, unbeschadet um die Meinung ihrer Führer, den Zentralverbänden beizutreten. Geschehe dies, dann erst werde das Wort „Partei und Gewerkschaften seien eins“, wahr werden. (Beifall.)

Schröder führt aus, daß wenn er auch eine nur kurze Schilderung der Referate über den Internationalen Kongress, Raiffeier und die letzten Reichstagswahlen geben wollte, damit der ganze Abend ausgefüllt würde. Genosse Singer habe sich sehr eingehend mit der Kolonialpolitik beschäftigt, dies sei ja auch in der letzten Generalversammlung des zweiten Kreises der Fall gewesen. Daß die sogenannten Revisionisten etwa darauf gebrannt hätten, auf dem Parteitage ihrer auch in der Kolonialfrage abweichenden Meinung Geltung zu verschaffen, davon war nichts zu merken, sondern erst Ledebour habe die Diskussion in Fluß gebracht. Wurm habe da einen Gegenangriff Richard Fischers zu der bisherigen Auffassung der Kolonialfrage konstatiert wollen, womit letzterer ankündigte, in Berlin ausführlicher auf diese Angelegenheit zurückzukommen. Redner will nicht unbedenklich sein, spricht aber den Wunsch aus, diese angekündigte Auseinandersetzung möge so gehalten sein, daß die Zeit der Versammlung nicht zu sehr in Anspruch genommen werde. Seit Stuttgart ist ja so viel über die Kolonialfrage geredet worden, daß längere Ausführungen nicht mehr nötig sind. Redner wendet sich der Raiffeier zu. Hier wurden die alten Beschlüsse erneuert und die Frage der Unterstützung dem Parteivorstand mit der Generalkommission zu regeln überlassen. Genosse Wexler, jetzt in Bochum, habe an einem verhehlten Beispiel zeigen wollen, wie wenig ausbreitungsfähig die Raiffeier ist. Nach 17jähriger Agitation betrage in Webers Wahlkreis die Zahl der Raiffeierenden 1500, da würden also in weiteren 17 Jahren 3000 Teilnehmer zusammenkommen. So rede ein Rebalteur, der die Pflicht hat, für die Ausbreitung der Raiffeier einzutreten! Webers Referat über die Reichstagswahl und die politische Lage war eine Glanzleistung, von Begeisterung durchweht und auf der Höhe der Zeit stehend. Mit Recht verwies Webel darauf, daß wenn man sich so der niedrigeren Sozialdemokratie erfreue, man doch für die Landtage das Reichstagswahlrecht einführen möge, da würden die Niedergelassenen zeigen, was sie können. Zu den Anträgen das Verhalten bei den Stichwahlen betreffend, billigt Redner, daß die Ablehnung erfolgte. Gewiß seien die Freisinnigen unserer Unterstützung nicht wert, jedoch hier dürften nicht Stimmungen den Ausschlag geben, sondern es müsse nach reiflicher Erwägung der politischen Situation entschieden werden. Die Rede Webers als Broschüre herausgegeben, würde der Agitation gute Dienste erweisen. In Zukunft ist alles daran zu setzen, damit jeder einzelne in der Agitation und Organisation seine Pflicht erfüllt.

Im Hinweis auf den Ausfall der letzten Reichstagswahl habe der König von Sachsen gemeint, nur sei es wieder eine Lust zu leben. Erfüllen wir Mann für Mann unsere Pflicht, dann wird die Scharte bald wieder ausgewetzt sein, und mit viel größerem Rechte werden wir dann sagen können: „Ja, es ist nun wieder eine Lust zu leben.“ (Lebhafter Beifall.)

Jänike behandelt in seinem Vortrage die Alkoholfrage, hebt aus dem trefflichen Referate Wurms die markantesten Stellen hervor und bemerkt, daß schließlich selbst die auf dem Parteitage anwesenden Abstinenten der Resolution Wurm zustimmten.

Zu den allgemeinen Anträgen übergehend gibt Redner bekannt, daß die Vertreter aus dem zweiten Kreise der Erhöhung des Anfangsgebältes von 2000 auf 2200 M. für die Parteifretäre zugestimmt hätten. Ebenso gab der zweite Kreis seine Zustimmung einem Antrage, der die Einführung einheitslicher Mitgliedsbücher für ganz Deutschland anspreche. Dagegen habe man den einheitslichen Beitrag ablehnen müssen, weil die Beitragshöhe nach den lokalen und wirtschaftlichen Verhältnissen zu bemessen sei. Redner spricht sich dann noch für eine wärmere Unterstützung der Jugendorganisationen aus, die unserer Nachwuchs heranbilden, der einstmal unser Erbe antrete. Im allgemeinen kann man von der Essener Tagung sagen, daß fleißig und gründlich gearbeitet wurde. Es gab kein Ueberbieten, jeder Antrag wurde gewissenhaft geprüft. Mit den Arbeiten des Parteitages können wir alle einverstanden sein. Arbeiter aus wir weiter in geschlossener Phalanx, dann bleibt der Erfolg nicht aus. (Beifall.)

In der Diskussion, für die eine Beschränkung der Redezeit mit 10 Minuten abgelehnt wird, bemerkt Pusemann, die auf dem Kongress anwesenden Arbeiterabstinenten hätten nur für die Wurmische Resolution gestimmt, um ein einheitsliches Wirken nach außen zu erzielen. Mit dem Inhalt des Referats könnten sich die Abstinenten nicht einverstanden erklären. Redner vertritt in längeren Ausführungen im Gegensatz zu Wurms Maßigkeitsstandpunkt die absolute Enthaltung jedes Alkohols. Schließlich wirft er Wurm vor, daß er in dem wissenschaftlichen Organ der Partei, der „Neuen Zeit“, noch nichts gegen Alkoholismus getan habe, und auch der „Vorwärts“ verdiene zum Teil diesen Vorwurf.

Kahlow tadelt, daß nach Auflösung des Reichstages einige frühere Abgeordnete noch in Berlin Vorträge hielten. Das sei eine Kräftevergeudung. Diese Genossen gehörten in ihre Kreise, Berlin könne sich selbst helfen. Redner ist gegen jede Unterstützung der Freisinnigen bei Stichwahlen, außer die betreffenden Kandidaten verpflichtet sind, gewisse Bedingungen einzuhalten. (Heiterkeit.)

Wurm wendet sich gegen Pusemann, der jedenfalls nicht genau gelesen, was Redner in Essen ausführte. Pusemann habe sich nicht genau an die tatsächlichen Ausführungen gehalten. Das sei eben die Art, wie viele Abstinenten für ihre Lehren Propaganda machen. Sie reden immer vom bösen Willen, übersehen aber ganz, daß die heutigen Verhältnisse den Arbeiter zwingen, in den Fabriken alkoholhaltige Getränke zu genießen. In den modernen Fabriken fehlt eben jede Gelegenheit, statt Bier und Schnaps Tee oder Kaffee zu bekommen. Mit der Beseitigung der wirtschaftlichen Verhältnisse werde auch der Alkohol selbst überwunden. In der Bekämpfung des Alkohols müsse man sich an das möglich Erreichbare halten. Verlangen wir doch kein unmögliches Abkettentum!

Lewin spricht gegen Lohse, der seinen Appell nur einseitig an die Lokalisten richtete. Er hätte sich vielmehr auch an die Zentralisten wenden sollen, damit sich diese bei ihrer Agitation gegen die Lokalorganisation anderer Formen und Mittel bedienten. Rosenbergs wendet sich gegen Webel, der durch seine Resolution dem Organisationszerplitterter Wiesenhals eine Brücke baute. Wenn man der Wiesenhalschen Organisation den „Vorwärts“ sperre, dann möge man doch hinterher nicht so viel Rücksicht mit der Person Wiesenhals nehmen. Uebrigens habe ja die Kontrollkommission Wiesenhals Ausschluß beschlossen, wodon man im „Vorwärts“ allerdings nichts gelesen habe. Pusemann polemisiert noch kurz gegen Wurm, und Lewin bemerkt gegenüber Rosenbergs Ausführungen, daß seinerzeit vom Schiedsgericht der Ausschluß Wiesenhals aus der Partei abgelehnt worden sei.

Genosse Dr. Puse polemisiert als Arzt ebenfalls gegen Wurm, der Punge Statist über die Möglichkeit der natürlichen Säuglingsernährung durch von Trinkern abstammende Frauen nicht richtig gewertet habe. Wo wirklich solche Frauen Kinder stillen, handele es sich nur um kurze Zeit, nicht aber um die Erfüllung dieser wichtigen Mutterpflicht durch die dazu notwendigen acht Monate. Bei der Stellung unserer Partei zur Abstinenzbewegung dürfe nicht vergessen werden, daß wir nicht nur politische, sondern auch Kulturaufgaben zu erfüllen haben.

Wurm beschäftigt sich noch mit Pusemann und wendet dann gegen Genossen Puse ein, daß dessen Ausführungen nur befristet, was er, Wurm, als die Folgen des übermäßigen Alkoholgenußes bezeichnet. Unsere Partei erfülle hohe Kulturaufgaben, indem sie für eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, für politische Freiheit eintritt. Wir geben nicht gute Lehren und sagen den Arbeitern, macht dies so und unterlaßt dies und jenes, sondern wir treten im politischen und gewerkschaftlichen Kampfe für die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse ein.

Als letzter Redner erhält das Wort Genosse Richard Fischer. Genosse Rosenbergs habe es nicht begreifen können, wie Webel durch seine Essener Resolution Wiesenhals noch gewissermaßen in Schutz genommen habe. Rosenbergs Ausführungen sind aber durchaus unzutreffend, denn Wiesenhals werde nicht in Schutz genommen, am allerwenigsten von Webel. Durch dessen Resolution werde die Personenfrage zurückgestellt und so die Einigungsverhandlungen gefördert. Man kann es ja begreifen, daß jemand, der unsonst sich einer mühevollen Arbeit unterzogen hat, ärgerlich wird. Aber wenn wirklich die Kontrollkommission den Ausschluß Wiesenhals beschloßen haben soll, dann war es zweckmäßig, daß der Bericht dieser Kommission nicht zur Beratung kam, um zu vermeiden, daß die Kommission etwa durch den Parteitag desabonniert wurde. Wiesenhals hätte daraus nur Vorteil gezogen, wie ihm andererseits der etwaige Ausschluß nur Gelegenheit gegeben hätte, sich als Märtyrer aufzuspielen. Söher als die Personenfrage stehe die Erörterung der Einigung beider Richtungen.

Was Schröders Einwurf bezweife der Kolonialpolitik anbelangt, so erklärt Fischer, sich allerdings dahin geäußert zu haben, daß der Parteitag nicht der Ort für ihn sei, die in der Berliner Vorversammlung begonnene Diskussion etwa in Essen fortzusetzen. Er stehe jederzeit seinem Mann, habe aber nach dem Verlauf, den die ganze Angelegenheit seither nahm, keinen Anlaß, die Diskussion zuerst wieder aufzunehmen, und das zwar um so weniger, als ja seine Stellung zur Kolonialfrage und zu den Anträgen auf die Reichstagsresolution der deutschen Delegation in Stuttgart vom Referenten in Essen und dem Parteitag selbst gebilligt wurde.

Damit ist die Diskussion erschöpft. Die Versammlung nimmt hierauf die nachstehende Resolution an: Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den II. Berliner Reichstagswahlkreis erklärt sich mit den Beschlüssen des Essener Parteitags sowie mit der Haltung ihrer Delegierten einverstanden und verpflichtet sich, energisch dafür einzutreten.

Eine Anzahl vom Bezirk 119 zum Parteistatut eingebrachte Anträge werden nach kurzer Debatte abgelehnt. Der Vorsitzende Schwemle fordert die Genossen auf, sich bei den Vorarbeiten für die Stadtbekanntmachungen künftig besser zu beteiligen und schließt dann gegen 1 Uhr die Versammlung.

Dritter Wahlkreis.

Die Generalversammlung des Wahlvereins für den dritten Reichstagswahlkreis tagte im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Ueber die Verhandlungen der Provinzialkonferenz berichtete Genosse Adolf Harndt. Bei Mitteilung der Verhältniszahlen der politisch und gewerkschaftlich organisierten in der Provinz verwies er darauf, daß sich hier ein weites Tätigkeitsgebiet zeige. Vieles sei zu tun, um die, welche zwar gewerkschaftlich organisiert seien, aber sich der politischen Organisation noch nicht angeschlossen hätten, auch der letzteren zuzuführen. Redner richtete ferner die Stellungnahme der Konferenz zu dem Antrage, in Spandau ein drittes Provinzialblatt herauszugeben. Er glaube, auch ohne ein besonderes Blatt werde es in dem Kreise vorwärts gehen. — Lehrsreich sei die Feststellung im Referat Webers über die letzten Reichstagswahlen, daß in der Provinz verschiedentlich die prozentuale Wahlbeteiligung größer gewesen sei, wie in Berlin. Es sei ein Beweis für das Arbeiten des Reichsländerverbandes, Flottenvereins usw., das intensiver gewesen sei, als man von Berlin aus vermuten konnte. Die Genossen mühten demgegenüber ihre Agitations- und Organisationsfähigkeit in der Provinz verdoppeln. — Diskutiert wurde nicht über den Bericht.

In den Bericht über den Parteitag teilten sich die Delegierten. Genosse Wilhelm Börner berichtete über die wesentlichen Vorgänge aus der Verhandlung der ersten drei Punkte der Tagesordnung. In der Hauptsache verhielt er sich referierend. Anknüpfend daran, daß die Parteischule 66 000 Mark und gekostet hat, betont er die Notwendigkeit, daß die Parteigenossen tiefer in die Taschen greifen. Jeder wolle doch, daß alles möglich werde, was im Interesse der Partei und des Fortschritts unserer Bewegung liege. Für das Weiterbestehen der Parteischule seien die Genossen hüberlich. Mit großer Genugtuung konstatierte er die erheblichen Fortschritte der Parteipresse. Zur Debatte über den „Fall Roske“ bemerkte er, daß man im allgemeinen die Sache nicht so scharf aufgefaßt habe. Man habe es mehr für eine Entgegnung bei einer parlamentarischen Jungferrede gehalten und vor allem bemängelt, was er unterlassen habe, so sagen. Daß der Parteitag nach Webers Vorschlag auch die Entscheidung in Sachen Wiesenhals und des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes bis zum nächsten Parteitag aussetze, habe seinen Grund darin, daß man die noch schwebenden Ausgleichsverhandlungen mit den sogenannten Lokalorganisationen nicht beeinträchtigen wollte. — Den dritten Wahlkreis interessierte, daß die Wiederaufnahme Paul Jahn in die Partei abgelehnt wurde.

Genosse Kräker sprach zu den Punkten 4, 5 und 6 der Verhandlungen des Parteitags. Auch er gab eine objektive Darstellung der betreffenden Verhandlungen. Unter anderem bemerkte er dazu: Man habe hier geglaubt, der Vorschlag des Parteivorstandes zur Raiffeier sei auf Einwirkungen von außen zurückzuführen. Nach den Verhandlungen auf dem Parteitag scheine das nicht der Fall zu sein. Denn gerade die Gajenarbeiter und die Parteidelegierten Hamburgs seien keineswegs erfreut davon gewesen. Die Hamburger seien dem Parteivorstand kräftig auf den Leib gerückt. Und die Delegierten im großen und ganzen

wären der Meinung, daß es besser wäre, wenn der Parteivorstand in Zukunft von weiteren Erlassen Abstand nähme. Bei den Anträgen über unsere Stellung in Stichwahlen habe sich herausgestellt, daß es ein ganzes Anzahl Orte und Genossen gebe, die auf demselben Standpunkt ständen, wie ihn der dritte Kreis in seinem Antrag zum Ausdruck gebracht habe, daß strikte Stimmenthaltung zu empfehlen sei auch gegenüber den Freisinnigen. Der Antrag sei aber abgelehnt worden, nachdem Webel dagegen gesprochen habe. Es sei jetzt den einzelnen Wahlkreisen überlassen, sich je nach den Verhältnissen im Kreise zu entscheiden.

Genosse Wartenberg als dritter Delegierter betonte die Bedeutung des Württembergischen Referats zur Alkoholfrage, das er prächtig nannte. Dann gab er eine Übersicht über die Anträge, die dem Parteitag vorlagen, und über ihre Erledigung. Mit seinem Antrage, daß die beiden Weisiger im Parteivorstand, die Berlin zuziehen, in Zukunft auch dem Parteitag zu wählen seien, habe Berlin I unter den Berlinern zu ziemlich isoliert dagesunden. Man habe sich allerdings an der Unterstützung beteiligt, um den Antrag vor das Forum zu bringen. Aber in der Vorgesprächung sei er schon von den Berlinern bekämpft worden. Es hätte seinerzeit Ruhe genug gefehlt, die beiden Weisiger überhaupt zu erörtern. Jahrelang habe man darum kämpfen müssen, und nun komme der erste Kreis mit solchem Antrag. Er würde ja auch abgelehnt. Mit den Arbeiten des Parteitages könne man zufrieden sein. Er bitte die Genossen, sich ebenfalls damit einverstanden zu erklären.

Genosse Wolfgang Heine: Er wolle nicht die musterhafte objektive Berichterstattung kritisieren, sondern nur einer Legendenbildung entgegenzutreten, die er aus einigen Reden des Parteitages und aus der Presse zu entnehmen glaube. Es werde behauptet, daß die Reichstagsfraktion es seit der Wahl an Schärfe habe fehlen lassen; aber man nenne keine bestimmten Fälle. Die Behauptung sei unrichtig. Die Redner der Fraktion hätten, gerade so wie früher, schärfste Kritik geübt und namentlich auch die Anwürfe mancher neu gewählten Abgeordneten, die die Manieren des Reichstages in das Parlament übertragen hätten, gründlich abgewehrt. Niemand, der die Reden mit angehört oder gelesen habe, könne das bestreiten oder gar von Schwächlichkeit reden. Mit blutenden Köpfen seien die Gegner heimgeschieden worden. — Ferner werde es Mode, dem Genossen Roske nachzusagen, er hätte weniger durch das, was er sagte, als durch das, was er nicht sagte, gefehlt. Redner hat das Stenogramm der fraglichen Rede des Genossen Roske zur Hand und legt unter Benützung des 9. Spalten Reichstagsbericht umfassenden Stenogramms dar, daß Roske den sozialdemokratischen Standpunkt auch in prinzipieller Richtung ausgesprochen und scharfe Kritik am Militarismus geübt habe. Schließlich sprach Genosse Heine seine Anerkennung dafür aus, daß der Parteitag die preussische Landtagswahlfrage für den Preuzentag reserviert habe. Er begrüßt den Essener Parteitag als einen Ausdruck neuen geschlossenen und hoffnungsvollen Kampfes. Auf dem Wege zum Ziele habe auch Essen weitergegriffen. (Lebhafte Zustimmung.)

Genosse Eckert sieht auch in dem Essener Parteitag einen Fortschritt. Er wendet sich aber dagegen, daß die Sache Wiesenthal bis zum nächsten Parteitag vertagt wurde. Er könne nicht begreifen, warum man diesem Manne noch eine Frist gebe. Die Gewerkschaftler, namentlich die, welche Wiesenthal kennen, protestierten auf das entschiedenste dagegen. Die Beschwerdekommission habe einstimmig seinen Ausschluß beantragen wollen, wie man allerdings nicht aus dem „Vorwärts“, wohl aber aus der „Leipziger Volkszeitung“ und unserem Düsseldorfener Organ habe entnehmen können. So, wie die Partei auf Prinzipienreife habe, müsse sie in gewerkschaftlicher Beziehung auf Prinzipienreife sein und nicht jenen Zerplitterter der gewerkschaftlichen Einheit auch nur einen Tag länger als nötig dulden. Vor allem aber müsse scharf betont werden, daß die Entscheidung im Falle Wiesenthal nicht wegen W.S., sondern nur im Interesse der Vereinigung von zentralen und lokalen Organisationen ausgeht sei.

Wuschid ist gleichfalls sehr zufrieden mit dem Parteitag, gibt aber dem Genossen Eckert recht. Er meint weiter, Webel, dessen plötzlicher Antrag selbst den Bericht der Beschwerdekommission veränderte, sei wohl von anderer Seite beeinflusst worden. Grundfalsch sei aber die Annahme, die Vertagung der Sache Wiesenthal würde vor einer Erörterung der Einigungsverhandlungen mit den Sozialisten schaden. Das Gegenteil werde eintreten. Es werde sich oben auf fühlen und nun erst recht ein Hindernis für die Einigungsversuche sein.

Genosse Guymans aus Belgien, Sekretär des internationalen Bureaus, der als Gast anwesend ist, nahm nunmehr das Wort zu einer kurzen Ansprache. Er sagte:

„Wenn wir an die Sozialdemokraten in Deutschland denken, denken wir so gut an Heine wie an Webel. Wir sagen: die verschiedenen Tendenzen, die Sie haben, die haben wir auch, und die eine Partei, die Sie haben, haben auch wir. Und die eine Partei werden Sie und wir behalten! Wenn ich das sage, bin ich davon überzeugt, daß ich die Gedanken vertritt von allen ausländischen Genossen. Ich habe noch zu sagen: Wenn zum antimilitaristischen Thema die Deutschen sagen, sie würden die Leichtigkeit machen, was ausländische Genossen von ihnen verlangen, dann habe ich mehr Vertrauen dazu, als wenn andere sagten: das werden wir machen. Diese gute Meinung danken wir der Größe der gewerkschaftlichen Organisationen Deutschlands. Denn Sie sind nicht bloß die Dreimillionenpartei, Sie sind auch die Partei der Gewerkschaften, der großen und gutorganisierten Gewerkschaften. Darum sind wir Ihnen dankbar. Die Belgier, Franzosen und andere wissen auch Dank den deutschen Sozialdemokraten für die Unterstützung, die ihnen im Kampfe geworden ist. Und was Sie auch tun, was auch die Tendenzen in Deutschland seien: Sie sind die Sozialdemokraten.“ (Lebhafte Zustimmung.)

Genosse Gehrmann erinnert an die Umstände, die dazu zwangen, die Frage des Zusammenschlusses von Lokal- und Zentralorganisationen ein Jahr zurückzusetzen. Er finde es deshalb selbstverständlich, daß die Angelegenheit Wiesenthal, die damit eng verknüpft sei, auch vertagt wurde. Im übrigen müsse man sich doch vor Augen halten, daß nach wie vor die reaktionellen Spalten des „Vorwärts“ wie sein Anzeigenteil dem Wiesenthalischen Verbände gesperret blieben. Dadurch sei Klipp und Klar gesagt, daß die deutsche Partei keinen Anteil an den Maßnahmen Wiesenthal habe. Zugabe er, daß Webel mit seinem Antrage zu spät gekommen sei, so daß sich die Kommission erst lange und langsam umsonst mit der Materie abgeben mußte. Besonders rühmlich sei, daß sich der Parteitag durch seinen Beschluß auf den Standpunkt des internationalen Kongresses von Stuttgart gestellt habe. Dem Genossen Heine wolle er gern zugeben, daß es falsch wäre, wenn gesagt würde, die Fraktion sei nach den letzten Wahlen nicht mit solcher Schärfe vorgegangen wie früher. Indessen sei Grund zur Kritik gegeben worden in dem zu vielen Hervorheben des sozialdemokratischen Auto-patriotismus. Er erinnere daran, daß ein altes Wort sage: „Wo ich satt zu essen und meine Freiheit habe, ist mein Vaterland.“ Man dürfe nicht den heutigen Staat oder die Regierung, die uns so unterdrücken, als verteidigungswürdig hinstellen. Die Nichtannahme des Antrages betr. die Stimmenthaltung bei Stichwahlen bedauere er sehr. Das sei eine gewisse Schwäche gegenüber den gegnerischen Parteien.

Genosse Krepplin, der Abstinenzler ist, findet das Referat Wurts in mehrfacher Beziehung ansehbar.

Genosse Krämer meint gegenüber Eckert und Wuschid, daß Webel keinerlei Vorwurf treffe mit Bezug auf die Sache Wiesenthal. Der Vorsitzende Singer dagegen habe falsch gehandelt, indem er erst Webel seinen Antrag begründen ließ. Er hätte erst der Kommission ihren Bericht erhalten lassen müssen, bevor Webel zu seinem Antrage das Wort erhielt. Im übrigen aber sei der Antrag Webel's durchaus berechtigt gewesen und Webel habe ihn auch ohne jede Beeinflussung aus eigener Initiative gestellt, um die Einigung nicht zu erschweren.

Genosse Bräner ließ sich zu der Sache noch ähnlich aus, er ist jedoch der Meinung, daß die Beschwerdekommission selbst die

Schuld trage, weil sie nicht gegen jene Geschäftsführung Singers protestiert hätte.

Wolfgang Heine: Er wolle sich gegen eine Neuherung Gehrmann's wenden, der das Wort zitiert habe: „Wo ich satt zu essen habe, ist mein Vaterland.“ Dies sei nicht seine, Heine's, Ansicht und auch nicht die der Sozialdemokratie. Die Partei kämpfe zwar für die materiellen Interessen des Volkes, aber doch stets unter dem Gesichtspunkt, daß die materielle Wohlfahrt die Grundlage für eine geistige Kultur sein solle. Seit Bassalle, Marx und Engels kämpfe die Partei für das Ideal einer Vertiefung des kulturellen Lebens des deutschen Volkes und fühle sich als Erbe der klassischen deutschen Literatur und Philosophie. Es handele sich nicht darum, die heutige Staatsform mit ihren Ungerechtigkeiten zu verteidigen, sondern die geistigen Güter der Nation. In diesem Sinne werde die Sozialdemokratie auch dabei bleiben, „Deutschland vor Gefahren zu schützen“, wie Roske gesagt habe. Redner glaube übrigens, daß Gehrmann in derselben Meinung sei und habe nur das Wort genommen, um gegnerischen Verdrehungen vorzubeugen. (Beifall.)

Nach Erledigung einiger persönlicher Bemerkungen und geschäftlicher Angelegenheiten schloß die Versammlung.

Vierter Wahlkreis.

In der Versammlung des Wahlvereins für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis, die Kellers großen Saal füllte, berichtete Genosse Schent über den Parteitag in Essen. Einleitend sprach der Redner von dem klaffenden äußeren Unterschied zwischen dem Mannheimer und dem Essener Parteitag. Wohl ist auch in Essen ein prächtiger Saalbau vorhanden, der allen möglichen Alimdbereitungen zur Verfügung steht, für die Sozialdemokratie aber nicht zu haben war. Sie mußte sich mit einem kleineren, vorstädtischen Saal begnügen, hat sich aber auch hier wohl gefühlt, und alle äußeren Schwierigkeiten konnten ihre Verhandlungen nicht beeinträchtigen. Der Redner erwähnte dann einige der wichtigsten Tatsachen aus dem Bericht des Parteivorstandes, u. a. das Wachstum der Parteioorganisation. Der Umstand, daß Groß-Berlin, was das Zahlenverhältnis der organisierten Genossen zu den sozialdemokratischen Wählern anbetrifft, erst an zehnter Stelle steht, müsse ein starker Ansporn zu weiterer Tätigkeit für die Organisation sein. Sehr erfreulich sei es, daß die Wahlvereine in Sachsen den 10-Pf.-Wochenbeitrag einführen; eine ebenso hohe Beitragleistung müsse doch auch wo anders möglich sein. Zur Lokalistenfrage äußerte der Redner, daß begründete Aussicht auf eine Einigung vorhanden sei, und darum hätten auch die drei Delegierten des vierten Kreises den Antrag zu dieser Frage zurückgezogen, ebenso wie es die Delegierten anderer Kreise mit den betreffenden Anträgen machten. Wenn es auch in den Lokalorganisationen Personen gäbe, die unter keinen Umständen die Einigung der Gewerkschaften wollten, so werde sie doch erfolgen, ob mit, ob gegen diese Personen. Im weiteren Verlauf seines Berichtes sprach der Redner über die hohe Bedeutung des Bildungsausschusses, und ferner über die Parteischule, bestimmt auf wissenschaftlicher Grundlage Agitatoren auszubilden, diesen Genossen den Weg zu zeigen, auf dem sie sich gründlich mit der Wissenschaft vertraut machen könnten. Diese Parteischule habe nun eine Art Anerkennung von einer Seite erfahren, vor der man es nicht erwartet hätte. Der Ausweisungsversuch gegen ihre ausländischen Lehrer zeige wieder einmal, daß man nicht sagen könne: „Die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei“, sondern sagen müsse: „vogelfrei“. Doch gelte auch hier das Wort: „Ihr hemmt uns wohl, doch Ihr zwingt uns nicht.“ Die Freude der Reaktion an diesem neuesten Streich werde ihr gewiß gründlich verfallen werden. Zum Fraktionsbericht und zur Militärdebatte bemerkte der Redner, daß es wohl ein geschickter Schachzug von Roske gewesen sei, sich auf Webel zu berufen, daß aber doch ein großer Unterschied zwischen der Auffassung der beiden Genossen bestehe. Seien nun auch in dieser Sache keine Beschlüsse gefaßt, so werde die Debatte doch wohl den Erfolg haben, daß man in Zukunft nicht soviel mit dem Gerede von den Alimden herumfahre. Hinsichtlich der Kolonialdebatte habe er, Redner, nicht die Auffassung, daß es sich um einen Streit um Worte handele. Hier lägen prinzipielle Unterschiede zugrunde. Allerdings könne man Webel bestimmen, daß die Frage, wie sich die Sozialdemokratie einmal in Zukunft zur Kolonialpolitik stellen werde, ein Streit um Kaisers Bart sei. Gegen die Beschlüsse von Stuttgart aufzutreten, liege für die deutschen Genossen durchaus kein Grund vor. Man könne nun aber auch wohl erwarten, daß auf diesem Gebiet einmal Ruhe in der Partei eintreten werde, daß unsere Pfadfinder der Kolonialpolitik nachdenken und uns in Zukunft vorreden würden. Mit den Kaiserbeschlüssen erklärte sich der Redner einverstanden. Das Referat Webel's über die Reichstagswahlen bezeichnet er als eine Rede, die außerordentlich großen Nutzen für unsere Agitation im ganzen Lande bringen werde. Als Propaganda erschienen, sei sie zum Lesen und zur Verbreitung dringend zu empfehlen. Dies sagte der Redner auch von dem Referat Wurts über die Alkoholfrage, mit dem auch die abstinente Genossen ganz zufrieden sein könnten. — Die Beschlüsse, die der Parteitag faßte, seien im allgemeinen nicht von allzu großer Tragweite, doch was auf dem Parteitag gesprochen wurde, habe um so größere Bedeutung und werde unendlich viel Gutes wirken, besonders auch im Ruhrgebiet. Wenn man namentlich auch die guten Ratschläge Webel's innerhalb der Partei befolge, so habe der Parteitag im vollen Maße seinen Zweck erreicht.

In der Diskussion sprach zunächst Genosse Peterleit. Er meinte, daß dem Streit mit Roske zu viel, der Frage der Jugend-erziehung zu wenig Zeit gewidmet worden sei, auch in der Parteipresse zu wenig darüber geschrieben worden. Was wir selbst an Erkenntnis gewonnen haben, gelte es vor allem in die Familie zu übertragen. Das sei für die Militärfrage am wichtigsten. Auch werde der Programmpunkt: Erklärung der Religion zur Privatsache, nur zu oft falsch wiedergegeben und aufgefaßt; auch in diesem Punkte gelte es Aufmerksamkeit zu schaffen.

Genosse Segus, aus Oppreuchen gebürtig, bemerkte anknüpfend an einige Aeußerungen des Referenten über die Zuschüsse der Parteiflässe zur Agitation in Ostpreußen, daß, wer die traurigen Verhältnisse in dieser Gegend aus eigener Anschauung kenne, es begreifen und verstehen werde, daß hier so hohe Zuschüsse erforderlich sind.

Genosse Stumpe sprach sodann zur Kolonialpolitik. Man habe ja nun das Wort „Zivilisationspolitik“, erfunden; aber wo Kolonialpolitik getrieben werde, da sei für Zivilisation kein Raum. Die Partei müsse die ganze Kolonialpolitik ablehnen. Wollte man zivilisieren, so habe man ja in Deutschland selbst noch übergenug zu tun, wie doch auch wieder die Ausführungen des Genossen aus Oppreuchen erkennen ließen.

Genosse Strowski bemerkte zur Angelegenheit Roske, daß auch die schärfste Kritik nicht so gut wirkt habe wie der Kaiser's Antrag. In Zukunft würden wohl Roske und andere Genossen sich dies zur Notig und etwas mehr Rücksicht auf die Stimmung der Masse der Parteigenossen nehmen. Roske habe sich ja zwar mit Webel's Aeußerungen zu decken gesucht. Aber Krieg sei nun einmal Nord; ob man von Angriff- oder Abwehrkrieg rede. Die Sozialdemokratie müsse in jeder Hinsicht eine Friedenspartei sein. In der Kolonialdebatte sei es ein Flasch für den Genossen David gewesen, daß er sich auf Webel und Singer berief, statt einfach zu erklären, dies und das ist meine Meinung. Auch hätte man sich lieber mit der Frage befaßt, ob es denn keine anderen Mittel gäbe, um die kapitalistische Gesellschaft niederzuringen. Stumpe habe ganz richtig gesagt, wir hätten noch genug im eigenen Lande zu kolonisieren und zu zivilisieren. Die Parteitagdelegierten hätten ihren Kopf zu anderen Dingen gebrauchen sollen, als zu solchen, die uns noch so sehr fern liegen wie Kolonialpolitik im Zukunftsstaat. In der Kaiserfrage habe ja die deutsche Delegation in Stuttgart eine glückliche Lösung gefunden. Wertwüdig sei es, daß gerade der Genosse Eisner in Rürnberg diese Lösung für nicht zweckmäßig erklärte und von mehr Idealismus sprach. Ein trauriges Fazit in der Kaiserfrage sei es, daß Generalkommission und Parteivorstand noch nicht bestimmten, welche

Unterstützung gezahlt, wie die Kosten verteilt werden sollten. Im Hinblick auf eine Grundlage zu schaffen, brachte der Redner einen Antrag ein, wonach die Partei 1/4, die Gewerkschaften 1/4 der Ausgaben tragen sollten. Zur Frage der Lokalorganisationen bemerkte der Redner, er verstehe nicht, warum man Wiesenthal so gnädig und freundlich behandelt habe. Was dieser getan, sei Verrat an der Arbeiterklasse. Auch äußert sich der Redner dagegen, daß man, besonders der Genosse Kolb, versucht habe, den Abgeordneten eine gewisse Immunität auf dem Parteitag zu verschaffen. Fehler, die die Abgeordneten machten, müßten gerade auf den Parteitag kritisiert werden.

Genosse Kronenberg äußert sich hauptsächlich zu den Parteibeiträgen und meinte, daß die Erhöhung in Berlin auf keinen Widerstand gestoßen wäre, wenn man ihr nicht für die Restanten rückwirkende Kraft gegeben hätte.

Genosse Eugen Bräner führte aus, daß Roske sich in der Militärdebatte wohl anders hätte ausdrücken können, in Worten, die nicht zu Mißverständnissen und falschen Auslegungen Anlaß geben konnten. In der Kolonialpolitik zeige ja schon die einstimmige Annahme der Beschlüsse von Stuttgart, daß die Partei nicht dafür zu haben ist. Mit Recht habe man gesagt, daß die ganze Sache nicht soviel wert sei, als sie Tinte gekostet habe. Es könne keine Rede davon sein, daß gegenwärtig eine Kolonialpolitik in unserem Sinne möglich wäre, und darum habe man keinen Grund, die Zeit damit zu vergeuden. Wir müßten, wie der letzte Satz der Resolution besage, dafür eintreten, daß den Eingeborenen ein möglichst erträgliches Dasein geschaffen werde, und das hätten ja auch unsere Abgeordneten getan. In der Sache Wiesenthal und des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes bebauerte es der Redner, daß, entgegen allem parlamentarischen Brauch, die Beschwerdekommission infolge des Parteitagbeschlusses ihren Bericht nicht geben konnte. Er hoffe, daß in Zukunft auf Parteitag anders verfahren werde, wenn ähnliche Fälle vorliegen sollten. Der Antrag Ostrowski über die Unterstützung müsse abgelehnt werden. Dem Beschluß des Parteitages gemäß müßten die maßgebenden Körperschaften darüber befinden. Weberzigenwert seien die Aeußerungen Webel's auf dem Parteitag, daß es nicht angebracht ist, Genossen, die in irgend einer Frage abweichende Meinungen vertreten, gleich Parteiberat vorzuwerfen. Im übrigen würden die Tage von Essen nicht vergeblich sein, wenn jeder danach trachte, die Beschlüsse hochzuhalten.

Darauf wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen, nachdem Genosse Wilhelm, der eine Erwiderung auf Bräner's Ausführungen für notwendig erachtete, dagegen gesprochen hatte. — Genosse Ostrowski zog seinen Antrag zurück.

Sodann wurde über das Verbandsstatut beraten. Zunächst gab jedoch Genosse Vitjin namens der drei Delegierten die Erklärung ab, daß sie in Sachen Wiesenthal für den Antrag Webel stimmten, weil es sich dabei nicht nur um dessen, sondern um eine Angelegenheit handelte, die tausende von Parteimitgliedern angehe.

Zum Verbandsstatut wurden dann folgende Anträge gutgeheißen:

In § 3 Absatz d soll es heißen: „Entscheidung über Vorklotts, nachdem die acht Wahlkreise darüber beraten haben.“

In § 11, Absatz II ist das Wort „möglichst“ zu streichen. An Stelle des § 12 Absatz I des Entwurfs ist der Absatz I des § 5 des alten Statuts zu setzen.

Der § 17 Absatz II ist dahin abzuändern, daß es heißt: „Außerdem erhält jeder Bezirk noch 10 Exemplare“ oder „bis zu 10 Exemplaren des „Mittelungsblattes“ unentgeltlich zugestellt.“

Nach Erledigung dieses Punktes war die Zeit soweit vorgeschritten, daß der Bericht von der Provinzialkonferenz zurückgestellt werden mußte.

Fünfter Wahlkreis.

Die Versammlung des fünften Wahlkreises fand im „Alten Schützenhause“ statt. Den Bericht vom Parteitag erstattete Genosse Weise. Er schilderte die Eindrücke, welche die äußeren Umstände, unter denen der Parteitag abgehalten wurde, auf ihn gemacht haben und meinte, diese in den Essener Verhältnissen begründeten Umstände seien die Ursache, daß die demonstrierende Wirkung, welche sonst mit unseren Parteitag verbunden ist, diesmal nicht zur Geltung kommen konnte. Zu den Verhandlungen selbst sagte der Redner unter anderem: Die Diskussion, welche sich an Roske's Reichstagsrede knüpfte, habe auf ihn den Eindruck gemacht, daß Debebor und Stadthagen diese Rede richtig beurteilt haben. Wenn Webel versucht, Roske herauszufahren, so sei das wohl darauf zurückzuführen, daß sich Roske auf frühere Aeußerungen Webel's stütze. Es sei mit Recht kritisiert worden, daß Roske unsern den Militarismus grundsätzlich ablehnenden Standpunkt nicht betont habe. Die Debatten über den internationalen Kongress hätten ergeben, daß David in Stuttgart die deutschen Delegierten in seinem Sinne zu beeinflussen suchte. Auch in Essen habe David versucht, seine Ansichten den Delegierten schmackhaft zu machen. Webel's Rede über die Reichstagswahl sei ein glänzender Meisterstück gewesen, dem man in allen Punkten zustimmen könne. Die Kaiserdebatte habe nichts Neues gebracht. Der einstimmige Beschluß habe gezeigt, daß es niemandem gelingen werde, die Kaiserfrage zu besetzen. Die Alkoholfrage habe Wurts so gründlich und sachgemäß behandelt, daß auch die Abstinenzler seiner Resolution zustimmen konnten und auch in dieser Hinsicht ein einstimmiger Beschluß zustande kam. Insgesamt habe der Parteitag fruchtbringende Arbeit geleistet, die der Partei zum Segen gereichen werde.

Der zweite Delegierte Robert Fischer ergänzte den Bericht des Voredredners durch eine Schilderung der Essener Verhältnisse und meinte, im Gegensatz zu Weise müsse er sagen, daß der Essener Parteitag eine hohe demonstrierende Wirkung gehabt habe.

Nitter, der erste Diskussionsredner, schloß sich dieser Ansicht an. Der Umstand, daß in Essen überhaupt ein sozialdemokratischer Parteitag abgehalten werden konnte, habe schon demonstrativ gewirkt. Der Redner bedauert, daß die preussische Wahlrechtsfrage in Essen nicht erörtert wurde. Roske's Reichstagsrede habe und allen nicht gefallen, sie entspreche nicht unserem grundsätzlichen Standpunkt. In der Frage der Kolonialpolitik habe der Parteitag das Richtige getroffen. Die Kolonialpolitik könnten wir selbstverständlich nicht mitmachen, denn sie werde nur im Interesse der herrschenden Klassen betrieben.

Bippel sprach sich anerkennend darüber aus, daß der Parteitag freigeblieben sei von persönlichen Debatten wie sie seinerzeit in Dresden gepflogen wurden. Alle Meinungsverschiedenheiten seien in Essen sachlich zum Austrag gebracht worden. Es gehe also auch ohne persönliche Auseinandersetzungen. In der Frage der Kolonialpolitik sei das letzte Wort noch nicht gesprochen, sie bedürfe noch der Erörterung und Klärung. Die Kaiserfrage ist ja seit Jahren ein Schmerzenskind aller Parteitage und Arbeiterkongresse. Die Lösung, welche sie in Essen fand, sei keine befriedigende. Den Standpunkt der Gewerkschaften, daß die Arbeitsruhe mit großen Kosten verknüpft sei, teile jetzt auch die Partei und das sei der Grund, daß diese Frage ihrer Regelung entgegensteife. Eine Teilung der Kosten je zur Hälfte zwischen Partei und Gewerkschaft könne die Partei nicht tragen, ohne ihre sonstigen Verpflichtungen gründlich zu vernachlässigen. Nachdem die Partei eingeschlossen, daß die Kaiserfrage große Kosten verursacht, sollte sie nicht mehr von den Gewerkschaften verlangen, daß dieselben für die Kaiserfrage agitierten. Eine bloße Abstinenz würde zu einem baldigen Einschlagen der Kaiserfrage überhaupt führen, wie es mit den März- und Ostpreußen geschehen sei. Wenn man zu der Gewissheit gekommen sei, daß die Kaiserfrage in Deutschland nicht durchgeführt werden könne, dann sollte man auf eine Aenderung in der einen oder anderen Weise hinarbeiten. Von Interesse sei der Antrag gewesen, welcher eine energische Agitation für die Verbreitung der „Neuen Zeit“ verlangte. Die geringe Verbreitung, welche die „Neue Zeit“ namentlich in Arbeiterkreisen habe, sei darauf zurückzuführen, daß die „Neue Zeit“ zwar wissenschaftlich, aber nicht verständlich geschrieben werde und daß sie Artikel ge-

bracht habe, die mit den praktischen Erfahrungen in Widerspruch stehen. So sei Kautsky gegen die Forderung, Rindfleischhunde festzusetzen, aufgetreten, während doch die Gewerkschaften aus praktischen Gründen für die Festsetzung von Rindfleischhunden eintreten. Der Redner meint: Die „Neue Gesellschaft“ und die „Sozialistische Monatshefte“ geben ihm Belehrung, aber von der „Neuen Zeit“ könne er das nicht sagen. Bei den Essener Debatten über Militarismus habe der Redner die Überzeugung bekommen, daß sich solche Leute, die nicht aus Arbeiterkreisen stammen und mit den Arbeitern keine Berührung haben, als ganz besonders radikal aufspielen. Nicht der Glaube, sondern das Wissen machen den Sozialdemokraten. Ob wir nun unser Wissen aus der „Neuen Gesellschaft“, den „Sozialistischen Monatsheften“ oder der „Neuen Zeit“ schöpfen, das sei ganz egal.

Brunsen äußerte sich zum Falle Roske dahin, daß man gar nicht feststellen könne, ob im gegebenen Falle ein Angriffskrieg vorliegt oder nicht. So leicht lasse sich das nicht feststellen, wie Webel glaube. Die wirksamste Bekämpfung des Militarismus sei die Aufklärung der Jugend. Zur Frage der Kolonialpolitik könnten wir gar kein anderes Urteil abgeben als das: Niemand ist berechtigt, fremde Völker zu unterjochen. Was die Unterstützung bürgerlicher Parteien bei Stimmwahlen betrifft, so komme es vielleicht doch dahin, daß wir beschließen, keiner bürgerlichen Partei unsere Stimme zu geben; namentlich werde diese Stellung geboten sein, wenn sich der Freisinn so weiter entwickelt wie bisher. Daß die Kaiserzeit sich zu einer Unterstützungsfrage herausbilde und der Idealismus dabei so wenig zur Geltung komme, sei zu bedauern. Die Abendfeiern, wie sie jetzt gestaltet sind, entsprächen nicht der Bedeutung der Sache. In der Antialkoholfrage habe Wurm mehr geleistet, als die Abstinenzisten von ihm erwarteten. Wir abstinente Arbeiter — sagte der Redner — betrachten die angenommene Resolution nur als eine Abschlagszahlung und fühlen uns verpflichtet, dahin zu streben, daß mit der Zeit auch unsere weitergehenden Wünsche erfüllt werden. Das Material, welches Genosse Wurm gegen den Alkohol vorgebracht hat, werden wir bei unserer Agitation den Parteigenossen vor Augen halten. Wir brauchen die Abstinenz um die Sozialdemokratie weiter zu verbreiten.

Karner meint, die Lokalistenfrage und die Kaiserzeit seien nur nebensächlich behandelt worden, ebenso die Bewilligung des württembergischen Budgets durch unsere Genossen. Die württembergische Landtagsfraktion habe gegen den Lübecker Parteitagsschluß beschlossen, das müsse derartigt werden. Es sei gar nicht zutreffend, daß die württembergische Regierung auf einen gewissen freibeitlichen Standpunkt stände. Redner bemerkt ferner, es sei ihm so vorgekommen, als ob Webel den ganzen Parteitag in der Hand hatte. Alle Anträge, gegen die Webel sprach, seien abgelehnt worden. Webel sei im Vergleich zu seinem Auftreten auf früheren Parteitagen diesmal wie ein umgedrehter Handschuh gewesen.

Viedmann: Am bemerkenswertesten ist das Wachstum unserer Organisation, welches der Bericht des Parteivorstandes konstatierte. Es kommt im Bericht zum Ausdruck, daß dies Wachstum eine Folge davon ist, daß wir jetzt eine geschlossene politische Organisation haben. Dieser Erfolg kann und muß berechtigtem Stolz erfüllen. Was im übrigen die Verhandlungen des Parteitages betrifft, so kann ich zur Kolonialpolitik nur sagen, ich kann mir im heutigen Staat keine Kolonialpolitik vorstellen, die wir unterstützen könnten. Ueber die Kolonialpolitik, die in einer sozialistischen Gesellschaft etwa betrieben werden könnte, zerbreche ich mir nicht den Kopf. Sodas steht fest, daß die heutige Kolonialpolitik als ein Experiment „am untauglichsten Objekt mit untauglichsten Mitteln“ betrieben wird. Zippel sagte, wir müßten die Kaiserzeit in der einen oder anderen Form beilegen. Unser Wahlverein hat beschlossen, daß die Arbeiterkrise als würdige Form der Kaiserzeit anzusehen ist. An diesen Beschluß muß sich Zippel halten. Die Kosten der Kaiserzeit hat er übertrieben. Die moralische Pflicht, zu den Kosten beizutragen, hat die Partei, ehe ein Beschluß in dieser Hinsicht bestand, schon anerkannt. Sind doch anfänglich der vorjährigen Kaiserzeit 180 000 M. aus Parteimitteln für Waimahregungen gezahlt worden. Wenn sich jetzt Partei und Gewerkschaften hinsichtlich der Kaiserzeit geeinigt haben, so können wir das mit Freude begrüßen. Man soll aber nicht sagen, das sei unbefriedigend. Darin stimme ich Zippel zu, daß die „Neue Zeit“ populärer geschrieben sein könnte. Vielleicht könnte in dieser Hinsicht Wandel geschaffen werden, wenn die Genossen, welche jetzt für die „Sozialistischen Monatshefte“ schreiben, ihre Artikel in der „Neuen Zeit“ veröffentlichen. Sie ist das von der Partei anerkannte wissenschaftliche Parteiorgan. Die Genossen, welche für die „Sozialistischen Monatshefte“ schreiben, treiben Sonderbündel; sie sollten bedenken, daß wir auch in dieser Hinsicht Disziplin zu halten und sonderbündlerische Bestrebungen zu unterlassen haben. Wäre ich auf dem Parteitage gewesen, so hätte ich dafür gestimmt, daß wir uns bei Stimmwahlen zwischen bürgerlichen Parteien der Stimme zu enthalten haben. Andererseits haben aber auch diejenigen recht, welche sagen, wir können unsere Taktik nicht auf Jahre hinaus festlegen. Wer den Freisinn kennt, wie ich ihn kennen gelernt habe, der weiß, daß wir von ihm nichts zu hoffen haben. Der schlimmste Reaktionsär ist mir lieber, wie diese freisinnige Gesellschaft. Der Parteitag hat nicht berücksichtigt, daß jede Unterstützung der freisinnigen Partei zu ihrer Erhaltung beiträgt und, daß es für uns besser wäre, wenn wir die freisinnigen nicht hätten. Denn dann könnte niemand darüber getäuscht werden, daß es außer der Sozialdemokratie keine freisinnige Genosse, wirklich oppositionelle Partei gibt. Eine bedeutsame Entscheidung hat der Parteitag getroffen: die Befähigung der Mannheimer Resolution, welche anerkennt, daß es nur eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation geben kann. Es ist gut, daß Partei und Gewerkschaft darin einig sind. Die Sache der Lokalisten ist noch nicht spruchreif und deshalb vertagt worden. Daß aber auch die Angelegenheit Wiesenthal nicht besprochen wurde, das ist ein Anreiß gegen die Besonderekommission, die infolgedessen keine Gelegenheit hatte, dem Parteitage die Gründe darzulegen, welche für den Ausschluß Wiesenthal vorgebracht worden sind. Es wäre doch für die Parteigenossen sehr nützlich gewesen, wenn sie erfahren hätten, wie sich die Besonderekommission zu dieser Sonderorganisation stellt. Ueber die Antialkoholfrage hat Wurm eine vorzügliche Rede gehalten. Er hat Mäßigkeit empfohlen, damit können wir alle einverstanden sein. Ich glaube nicht, daß die Abstinenzbewegung große Erfolge erzielen wird. Alles in allem hat der Parteitag gute Arbeit geleistet. Wir können mit Befriedigung auf ihn zurückblicken.

Robert Schmidt: Nur zu zwei Fragen, welche den Parteitag beschäftigten, will ich sprechen, zum Militarismus und zur Kolonialpolitik. Es ist bezeichnend, daß jetzt verschiedene Parteigenossen sagen, Webel vertrete dem Militarismus gegenüber nicht mehr denselben prinzipiellen Standpunkt, den er früher einnahm. Solche Ansichten ärgert man jetzt über Webel, der den Militarismus stets mit der größten Schärfe bekämpft hat. Aber es ist nicht das erste Mal, daß dem Genossen Webel solche Vorwürfe gemacht werden. Das geschah auch damals, als Webel für gewisse praktische Änderungen der Militärformen eintrat. Ich schäme es an Webel, daß er trotz der Vorwürfe aus Parteikreisen an seinen Vorschlägen festgehalten hat. Diese Vorschläge haben mit der prinzipiellen Stellung zum Militarismus nichts zu tun. Wenn man über Roskes Rede sprechen will, dann muß man das Stenogramm derselben als Grundlage nehmen. Das ist aber weder hier noch in Essen geschehen. Webel, der doch die Rede mitangehört hat, sagte, es war eine gute Rede. Er hatte nichts daran auszusetzen. Wenn uns, wie es in der letzten Wahlbewegung oft geschah, unsere Gegner als Vaterlandsfeinde bezeichnen, die Deutschland wegrufen machen wollen, dann haben wir stets betont, wie sie keine Vaterlandsfeinde, auch wir wollen das Vaterland erhalten, aber wir wollen an Stelle des Militarismus die Miliz setzen zur Verteidigung des Vaterlandes. Nichts anderes als diesen Gedanken hat Roske vertreten. Er hat sich auf Webel berufen und wie dieser gesagt, daß wenn ein Angriff auf die deutsche Kultur unternommen werden sollte, auch wir bereit sind, denselben zurückzutreiben. Wenn jetzt Unzufriedenheit über

Roskes Rede herrscht, so ist das zurückzuführen teils auf Unkenntnis, teils auf künstliche Erregung. Roske hat nichts anderes vertreten als den Standpunkt, den wir dem Militarismus gegenüber immer eingenommen haben. Es mag sein, daß Roske den Gedanken der Vaterlandverteidigung, wie ihn Webel und Bollmar bei früheren Gelegenheiten öfter vertreten haben, etwas stärker betont hat. Wenn aber ein so scharfer prinzipieller Gegner des Militarismus wie Webel erklärt, die Rede Roskes war gut, dann gebe ich auf dieses Urteil mehr wie auf die Ansicht von Bedebour und Weise. — Nun ein Wort über die Kolonialpolitik. Die kapitalistische Entwicklung geht dahin, daß sich der Kapitalismus nicht nur im eigenen Lande, wo er schon eine historische Reife erlangt hat, ausbreiten will, sondern er will sich auch in anderen Ländern, wo er noch nicht Boden gefaßt hat, ausbreiten. Diese Entwicklung können wir ebensowenig aufhalten, wie man die Entwicklung des Kleinbetriebes zum Großbetriebe aufhalten kann. Wir können auch nicht verhindern, daß die Kolonien durch den Kapitalismus hindurchgejagt werden. Die großen Staaten in Nordamerika sind ja aus kapitalistischer Kolonialpolitik hervorgegangen. Die Kolonialfrage, welche in Stuttgart behandelt wurde, betraf ja nicht die deutsche Kolonialpolitik, sondern die Kolonialpolitik aller Nationen. Da kommen wesentlich andere Gesichtspunkte in Betracht, als wenn man nur die deutsche Kolonialpolitik behandelt. Es wird nun behauptet, David und Genossen seien befreit gewesen, einen anderen Standpunkt zur Geltung zu bringen als den, welchen unsere Partei im Reichstage eingenommen hat. Was ist denn das für ein Standpunkt, den unsere Partei im Reichstage eingenommen hat. Wir waren doch schon einmal daran, im Reichstage einen anderen als den bisherigen Standpunkt in der Kolonialpolitik einzunehmen, als der Hererokrieg ausbrach und die Regierung Gelder für denselben forderte. Damals war es Webel i., der Stimmhaltung befreit wurde mit der Begründung, wir müßten erst prüfen, ob die An siedler, zu deren Schutz der Feldzug geführt werden sollte, schuld hätten an dem Aufstand der Eingeborenen oder nicht. Wenn sie schuldlos wären — sagten wir damals — dürften wir die Mittel zu ihrem Schutz nicht verlagern. Damals lag die Gefahr vor, daß wir auf einen anderen Standpunkt in der Kolonialfrage traten. Wollten wir den Standpunkt grundsätzlicher Ablehnung beibehalten, dann dürften wir auf keinen Fall Mittel für die Kriegsführung bewilligen, selbst wenn die An siedler an dem Aufstand schuldlos wären. Wir hätten dann sagen müssen, die An siedler in Südwestafrika gehen uns nichts an, sie haben sich selbst in diese Lage begeben und mögen sehen, wie sie fertig werden. Als sich dann später herausstellte, daß die An siedler mit schuld sind an dem Ausbruch des Krieges, da brauchten wir uns die Sache nicht länger überlegen und stimmten gegen die Geldbewilligung. Dieser Vorgang zeigt, daß unsere Stellung zu Gelden Frepan von Fall zu Fall geprüft und beurteilt werden muß und nicht nach einer bestimmten Norm ein für allemal geregelt werden kann. In dem Augenblick, wo wir uns über die Auslegung der Stuttgarter Kolonialresolution streiten, sehen wir, daß unsere französischen Genossen, die wie immer mit Vegeisterung für die Stuttgarter Resolution eingetreten sind, uns auffordern, doch auch ein Stück von Roskos zu nehmen. Der Standpunkt, den Genosse Jaurès hinsichtlich der Kolonialpolitik einnimmt, verfährt gegen die Stuttgarter Resolution. Nach dieser müssen wir jede Beteiligung an der Rosko-Angelegenheit ablehnen. Ich führe dies nur an, um zu zeigen, daß zu derselben Zeit, wo wir uns über Theorien aufregen, in Frankreich kein Genosse an der Ansicht Jaurès Anstoß nimmt. Nur gegenwärtigen deutschen Kolonialpolitik ist zu sagen, daß Deutschland besser getan hätte, wenn es gar nicht erst angefangen hätte, Kolonien zu erwerben. Die Frage unserer zukünftigen Kolonialpolitik hat Webel richtig beantwortet, indem er sagte, ob wir in einer zukünftigen Gesellschaft noch Kolonialpolitik treiben werden, kann erst entschieden werden, wenn wir vor die praktische Entscheidung der Frage gestellt werden. — Am unsere feierliche Stellung zur Kolonialpolitik zu zeigen, zitiert der Redner eine Stelle aus einer Rede, die Webel am 6. Dezember 1906 im Reichstage hielt, die dem Sinne nach sagt, es sei an sich kein Verbrechen, Kolonialpolitik zu treiben, dieselbe könne unter Umständen eine Kulturtat sein. Es komme darauf an, wie Kolonialpolitik getrieben werde. Wenn es geschehe, um Kultur unter fremden Völkern zu verbreiten, dann wären wir die ersten, die solche Kulturmission unterstützen. — Aus dem für die letzte Reichstagswahl herausgegebenen sozialdemokratischen Handbuch zitiert der Redner eine Stelle, die denselben Gedanken ausdrückt und unter anderem sagt, unsere Partei habe die Kolonialpolitik nicht prinzipiell abgelehnt, sie sei nur gegen die heutige Kolonialpolitik, welche aber einer Kolonialpolitik zustimmen können, die unter dem Gesichtspunkt der Kulturverbreitung betrieben wird. — Diesen Standpunkt und nichts anderes habe auch David vertreten. Daß wir im Reichstage der Kolonialpolitik gegenüber denselben Standpunkt einnehmen müssen, den wir bisher vertreten, darüber herrscht von Bernst ein bis Kautsky keine Meinungsverschiedenheit. Ich bedauere, daß wir uns oft über leere Theorien streiten und zwar in einer persönlichen Weise, die außerordentlich verkehrt ist. Gemäß müssen wir uns über Theorien klar werden, das soll aber durch ruhige und sachliche Diskussionen geschehen. In Essen ist ein kleiner Schritt nach dieser Richtung gemacht worden. Wenn wir auf diesem Wege fort-schreiten, wird es für die Partei nützlich sein.

Wels wendet sich zunächst gegen einige Ausführungen Zippels. Als Sozialdemokraten haben wir nicht zu fragen, aus welchen sozialen Schichten jemand zu uns kommt, sondern nur ob er unser Programm anerkennt und unsere Grundsätze befolgt. Es war nicht recht, daß Zippel Angriffe schleuderte gegen Genossen, die nicht aus Arbeiterkreisen zu uns gekommen sind. — Daß wir in der Kaiserzeit zu einer Regelung zwischen Partei und Gewerkschaften gekommen sind, ist mit Freude zu begrüßen. Die Streitigkeiten, die aus Anlaß der Kaiserzeit zwischen Partei und Gewerkschaft vorliefen, sind nunmehr gehoben, falls nicht, wie es nach den Ausführungen Zippels scheinen könnte, die Unterstützungsfrage benutzt wird, um die Kaiserzeit abzuwürgen. Ich glaube jedoch nicht, daß irgend jemand in Stuttgart diesen Gedanken gehabt hat. Auf Grund der Überzeugung, die ich durch Aussprache mit bekannten Gewerkschaftsmitgliedern gewonnen habe, glaube ich, daß man es auf allen Seiten mit dem Zusammenarbeiten ernst nimmt. — Zur Angelegenheit Wiesenthal muß ich sagen, ich habe es als Mitglied der Besonderekommission unangenehm empfunden, daß diese Angelegenheit durch die Annahme des Antrages Webel vertagt worden ist. Dadurch wurde der Kommission die Verdichterung über diese Sache, in der sie 1 1/2 Tage verhandelt hatte, unmöglich gemacht. Ich möchte hervorheben, daß ein Unterschied gemacht werden muß zwischen den alten Lokalorganisationen und der Gründung Wiesenthals. Was Wiesenthal tat war Meuterei. Seine Organisation hat in Deutschland 21 Jahrestellen, aber mit welchen Mitteln werden dieselben ins Leben gerufen. Als in Dresden der Metallarbeiterstreik bei Seidel u. Raumann durch das Eingreifen englischer Streikbrecher verloren gegangen war, wurden seitens der Wiesenthalschen Organisation in Dresden Metallarbeiterversammlungen einberufen, welche die verkehrte Taktik des Metallarbeiterverbandes behandelten. So sucht Wiesenthal Unzufriedenheit im Metallarbeiterverband zu erregen, um für seine Organisation Mitglieder zu fangen. Aus diesem Grund durfte die Angelegenheit Wiesenthal nicht zusammengezwungen werden unter den Delegierten bekannt geworden war, daß bezüglich Wiesenthal ein Beschluß der Kommission vorlag, der einigen Parteigenossen nicht gefiel, da kam der Antrag Webel und wurde angenommen. Das war eine Brückierung der Kommission. Ich meine, der Antrag Webel ging aus von Leuten, welche die Frage, um die es sich in diesem Falle handelte, nicht genau kannten. — Zur Frage des Militarismus möchte ich sagen: Wenn sich Robert Schmidt, um Roske zu rechtfertigen, auf Webel beruft, so meine ich, Kritik verdient sowohl Roske wie Webel. Was heißt es denn, wenn man sagt, bei einem Angriffskriege würden wir

das Vaterland verteidigen. Ob ein Angriffskrieg vorliegt oder nicht, das ist nicht so leicht zu entscheiden. Die Diplomatie wird es schon verstehen, das Volk über die Ursachen des Krieges zu täuschen, was ihr ja auch 1870 gelungen ist, so daß damals selbst in unseren Reihen die Ansicht herrschte, Deutschland sei durch Napoleon angegriffen und müsse diesen unschädlich machen. Deshalb ist ja auch Webel damals von einem Teil seiner eigenen Parteigenossen wegen seines Auftretens angegriffen worden. Ob jetzt Webel oder Roske Ausführungen macht, die sich mit unserer den Militarismus grundsätzlichen ablehnden Haltung nicht vertragen, das ist ganz egal. Sie verdienen beide Kritik. Den Militarismus haben wir grundsätzlich zu bekämpfen. — Kolonialpolitik kann unter bestimmten Voraussetzungen notwendig und nützlich sein. Was Robert Schmidt aus Webel's Rede geholt hat, das ist eben eine Kolonialpolitik, wie sie die kapitalistische Gesellschaft gar nicht betreiben kann. In der heutigen Gesellschaft ist Kolonialpolitik gleichbedeutend mit Unterdrückung fremder Völker. Hat doch van Kol in Stuttgart anerkannt, daß Kolonialpolitik nur mit den Waffen in der Hand betrieben werden kann, aber nicht zur Verbreitung von Kultur. In solcher Kolonialpolitik können wir natürlich nicht die Hand bieten, vor allem auch deshalb nicht, weil sie keinen Nutzen für die Arbeiterklasse hat. Mit der Resolution, die der internationale Kongreß beschloß und der Parteitag in Essen bestätigt hat, bin ich einverstanden. Der Parteitag hat ein Beispiel harmonischen Zusammenarbeitens der verschiedenen Richtungen innerhalb der Partei gegeben. Das ist eine bedeutungsvolle Tatsache.

Um 12 Uhr wurde die weitere Debatte vertagt. Die Versammlung beschäftigte sich noch mit drei Anträgen, welche die 5. Abteilung zum Verbandsstatut gestellt hat. Angenommen wurde nur einer der Anträge. Derselbe fordert die Liefering des Mitteilungsblattes an alle Mitglieder.

Sechster Wahlkreis.

In der Generalversammlung des 6. Kreises erstattete Genosse Max Richter den Bericht vom Parteitage. Das ganze Gepräge des Parteitages sei ein anderes gewesen, als das seiner Vorgänger; alle Befürchtungen, Essen würde dieselben leidenschaftlichen Debatten zeitigen wie Dresden, haben sich erfreulicherweise erfüllt. Es sei aber auch von einer Verzagtbeit oder Kleinmütigkeit nichts zu spüren gewesen und habe das Proletariat gezeigt, daß es trotz Hottentottenuahl und Reichstagsbewandtschaften sich nicht niedergelassen fühle, sondern kampfbereit und siegesicher weitermarschiere. Aus den Verhandlungen sei besonders hervorzuheben, daß die Mitgliederzahl unserer Partei die halbe Million bereits überschritten habe, doch stehe Berlin mit seiner Organisation erst an zehnter Stelle und haben wir alle Ursache, rüstig weiter zu arbeiten, um nicht auch in Zukunft hinter so manchem Landkreise zurück zu stehen. Der Referent geht dann die einzelnen Verhandlungspunkte des Parteitages durch. Den Fortschritt zur Einigung zwischen den Gewerkschaftsorganisationen lokaler und zentraler Richtung bezeichnet er als erfreulich. Der parlamentarische Bericht sei seiner Ansicht nach etwas mangelhaft gegeben worden. Es sei hier hervorzuheben, daß Genosse Roske den Versuch unternahm, sich gegen die Angriffe, die wegen seiner bekannten Rede zum Militärrecht gegen ihn gerichtet wurden, zu wehren. Klar müsse es ausgesprochen werden, daß das Proletariat ein Entgegenkommen an die herrschenden Klassen nicht zu zeigen hat und ist die Vaterlandsliebe der Sozialdemokraten himmelhoch verschieden von dem Patriotismus der Besitzenden. Die Kolonialfrage hätte in bezug auf die Vorgänge in Stuttgart etwas eingehender behandelt werden müssen. Wenn auch Genosse Singer das ganze als einen Streit um Worte hinstellte, so vertrat die tiefe Gegenseitigkeit der Bedebour'schen und David'schen Ansicht doch etwas mehr. Mit der Befähigung der Stuttgarter Resolution sei in vorläufiger nach außen hin der Friede hergestellt, doch sei eine Klärung sehr am Platze. Die in Stuttgart dem Parteivorstand und der Generalkommission zur endgültigen Regelung übertragene Kaiserzeitfrage konnte nicht zum Abschluß gebracht werden, doch ist zu erwarten, daß beide Institutionen im Interesse der Arbeiterklasse die begonnene Arbeit erledigen werden. Die glänzende Leistung auf dem Parteitage wäre zweifellos die Rede des Genossen Webel über die verlassene Reichstagswahl und die politische Lage gewesen. Wir haben nicht die geringste Veranlassung, wegen des Ausfalles der Wahl unsere Taktik zu ändern, sondern müssen und diesen Umstand als einen Ansporn zu vermehrter, tatkraftiger Organisation, namentlich unter den Frauen und der Jugend dienen zu lassen. Das Referat des Genossen Wurm zur Antialkoholfrage sei der eingehendsten Beachtung aller Parteigenossen zu empfehlen und treffen die Worte des Referenten: „Gebt dem Volke genug zu essen, gebt ihm Wohnungen, gebt ihm Freiheit, dann wird es den Alkoholteufel dahin jagen, wohin er gehet,“ unweigerlich den Nagel auf den Kopf. Aus den Verhandlungen der eingesetzten Besonderekommission ist für die Berliner Genossen lediglich der Entscheid in Sachen der ehemaligen Genossen Jahn und Schröder, sowie die Angelegenheit Wiesenthal von Belang. Wurde in den beiden ersten Fällen eine Wiederannahme vermögert, so kam der Parteitag angesichts der angebahnten Friedensverhandlungen zwischen den Gewerkschaften auch zu einer Vertagung des Falles Wiesenthal. — Sind so durch die arbeitsreiche Tätigkeit der Essener Tagung alle Beschlüsse erneuert, neue Direktiven gegeben, so ist es nunmehr Aufgabe der Organisationen allerorts, machtvoll vorwärts zu streben, unserem Endziel entgegen. (Beifall.)

In der Diskussion geht zunächst Genosse Rehbein, nachdem er die Einigungsfrage der Gewerkschaften gestreift, auf die Angelegenheit Roske ein. Er verurteilt es, daß wenn wol ein nicht an leitender Stelle stehender Genosse ausruft, die ultraradikalen Parteireiter sich mit einer Verbe auf ihn stützen, die einer besseren Sache würdig wäre. Als Webel im Reichstage erklärte, fürs Vaterland die Hinte auf den Buckel nehmen zu wollen, da war Stille im Wälderwald. Als aber Roske dasselbe getan, kam in erster Linie die „Leipziger Volkszeitung“ und dann deren getreues Echo der „Vorwärts“ und einige Abtrünnige her, um ihre ganze ultraradikale Entrüstung über den Fehler auszusprechen. Erfreulich sei es, daß Webel selbst den ultraradikalen Wadenkreuzern und Hadenbeisern etwas Wasser in den Wein getan habe. In der Kolonialfrage sei zu verzeichnen, daß der Parteitag seine in letzter Generalversammlung gemachten Ausführungen, der Streit sei nicht anders als Wortklauberei, bestätigt habe. Dem „Vorwärts“ müsse er den Vorwurf machen, daß er die Entressen radikal potentiamlich zu fassen und die Situation so darzustellen sucht, als habe die revidionistische Seite keinen Anhang gefunden. Dies ist nicht in der Ordnung; will die jetzige Redaktion, die ja alle Ursache habe, sich als die prinzipientreue hinzustellen, parteihäufig sein, so soll sie dies jedenfalls mit der nötigen Objektivität tun. Auch in dem Radwort zum Parteitag wurde hervorgehoben, daß sich nirgends Verzagtbeit in Essen gezeigt habe. Soweit er die Genossen kenne, habe er überhaupt niemals etwas bemerkt, was wie Verzagtbeit aussehen könnte. Meine man die der Wahl nachfolgenden unerguidischen Debatten, so frage die ultraradikale Seite, die alle anderen Genossen als dreibeitler Parteireiter hinzustellen sucht, die meiste Schuld daran. Wir müßten glückliche Sozialdemokraten sein, wenn wir nicht an den endgültigen Sieg unserer Sache glauben würden und ist nur zu wünschen, daß die Redaktion des „Vorwärts“ sich einmal auf eine höhere Warte stellt und nicht alles von einem kleinlichen Standpunkt aus betrachtet möge. Genosse Bedebour wendet sich gegen Rehbein und erläutert, daß die Situation zu der Zeit, als Webel seine Ausführungen über die Verteidigung des heimatischen Herdes machte, eine grunderhebende gewesen ist von der, in der Genosse Roske glaubte, dem preußischen Kriegsminister v. Simein seinen Patriotismus vor Augen führen zu müssen. Schon der Umstand, daß Roske für seine Leistung von der bürgerlichen Presse als ein neuer Mann, der neue Bahnen in der regierenden Tätigkeit der Partei brechen werde, gefeiert wurde, beweist, daß Roske auf dem Holzwege war. Nachdem durch den

Der Reichsanwalt über das preußische Vereinsrecht.

Wegen Aufforderung zum Ungehörig gegen das preußische Vereinsgesetz ist am 12. April vom Landgerichte Düsseldorf der Redakteur der „Düsseldorfer Volkszeitung“, Genosse Dr. Heinrich Laufenberg, zu 20 M. Geldstrafe verurteilt worden.

Ueber die Revision des Genossen Dr. Laufenberg wurde am Freitag vor dem Reichsgericht verhandelt. Der Reichsanwalt bezeichnete sie als unbegründet.

Von dem Zugeständnis des Reichsanwalts, daß das preußische Vereinsgesetz gleich dem Gesetz eines Polizeistaates ist, nehmen wir gern Notiz.

Aus der Partei.

„Der Kampf.“

Die erste Nummer der von uns schon angekündigten sozialdemokratischen Monatschrift unserer deutsch-österreichischen Genossen ist soeben in schämem Gewande erschienen.

Ein Einführungsartikel der Redaktion, die aus den Genossen Otto Bauer, Adolf Braun und Karl Renner besteht, flüchtet die Aufgaben des neuen Organs, das vornehmlich an der Aufhellung der vielgestaltigen Probleme arbeiten soll.

der Verwaltung. Otto Bauer, Die soziale Gliederung der österreichischen Nationen. E. Vernerstorfer, Die Kunst und die Arbeiter. S. Hagerhan, Die Arbeiterbibliothek.

Die Liste derjenigen, die für die nächsten Nummern Beiträge gesandt oder zugelegt haben, weist die besten Namen der österreichischen und der internationalen Sozialdemokratie auf.

Dem neuen Kämpfer ein herzliches Glückauf!

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Schlechten Lohn für Mühe und Arbeit, so berichtet man uns aus Halle a. S. vom 27. September, erntete der hiesige Rechtsanwalt Oscar Suchland, der ein großer Freund des Zeugniszwanges gegen Redakteure zu sein scheint.

Gerichts-Zeitung.

Bilder von Rubens, Tizian und Palma Vecchio — „unzüchtige“ Abbildungen!

Das Landgericht Breslau hat am 18. Juni den Kaufmann Emno Delaban von der Anklage des Feilhaltens und Verbreitens unzüchtiger Ansichtspostkarten freigesprochen.

Unzüchtig ist nach der ständigen Judikatur des Reichsgerichts ein Bild, das geeignet ist, das Scham- oder Sittlichkeitsgefühl eines normal empfindenden Menschen in geschlechtlicher Beziehung zu verletzen.

Die „Schönheit“ vor Gericht.

Vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I stand gestern der zweite der gegen den Herausgeber der Zeitschrift „Die Schönheit“, Karl Banfelow, gerichteten Prozesse wegen Verbreitung angeblich unzüchtiger Schriften zur Verhandlung.

rischen Fragen oder Fragen der modernen Literatur zu beschäftigen hat, sondern es handelt sich einfach um die juristische Frage, ob die hier in Frage stehenden vier Bilder als unzüchtig zu betrachten, d. h. geeignet sind, das normale Scham- und Sittlichkeitsgefühl in geschlechtlicher Beziehung zu verletzen und inwiefern der Angeklagte das Bewußtsein hatte, daß die Bilder diese Wirkung ausüben.

Nach ausgedehnter Beweisaufnahme verlangt der Staatsanwalt Verurteilung zu 30 M. Geldstrafe und Konfiskation der Bilder. Das Gericht erkennt nach kurzer Beratung auf Freisprechung des Angeklagten.

Der beleidigte Herrgott. Der ehemalige Gendarm Then aus Weihenstadt in Oesterfranken wurde mit einer mageren Pension verabschiedet, worüber er sehr erobert war.

Table with 4 columns: Wasserstand, am, seit, and Wasserstand. Lists water levels for various locations like Remel, Aist, Pregel, etc.

Advertisement for Otto Mentzel, deceased, with details of funeral arrangements.

Advertisement for Paul Rossignoll, deceased, with details of funeral arrangements.

Advertisement for Julius Michulski, deceased, with details of funeral arrangements.

Advertisement for Friedrich Pieper, deceased, with details of funeral arrangements.

Advertisement for Viktor Lienowski, deceased, with details of funeral arrangements.

Advertisement for Heinrich Oechler, deceased, with details of funeral arrangements.

Advertisement for Karl Werlitz, deceased, with details of funeral arrangements.

Advertisement for Emil Hanisch, deceased, with details of funeral arrangements.

Advertisement for Paul Janicke, deceased, with details of funeral arrangements.

Advertisement for Friedrich Pieper, deceased, with details of funeral arrangements.

Advertisement for Valentin Meister, deceased, with details of funeral arrangements.

Advertisement for Joh. Przybylsky, deceased, with details of funeral arrangements.

Advertisement for Dr. Mainzer, a medical professional.

Advertisement for Emil Hanisch, deceased, with details of funeral arrangements.

Advertisement for Paul Janicke, deceased, with details of funeral arrangements.

Advertisement for Wilhelm Hering u. Frau, deceased, with details of funeral arrangements.

Advertisement for Frau Marie Meister, deceased, with details of funeral arrangements.

Advertisement for Joh. Przybylsky, deceased, with details of funeral arrangements.

Für den Inhalt der Zeitung übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Sonntag, 29. September.
Freie Volksbühne. Nachmittags 3 Uhr: 8./9. Abteilung: im Neuen Schauspielhaus: **Fuhrmann Henschel.**
 1./2. Abteilung: im Berliner Theater: **Freiwild.**
Neue Freie Volksbühne. Nachmittags 2 1/2 Uhr: Extravaganza in Kammerstücke des Deutschen Theaters: **Frühlings-Gravaden.**
 6. Abteilung: nachmittags 2 1/2 Uhr: im Deutschen Theater: **Der Heffner.**
 8. Abteilung: nachmittags 3 Uhr: im Neuen Theater: **Die Röhre.**
 11. Abteilung: nachmittags 3 Uhr: im Schiller-Theater O: **Tranmutas.**
 15. Abteilung: nachmittags 3 Uhr: im Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhaus: **Jugend.**
 18. Abteilung: nachmittags 3 Uhr: im Schiller-Theater Charlottenburg: **Nonna Nanna.**
Montag, 30. Septbr., abends 8 Uhr:
 1. Abteilung im Lortzing-Theater: **Die lustigen Weiber von Windsor.**
Sonabend, 1. Oktober, in der Brauerei Friedrichshain: Herbstfest.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Madame Butterfly.
Montag: Sinfonie-Konzert der Kgl. Kapelle.
Königl. Schauspielhaus. Wallensteins Tod.
Montag: Die Habsburgerin.
Neues königl. Opernhaus. Fanny, Cavalleria rusticana.
 Anfang 8 Uhr.
Deutsches Prinz Friedrich von Gumburg.
Montag: Robert und Bertram.
 Kammerstücke. Frühlings Erwachen. (Anfang 8 Uhr.)
Montag: Liebeslied.
 Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Raffes.
Montag: Alt-Heidelberg.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Rosmersholm.
 Nachmittags 3 Uhr: **Traumulus.**
Montag: Rosmersholm.
Schiller Charlottenburg. Das vierte Gebot.
 Nachmittags 3 Uhr: **Nonna Nanna.**
Montag: Das vierte Gebot.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Der blinde Passagier.
 Nachmittags 3 Uhr: **Jugend.**
Montag: Der blinde Passagier.
Berliner. Der Pastorsohn.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Sessing. Der Bund der Jugend.
 Nachmittags 3 Uhr: **Die verurteilte Gede.**
Montag: Hedda Gabler.
Neues. Der Dieb.
Montag: Baummeister Solneh.
Kleines. Vater und Sohn.
 Nachmittags 3 Uhr: **Nachtschl.**
Montag: Vater und Sohn.
Porzing. Undine.
 Nachmittags 3 Uhr: **Martha.**
Montag: Lustige Weiber.
Zentral. Unsere blauen Jungens.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Nachm. 3 Uhr: **Lumpacivagabundus.**
Montag: Unsere blauen Jungens.
Römische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
 Nachmittags 3 Uhr: **Carmen.**
Montag: Hoffmanns Erzählungen.
Reichen. Die lustige Witwe.
 Nachm. 3 1/2 Uhr: **Frühlingsluft.**
Montag: Die lustige Witwe.
Puffspielhaus. Husarenfieber.
 Nachmittags 3 Uhr: **Sein Mißl.**
Montag: Husarenfieber.
Residenz. Haben Sie nichts zu ver-zollen?
 Nachm. 3 Uhr: **Der Schlafwagen-Kontrollleur.**
Montag: Haben Sie nichts zu ver-zollen?
Trianon. Fräulein Joseette — meine Frau.
 Nachmittags 3 Uhr: **Madame X.**
Montag: Fräulein Joseette — meine Frau.
Thalia. Ihr Sechshundert-Diesel.
 Nachm. 3 1/2 Uhr: **Charlotts Tante.**
Montag: Ihr Sechshundert-Diesel.
Luisen. Mutterseggen.
 Nachm. 3 Uhr: **Carmen.**
Montag: Mutterseggen.
Bernhard Rose. Der Geld des Tages.
 Nachmittags 3 Uhr: **Wilhelm Tell.**
Montag: Der Schlafwagen-Kontrollleur.
Theater an der Spree. Der Altienbuddler.
 Nachmittags 3 Uhr: **Der Goldbeutel.**
Montag: Der Altienbuddler.
Metropol. Das muß man seh'n.
 Nachmittags 3 Uhr: **Diefelbe Vorstellung.**
Apollo. Sylvester Schäffer jr.
 Nachmittags 3 Uhr: **Spezialitäten.**
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Walhalla. Spezialitäten.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Folies Caprice. Geteilte Liebe.
 Antiduellenanten. Bunter Teil.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Casino. Die wilde Jagd.
 Nachm. 4 Uhr: **Nick Carter.**
Montag: Die wilde Jagd.
Gebr. Herrnsfeld. Madame Wig-Wag.
 Nachm. 3 Uhr: **Ein verrücktes Hotel.**
Montag: Madame Wig-Wag.
Passage. Lona Nansen.
 Nachmittags 3 Uhr: **Spezialitäten.**
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Wintergarten. Anne Dancret.
 Annie Dickens. Spezialitäten.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Reichshausen. Stettiner Säger.
Prater. Logenbrüder.
 Nachm. 3 Uhr: **Maria Stuart.**
Montag: Bühne und Welt.
Carl Haverland. Spezialitäten.

Urania. Landenstraße 48/49.
 Abends 8 Uhr: **Ueber den Brenner nach Venedig.**
Montag 4 Uhr: Die Gieseler der Hochgebirge und die Uebert unserer Heimat.
 Abends 8 Uhr: **Ueber den Brenner nach Venedig.**
 Sternwarte, Invalidentr. 57/52.
Ferdinand Bonn.
Berliner Theater.
Der Pastorsohn.
 Schauspiel in 4 Akten v. Ferd. Bonn.
Montag: Der Pastorsohn.
 Das Montag- und Freitag-Abonnement ist unpersonlich. Auch auf einzelne Vorstellungen bis 2 Uhr mittags halbe Preise. Abends voller Kassenspreis!
Neues Theater.
 Der Dieb.
 Gastspiel von **Johanne Dybwad** aus Kristiania:
Montag, 30./9.: Baummeister Solneh.
Dienstag, 1./10.: Rosmersholm.
Wittwoch, 2./10.: Nora.
Donnerstag, 3./10.: Gelpenfer.
Kleines Theater.
 Nachmittags 3 Uhr: **Nachtschl.**
 Abends 8 Uhr zum 67. Male:
Vater und Sohn.
Montag: Vater und Sohn.
Theater des Westens.
 Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise:
Frühlingsluft.
 8 Uhr: **Die lustige Witwe.**
Zentral-Theater.
 8 Uhr: **Lumpacivagabundus.**
 Abends 7 1/2 Uhr:
Unsere blauen Jungens.
Lustspielhaus.
 Nachmittags 3 Uhr: **Sein Mißl.**
 Abends 8 Uhr:
Husarenfieber.
Friedrich-Schauspielhaus
Wilhelmst. **Jugend.**
 Nachmittags 3 Uhr:
 Abends 8 Uhr:
Der blinde Passagier.
Montag: Der blinde Passagier.
Dienstag: Die Ridelungen.
Luisen-Theater
 Reichenbergerstr. 34.
 Nachmittags:
Carmen.
 Abends:
Mutterseggen.
 8 Uhr **Residenz-Theater.** 8 Uhr
 Direction: Richard Alexander.
Haben Sie nichts zu verzollen?
 Robert de Trivelin: Rich. Alexander.
 In Vorbereitung:
Ganz der Papa. (Lo fils à papa.)
 Sonntag, den 29. September, nachmittags 3 Uhr:
Der Schlafwagenkontrollleur.
WINTERGARTEN
Ruth St. Denis
 und das
Monster-Eröffnungs-Programm.
Passage-Theater.
 Heute zwei Vorstellungen.
 Nachm. 3-7 (ermäßigte Preise).
 Abends 8-11 Uhr.
Lona Nansen.
 14 erstklassige Nummern.
Walhalla-Variete-Theater.
 Weinbergsweg 19/20, Stasentz-Lor.
 Anfang 8 Uhr.
 Das originelle Sept. Programm.
Mato Kiseb, der Akrobat
 hebt ein Automobil mit den Zähnen.
Tummel-Konzert f. Theaterbes. frei.

Freie Volksbühne.

Die Eröffnung der Abend-Abteilungen

beginnt anfangs Oktober und finden die Vorstellungen abwechselnd im:

Luisen-Theater, Reichenberger Straße No. 34,
 (Hochbahn-Haltestelle Kottbuser Tor, Kreuzungspunkt von 21 Straßenbahn-Linien)
 in eigener Regie unter Hinzuziehung besonderer Gastspiel-Kräfte für **Schauspiel, Lustspiel, Komödien, Dramen und moderne Dialog-Stücke** (Artistische Leitung Adolf Steinert)

Freitag, abends 8 1/4 Uhr

und im

Lortzing-Theater, Bellealliance-Straße No. 7-8,
 (Hochbahn-Haltestelle Hallesches Tor)

für **Oper und Operette** (Artistische Leitung Direktor Garrison)

Freitag, abends 8 1/4 Uhr

statt

Die Abend-Vorstellungen sind geschlossene Vereins-Vorstellungen.
 Die Billetverlosung im Kassensur beginnt 7 1/4 Uhr.

Der Beitrag für die Abend-Abteilungen muß laut § 6 des Statuts (um 10 Pf.) auf 1 Mark erhöht werden, da die ordentlichen Einnahmen zur Deckung der Kosten nicht ausreichen.

Das Einschreibegeld für die Abend-Abteilungen beträgt ebenfalls 1 Mark.

Die Mitglieder, welche den Nachmittags-Abteilungen angehören, können sich auf Wunsch außerdem noch einer Abend-Abteilung anschließen.

Zur Ausführung kommen zunächst im **Luisen-Theater:**
 Philipp Langmann: Gerhart Hauptmann: Ibsen:
Bartel Turafer. | Vor Sonnenaufgang | Die Wildente.

Mitglieder = Meldungen für die Abend-Abteilungen werden von heute ab in allen Zahlstellen angenommen.

Die Mitgliedskarten werden Mitte Oktober ausgegeben.

Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Schiller-Theater.
 Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Traumulus.
 Schauspiel in 5 Akten von Arno Holz und Oskar Berckeb.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Rosmersholm.
 Schauspiel in 4 Akten v. Henrik Ibsen.
 Deutsch von Wilhelm Lange.
 Montag, abends 8 Uhr:
Rosmersholm.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Rosmersholm.

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Nonna Nanna.
 Schauspiel in 3 Akten von Maurice Maeterlinck.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Das vierte Gebot.
 Volksstück in vier Akten von Ludwig Angenrader.
 Montag, abends 8 Uhr:
Das vierte Gebot.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Götz von Berlichingen.

Castan's Panoptikum
 165 Friedrichstr. 165
Größte Schaustellung der Welt.
 Im neuen Konzertsaal abendlich:
Harburger Säger.
 Wochentags 30 Pf. — Panoptikumbesucher frei!

Trianon-Theater.
 Fräulein Joseette — meine Frau.
 Anfang 8 Uhr.
Metropol-Theater
 Behrenstraße 55-57.
Das muß man seh'n!!
 Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollander. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
G. Thielscher a. D. F. Massary
B. Darmand a. D. E. Withney a. D.
Bender. Giampietro. Josephi.
 Anfang präzise 8 Uhr.
 Rauchen überall gestattet.

BERNHARD ROSE THEATER
 Gr. Frankfurterstr. 132.
 Heute:
Der Geld des Tages.
 Von Kurt Natul.
 Anfang 8 Uhr. — Wochentagspreise.
 Heute nachmittags 3 Uhr:
Wilhelm Tell.

Lortzing-Theater
 Sonntag, den 29. September, nachmittags 3 Uhr: **Martha.**
 Abends 8 Uhr:
Undine.
 Montag: **Lustige Weiber.** Dienstag: **Martha.** Mittwoch: **Undine.**

Apollo Theater
 9 1/2 Uhr. Täglich: 9 1/2 Uhr.
Die Sensation Berlins!
Sylvester Schäffer jr.
 der weltberühmte Universalkünstler.
 Vorher 8 Uhr: **Die kolossalen Spezialitäten-Aktuationen.**

Theater des Zentrum.
 Sophien-Säle, Sophienstraße 17/18.
Bis früh um fünf
 v. Accen u. Hochschül. Musik v. S. Linde.
 Anfang 8 Uhr. Kleine Preise.

Prater-Theater
 Kasanien-Allee 7-9.
 Nachm. 3 Uhr bei halben Kassenspreisen:
Maria Stuart.
 Abends 7 1/2 Uhr:
Die Logenbrüder.
 Schwank von Laubs und Kraach.
 Montag: **Bühne und Welt.**

Zirkus Schumann.

Heute Sonntag, den 29. September, nachm. 3 1/2 u. abds. 7 1/2 Uhr:
2 große außerordentliche Gala-Vorstellungen 2
 Nachm. auf allen Plätzen ohne Ausnahme ein Kind frei.
 Jed. welt. Kind um 10 Jahr. halbe Preise aus. Galerie, abds. jed. volle Preise.
 In beiden Vorstellungen **Die fliegenden Menschen Les Monbars**
 nachmittags u. abends:
 Die weltber. voll. neue Karlich. Vorführ. **George Bonhair Truppe.**
 Americas beste kom. Akrobaten. Le 5 Circus. Freds. Blatters Drolltruppe.
 Freds. Ebanod. Sämtliche Spezialitäten Clowns u. Auguste mit ihren neuen, urkomisch. Entrees, sowie d. bestref. Schül. Freiheits-, Springbrde.
 Um 9 1/2 Uhr, zum 2. Male eine Fortf. der berühm. u. popul. Pantomime
Die lustigen Heidelberger.
 U. a.: Ein Fest auf dem Neckar.

Theater Folies Caprice
 Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
 Täglich 8 Uhr abends:
Geteilte Liebe.
Die Antiduellenanten.
 Bunter Teil.
 Mortens, Fleischmann, Grünecker
 in den Hauptrollen. Vorverl. Theater.
 Kasse 10-2 und bei Herrheim.

Sanssouci. Kottbuscr Straße 6.
 Direction: Wilhelm Reimer.
 Sonntag, Mont., Donnerst.:
Hoffmanns Nordd. Säger
 u. **Tanzkränzchen.**
 Heute:
Die lustige Witwe.
 Lustspiel.
Der Streik d. Schmiede.
 Dramatisches Gedicht.
 Sonnt. Des. 5. wochent. 11. Vorger:
Elle-Soiree, Tanz.
 Dienst. 3. 1. R.: Eine Hochzeitnacht.

Rafino-Theater.
 Lothringerg. 37. Täglich 8 Uhr:
Die wilde Jagd.
 Lustspiel in Ludwig Fulda.
 4 Akten v.
 Vorher d. glänz. Eröffnungs- Progr.
 Sonntag 4 Uhr: **Nick Carter.**

Palast-Theater.
 Burgstraße 21.
 Heute 1/8 Uhr. Entree 50 Pf.
 Zum vorletzten Male:
Der September-Spielplan.
 Das

Theater an der Spree
 Köpenickerstraße 68.
 Nachmittags 3 Uhr: **Der Goldbeutel.**
 Täglich 8 Uhr:
Der Altienbuddler.
 Alt-Berliner Gelasgasse v. D. Kallsh.
 In Originalkostümen und Dekorationen der fünfziger Jahre.

schwimmende Theater.
Die 5 Marnos
The Lunas
 Nelly Nelson
 usw.

Rixdorfer Theater
 Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147.
 Direction: Julius Zärtl.
 Sonntag, den 29. September 1907,
 abends 7 1/2 Uhr:

Buggenhagen, Moritzplatz.
 Inh. Albert Böhme.
 Täglich:
Die 7 Schwaben
 moderne Volks-Säger.
Martin Bendix
 als
 Sherlock Holmes aus Trauenbrietzen.
 Im unteren Saal täglich: **Militär-Konzert.**
 Jeden Sonntag:
Zwei Vorstellungen.
 Nachmittags 4 Uhr. Abends 8 Uhr

Germania-Pracht-Säle
 Chausseestr. 110, Karl Richter.
 Jeden Sonntag: **Otto Steidel's Hamburger Säger.**
 Vollständig neues Programm.
 Anf. 6 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf. mit anschließ. Familien-Kränzchen. — Von 5 Uhr ab im weißen Saal: **Großer Ball.**
 Jeden Mittwoch: **Otto Steidel's Hamburger Säger und Freitanz.**

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt Belle Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Zum Umzug! Hervorragend billig!

Diese Woche

Gardinen

Engl. Tüllgardinen	Fenster 2 Shawls weiss oder crème	1.95, 2.25
Engl. Tüllgardinen	Fenster 2 Shawls weiss oder crème	3.25, 4.50
Engl. Tüllgardinen	Fenster 2 Shawls weiss oder crème	5.75, 6.25
Engl. Tüllgardinen	Fenster 2 Shawls weiss oder crème	7.75, 8.50
Engl. Tüllgardinen	Fenster 2 Shawls weiss oder crème	9.75, 11.50
Mullgardinen	für Schlafzimmer 2 Shawls, 1 Lambrequin	9.75, 12.75
Engl. Tüllgardinen	weiss oder crème Meter	38, 50, 65 Pf.
Engl. Tüllgardinen	weiss oder crème Meter	70, 85, 90 Pf.
Kongressstoffe	glatt oder gestreift Meter	38, 50, 65 Pf.
Scheibengardinen	weiss oder crème Meter	20, 25, 38 Pf.
Köper-Rouleaux	2 teilig	1.95, 2.25, 3.50
Köper-Rouleaux	1 teilig	2.10, 3.50, 4.75
Gardinenstangen	Holz	28, 55, 75 Pf.
Gardinenstangen	Holz, verstellbar	1.10, 1.65
Portieren-Stangen	mit sämtl. Zubehör	1.95, 2.25, 3.50

Tischdecken

Fantasiestoff		2.25, 3.50, 4.75
Tischdecken	Plüsch, reich bekurzelt	6.75, 8.75
Tischdecken	Mohairplüsch, eig. bekurzelt	10.50, 12.75, 15.25
Tischdecken	Filztuch, hübsch bekurzelt	1.75, 2.25, 2.75

Portieren

Portieren-Garnitur	Plüsch, hübsch bekurzelt, 2 Shawls, 1 Lambrequin	3.25, 4.75, 5.75
Portieren-Garnitur	Velvet, reicher Kurbelot u. Applik., 2 Shawls, 1 Lambrequin	8.95
Portieren-Garnitur	Titianplüsch, 2 Shawls, 1 Lambrequin	7.75, 10.25, 13.75
Portieren-Garnitur	Velvet, eleg. bekurzelt mit Applikat 2 Shawls, 1 Lambrequin	11.50, 14.50, 16.75
Portieren	glatt mit hübscher Bordüre	Stück 1.85, 2.25
Portieren	glatt mit hübsch. Blumenbordüre	Stück 2.45, 2.75
Möbelstoffe	für Sophabestüge	Meter 95, 1.45
Möbelplüsch	Moquet, ca. 130 cm breit	Meter 4.75, 5.50
Tüll-Brise-Bise	weiss oder crème, mit Stange und Zubehör	45, 60, 80 Pf.
Engl. Tüllstores	weiss oder crème, Stück	1.95, 2.25, 3.50
Engl. Tüllstores	weiss oder crème, Stück	4.25, 6.50, 7.75
Erbstüll-Stores	mit Volant, elegante Ausführung	Stück 4.75, 6.50
Madras-Stores	bunt	Stück 3.75, 5.25, 6.50

Bettdecken

Tüll-Bettdecken	für 1 Bett	1.95, 2.50, 3.75
Tüll-Bettdecken	für 2 Betten	3.95, 4.75, 6.25
Erbstüll-Bettdecken	für 1 Bett	6.75, 8.50, 10.75
Erbstüll-Bettdecken	für 2 Betten	14.50, 17.50
Erbstüll-Brise-Bise	mit Stange und Zubehör	Stück 60, 90 Pf.

Holzgalanterie

Paneele	imitiert Nussebaum	ca. 50 cm 90 ca. 60 cm 1.40 ca. 80 cm 2.65 ca. 100 cm 3.25
Garderobenleisten	Haken 40 Haken 50 Haken 60	
Eckgarderoben	imitiert Nussebaum	95, 1.65
Handtuchhalter	imitiert Nussebaum	45, 90, 1.25
Konsole	imitiert Nussebaum	40, 50, 70, 90
Salontische	imitiert Nussebaum, vierockig	2.65
Salontische	imitiert Nussebaum, gravierte Platte	2.90
Vogelkäfig	Holzgestell mit Scheffen	1.65, 2.35, 2.80
Vogelkäfig-Ständer		2.90, 4.50, 6.25
Schirmständer		210, 2.75, 2.90
Noten-Etagere		5.75, 7.25, 9.00
Salon-Säulen	braun oder schwarz	2.50, 3.50, 5.50
Waschkörbe	oval	1.65, 2.50
Waschkörbe	vierockig	4.25, 5.00, 5.75
Reisekörbe		5.75, 6.75, 8.25, 9.25, 11.25
Gerahmte Wandbilder	Grosse Auswahl moderne Leisten von 95 an	
Flurgarderoben	Höhe, mit Spiegel und Kasten	15.25

Sämtliche Eisenkurzwaren zum Umzug in sehr grosser Auswahl

Divanddecken	hübsche Muster	3.95, 6.75, 9.50
Chinesische Ziegenfelle	ca. 75/175, grau oder weiss	7.75, 10.75
Wachstuch-Barchend	für Küchentische, ca. 100 cm breit	Meter 1.20

Teppiche

Axminster	ca. 130/190	7.25	160/235	12.25	200/295	17.50
Tapestry	ca. 130/200	7.75	160/235	12.75	200/295	19.75
Velour	ca. 130/200	12.75	165/235	22.75	200/295	28.75
Pa. Velour	ca. 130/200	16.75	170/235	28.50	200/295	36.75
Imit. Perser	ca. 130/190	5.75	160/230	8.25	190/290	11.50
Axminster-Vorleger		1.75		2.25		
Tapestry-Vorleger		1.85		2.75		
Imitierte Perser-Vorleger	mit Franzen ca. 40/90			95 Pf.		
Velour-Vorleger		3.25		4.50		
Gobelins	für Bethimmel			6.75		

Linoleum ca. 67 cm breit Meter 85 Pf. Linoleum-Zimmer-Belag ca. 200 cm breit □ Meter 1.25

Herbstneuheiten Damenkonfektion und Blusen

Montag, Dienstag, Mittwoch

Blusenhemd	gestreift Baumwollflanell, mit Stickereikragen	1.95, 2.45
Karierte Bluse	Baumwoll-Velour mit farbigem Paspel, moderne Ausmusterung	2.95
Uebergangsbluse	Baumwoll-Velour in reicher Musterauswahl, Vorderteil i. Falten und Säumchen gearbeitet	2.75
Gestreifte od. karierte Bluse	aus Baumwoll-Velour in schönen Dessins, Falten im Vorderteil mit Sammetpaspel	3.85
Modern karierte Bluse	auf Futter, in neuesten Stoffen	4.85
Messaline-Bluse	in schönen Lichtfarben, Vorderteil und Aermel mit imitiert Klöppelspitze	8.75
Kleiderrock	grau oder marine mit Tressengarnierung	2.95
Kleiderrock	mit reichem Faltenvolant, marine, oder Stoffen englischen Karakters	4.85
Kleiderrock	Sportfason, 5 teilig, aus haltbaren, gemusterten Stoffen mit breiter Stepperei	5.35
Kleiderrock	aus neuesten karierten Stoffen, Falten-Volant mit breiter Sammetblende	6.95
Kleiderrock	aus schwarzem Lasting auf Futter, reich garniert	10.75
Kleiderrock	aus la schwarzem Lasting in verschiedenen modernen Ausführungen	12.75

Uebergangs-Paletots ca. 100 cm lang, aus neuesten Fantasiestoffen in vorzüglicher Ausarbeitung, modernste Fassons 8.75, 11.75, 13.75, 16.50

Kostüme	mit langem anliegend. Paletot aus modernen gestreiften und kariert. Stoffen	Serie I	19.50	Serie II	28.50	Serie III	34.50
		Paletot auf Futter		Paletot auf halbseidenem Futter		la Stoffe, Paletots auf halbseidenem Futter	

Verkaufsstelle für Abonnements-Marken der Grossen Berliner Strassenbahn

Internationaler Kongreß für Hygiene und Demographie.

Verbreitungswiese der Tuberkulose.

Wie auf allen medizinischen und hygienischen Kongressen bildete auch diesmal die Vererbung der Tuberkulose-Frage den Gegenstand eines besonders großen Anteils der Verhandlungen.

In der Sektion für Bakteriologie wurde über die Weise der Vererbung der Tuberkulose verhandelt. Im Gegensatz zu früheren Debatten über diesen Gegenstand ergab sich diesmal eine gewisse Uebereinstimmung der Mehrheit über einige wichtige Punkte. Die Mehrheit schloß sich der besonders von Ribbert-Bonn vertretenen Meinung an, daß die Haupteingangspforte der Atmungsapparat ist und daß der Verdauungsapparat (Fütterungstuberkulose) hauptsächlich bei kleinen Kindern, bei Erwachsenen nur ausnahmsweise die Infektionsstelle bildet. Auch birgt nicht der bößlich trockene, sondern der feuchte, frische Auswurf tuberkulöser Wohnungsgenossen die Gefahr der Ansteckung. Die Hauptmittel gegen die bestehende Tuberkulose sind daher frühzeitige Heilstättenbehandlung leicht Kranker und Isolierung schwer Kranker in Invalidenhäusern. Ein Hauptnutzen der Heilstätten liegt auch in der Möglichkeit, das erkrankte Publikum zur Hygiene zu erziehen. Wichtig ist auf die Dauer nur vorbeugende Maßnahmen: insbesondere Verbesserung der Wohnungsverhältnisse.

In der Sektion III bildete das

Fürsorgewesen für Säuglinge

den wichtigsten Beratungsgegenstand. Es handelt sich um die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Etwa ein Drittel aller Neugeborenen sterben im ersten Lebensjahre, ganz vorwiegend infolge von Darmleiden. Das vorliegende Problem ist daher identisch mit der richtigen Säuglingsernährung. Es hat sich erwiesen, daß die Sterblichkeit der künstlich genährten Säuglinge etwa fünfmal so groß ist wie der mit Muttermilch ernährten. Die wichtigste Aufgabe besteht folglich darin, die Selbstfüllung durch die Mütter möglichst zu verbreiten bzw. die Umstände zu beseitigen, durch die die Frauen hiervon abgehalten werden. Weil jedoch in vielen Fällen äußere und innere bei den Müttern liegende Gründe dies in ungenügendem Maße durchführbar machen, so ist es notwendig, für eine möglichst einwandfreie Beschaffenheit der zur künstlichen Ernährung gebrauchten Kuhmilch zu sorgen. Das wichtigste Ergebnis der Verhandlungen nun, die auch in der Sektion VIII für Demographie (Wendleringstatistik) geführt wurden, besteht darin, daß die Schwierigkeiten, die sich der Erfüllung beider Aufgaben entgegenstellen, in der Hauptsache soziale sind.

Die Gründe für die große Verbreitung der künstlichen Säuglingsernährung — Deutschland steht neben Oesterreich in dieser Hinsicht am ungünstigsten vor allen Ländern da — werden von einigen gesucht in der Unfähigkeit der Frauen zum Stillen infolge mangelhafter Entwicklung der Brust-

drüsen; besonders von Uunge in Basel ist der statistische Nachweis erbracht worden, daß die Töchter von Teuflern das Vermögen zu stillen verlieren. Andere beschuldigen als Hauptursache die Mode, die weiterverbreitete Anschauung der Frauen, daß es „vornehmer“ sei und der Erhaltung ihrer Schönheit diene, nicht zu stillen. Doch kann dieser Grund — abgesehen von Süddeutschland, dem Ausgangspunkt und Hauptverbreitungsgebiet der künstlichen Ernährung seit einem Jahrhundert — im wesentlichen nur für die reicheren Schichten des Vürgerturns zutreffen. Es wurde nämlich besonders von Laube-Leipzig und Reumann-Berlin gezeigt, daß die Säuglingssterblichkeit in denjenigen Schichten des Volkes am größten ist, die das kleinste Durchschnittseinkommen haben. Fabrikarbeit der Mütter, enge Wohnungsverhältnisse mit ihrer fast unvermeidlichen größeren Unreinlichkeit sind es, die sowohl die natürliche Ernährung hindern, wie die gebrauchte Kuhmilch infizieren, die aber auch sonst die Pflege und damit die Lebensfähigkeit der Säuglinge schwer gefährden. Daher kommt es auch, daß die unehelichen Kinder die weitest höchste Sterblichkeit aufweisen. Die unehelichen Kinder müssen unter behördliche Generalvormundschaft gestellt und ihre Pflege durch besoldete Aufsichtsdamen kontrolliert werden, wie dies bereits in Leipzig durchgeführt ist. Im übrigen ist vor allem Aufklärung der Bevölkerung über die Gefahren der künstlichen Säuglingsernährung nötig. Das Publikum muß wissen, daß nicht nur das Leben der Säuglinge selbst durch diese bedroht wird, sondern daß auch die körperliche und geistige Qualität, Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten und Leistungsfähigkeit der Ueberlebenden von der Pflege im ersten Lebensjahr so sehr abhängt wie von keinem anderen Umstand. Weil aber die neugeborenen Generationen die Zukunft des Staates darstellen, so sind Staat und Gemeinde im eigenen Interesse verpflichtet, weit größere materielle Mittel für die Säuglingsfürsorge bereit zu stellen. Die bestehenden Fürsorgestellen, meist durch private Wohltätigkeit geschaffen und erhalten, in denen die Mütter belehrt, den Stillenden Stillprämien in Gestalt von Gratismilch zur Verbesserung der Ernährung der Mütter gegeben werden und erkrankte Säuglinge gratis behandelt werden, sind nur der erste Schritt auf einem langen Wege. Sodann müssen die Gemeinden die Beschaffung tadelloser Kindermilch in ihre Regie übernehmen. Hiergegen hat man sich lange als gegen eine „kommunistische Maßregel“, die in die Selbstverantwortlichkeit der Familien eingreife, gestäubt. Aber immer einmütiger erklären die Sachverständigen in dieser Frage, daß die bisherige polizeiliche Milchkontrolle in hygienischer Beziehung so gut wie wertlos ist, weil sie wohl die Verdünnung usw., aber nicht die Verfehlung der Milch kontrolliert, daß vielmehr eine wirksame Kontrolle der Milch unbedingt an der Produktionsstätte einsetzen muß. Die Weise der Gewinnung der Kuhmilch besonders in den bäuerlichen Kleinbetrieben ist im höchsten Grade unhygienisch. Nur durch einen Milchblei-Großbetrieb unter strenger gemeindlicher Kontrolle oder in kommunaler Regie sowie durch hygienisch einwands-

freie Aufbewahrungsräume (Milkhallen) und Transporteinrichtungen läßt sich dem Uebel wirksam steuern.

Die um das Vielfache (bis 60fache) größere Säuglingssterblichkeit der proletarischen Schichten erklärt sich auch aus den ungünstigen Lebensumständen der Eltern, besonders der Mütter. Die Säuglingssterblichkeit ist nämlich am höchsten im ersten Lebensmonat, in welchem Lebensschwäche, Abzehrung, Krämpfe und Lungenleiden als Todesursachen die Darmkrankheiten überwiegen. Diese Zustände sind die Folge mangelhafter Gesundheitszustände der Mütter. Erforderlich ist daher eine Hebung der Lebenslage und Ernährung der Eltern, Arbeitsentlastung der Mütter, besonders weit größere Schonung vor und nach der Entbindung. Dies läßt sich nur erreichen durch eine Mutterschaftsversicherung, durch die den Müttern sechs Wochen vor und neun Monate nach der Entbindung Unterhalt für sich und das Kind geschaffen wird.

Zum Schluß ist zu bemerken, daß unter den heutzutage und noch für längere Zeit obwaltenden Verhältnissen nach allgemeiner Ansicht der Hygieniker vor dem Gebrauch roher, ungekochter Milch zur Ernährung kleiner Kinder dringend gewarnt werden muß.

Ueber

gewerbliche Bleivergiftung

wurde in der Sektion IV für Gewerbehygiene verhandelt. Telety-Bien gab eine Darstellung der in Oesterreich erhobenen Statistik dieser Berufskrankheit, der dort bestehenden Verhütungsvorschriften und machte Vorschläge zu ihrer Verbesserung. Die Bleivergiftung kommt bekanntlich vor bei Buchbinder, Schriftsetzern, Anrätigern, Malern, Metallarbeitern und Arbeitern in Blei- und Zinkfabriken und in Bleiweißfabriken. Telety betonte die Notwendigkeit, jeden dieser Industriezweige einzeln gemäß seiner besonderen Eigenart zu regeln. Für alle Bleibetriebe muß eine Anzeigepflicht eingeführt werden und die in ihnen beschäftigten Arbeiter regelmäßig ärztlich untersucht werden durch einen kommunalen Gesundheitsbeamten (Arzt), dessen Zustellung nicht nur von der Billig der Polizei abhängig sein soll, der auch nicht nur beratende Informationen geben, sondern eine selbständige Kontroll- und Vorschlagsbefugnis sowie das Recht vorläufigen eigenen Eingreifens haben soll, abhängig nur von einem besonderen kommunalen Gesundheitsamt. Es kommt auf die frühzeitige Erkennung der Bleivergiftung an. Wenn man ein Eingreifen von den Klagen der Arbeiter über bereits bestehende Krankheitserscheinungen abhängig macht, ist es zu spät, um schwerere langdauernde Folgezustände zu verhüten. Die nebenamtliche Tätigkeit eines praktischen Arztes ist für diese Zwecke ungenügend, weil es unmöglich ist, diesen von den Unternehmern hinreichend unabhängig zu machen. Daher ist es notwendig, die Untersuchung der Arbeiter und Ueberwachung der Betriebe ärztlichen Gewerbeinspektoren zu übertragen. Unentbehrlich aber ist die Belehrung der Arbeiter selbst durch Vorträge und Merkblätter. Hierin können die Krankenkassen in ihrem eigenen finanziellen Interesse und die Arbeiterorganisationen durch gewerbehygienische Forderungen in Lohnkämpfen und Tarifverträgen sehr wertvolle Hilfe leisten.



Der Haupt-Katalog Nr. 32

ein unentbehrlicher Ratgeber beim Einkauf von Herren- und Knaben-Kleidung ist erschienen und wird auf Wunsch kostenlos und portofrei zugesandt.

In diesem Katalog sind enthalten die neuesten deutschen und originelle echt englische Moden welche zum Teil von Modekünstlern entworfen sind und unsere wirklich preiswerten, tausende Angebote veranschaulichen.

Winter-Paletots, Ulster, Winter-Anzüge, Pelze.

Nur eigene Erzeugnisse.

Tadellose Paßformen. Neuzeltige Stoffe.

Feine Mass-Arbeit.

Baer Sohn

Spezialhaus grössten Massstabes.

Chausseestrasse 29-30 • 11 Brückenstrasse 11 Gr. Frankfurterstr. 20.

Neue Herbst-Konfektion.

- Farbige Herbst-Paletots aus glatten und englischen Stoffen, in geschweift und anliegend 8.00 bis 45.00
- Schwarze Winter-Paletots u. Jacketts in Eskimo, Astrachan und Plüsch 6.75 bis 80.00
- Theater-Mäntel und Umhänge in allen modernen Farben 10.00 bis 75.00
- Kimonos, letzte Neuheit, in Tuch- und Phantasie-Stoffen 15.75 bis 80.00
- Schwarze u. farbige Frauen-Capes u. Havelocks auch in sehr großen Weiten 5.75 bis 30.00
- Jacken-Kleider in Liftboy-Fasson in einfarbig Tuch- und karierten Stoffen 20.00 bis 60.00
- Paletot-Kostüme in Tailor made, neueste lange Fassons mit Tressenbesatz 30.00 bis 80.00
- Garnierte Tailen-Kleider in modernen Stoffen und Schnitten 18.50 bis 60.00
- Seidene Blusen, reizende Neuheiten in Messaline, Taffet-mousseline etc. 8.75 bis 36.00
- Weisse Tüll- und Spachtel-Blusen, farbig abgesetzt 7.50 bis 30.00
- Wollene Blusen, Homd- und taillierte Fassons, einfarbig, gestreift und kariert 2.85 bis 12.00
- Samt-Blusen in Velvet, Panne u. gemustertem Seidensamt 7.50 bis 20.00
- Kostüm-Röcke, fußfreie und lange Formen in englischen Stoffen, schwarzem Satintuch etc. 3.00 bis 30.00
- Kinder-Mäntel, Jacketts und Capes in einfarbig blauon, braunen und englischen Stoffen 2.00 bis 18.00
- Kinder-Kleider in Wolle und Samt, in Matrosen-, Hänger- und Tailen-Fassons 4.00 bis 20.00

Julius Haack

Manufakturwaren und Konfektion

BERLIN N., Brunnenstr. 198 am Rosenthaler Tor.

Sonntags geöffnet 8-10 und 12-2.

Reste = Confection

Damentuche schwarz und farbig, Costumes-Stoffe, neueste Muster, Astrachans, Krimmer, Trikotstoffe, Seiden-Plüsch, Sammet, Seide etc. Paletots, Jacketts, Abendmäntel, Costumes, Costumes-Röcke in grösster Auswahl.

C. Pelz, Kottbuserstr. 5.

Möbel

ganze Wohnungs-Einrichtungen, Zimmer- und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes Stück einzeln zu den billigsten Preisen in guter geliebter Arbeit empfiehlt 58212 Wilh. Sambrecht, Berlin SW., Simeonstr. 10, Verlangen Sie, bitte, Illustr. Preisliste an der ältesten Gasfabrik.

Geschäftseröffnung.

Hierdurch teile ich den werten Gekunden mit, daß ich in Rixdorf, Döberstr. 213, ein

Zigarrengeschäft eröffnet habe und bitte um freundlichen Zuspruch.

H. Hinze.

Die Waren aus der

Fr. Pfingst'schen Konkursmasse

stammend, und andere sehr grosse Gelegenheitsposten kommen täglich von 9-1 Uhr und von 3-8 Uhr zum Verkauf.

Die Preise sind bis um die
≡ Hälfte herabgesetzt. ≡

Kurzwaren ◦ Posamenten ◦ Handschuhe ◦ Strümpfe ◦ Herrenwäsche
Krawatten ◦ Herrenhüte ◦ Parfümerie ◦ Bijouterie ◦ Galanterie
Lederwaren ◦ Schreibwaren ◦ Bücher ◦ Trikotagen ◦ Wollwaren
Kleiderstoffe ◦ Seidenwaren ◦ Sammete ◦ Leinenwaren ◦ Tischwäsche
Baumwollwaren ◦ Kaffeedecken ◦ Abenddecken ◦ Taschentücher
Kinderwäsche ◦ Damenwäsche ◦ Korsetts ◦ Schürzen ◦ Blumen ◦ Federn
Putz ◦ Kinder-Mützen ◦ Schirme und Stöcke ◦ Tapiserie ◦ Teppiche
Gardinen ◦ Steppdecken ◦ Tischdecken ◦ Portieren ◦ Möbel- u. Läuferstoffe
Weisswaren ◦ Spitzen ◦ Damen-Konfektion ◦ Blusen ◦ Kostümröcke
Unterröcke ◦ Morgenröcke ◦ Garnierte Kleider ◦ Kinder-Konfektion
Schuhwaren ◦ Herren-Garderobe ◦ Pelzwaren ◦ Wirtschaftsartikel
◦ ◦ ◦ ◦ Lampen ◦ Spielwaren ◦ Nickelwaren ◦ Bronzeware ◦ ◦ ◦ ◦
Abteilung für Lebensmittel ◦ Konserven ◦ Weine ◦ Liköre
◦ ◦ ◦ ◦ Holzgalanterie ◦ Korbwaren ◦ Bettfedern ◦ Bettstellen ◦ ◦ ◦ ◦

————— Komplette Küchen-Einrichtung und einzelne Möbel —————

33 König-Strasse 33

Ecke Neue Friedrich-Strasse * direkt an der Zentral-Markthalle.

Brunnen-
Str. 17-18

H. Greifenhagen Nachf.

Veteranen-
Strasse 1-2

Diese Woche: **Aussergewöhnlich billige Preise** für alle **Umzugsartikel**

Teppiche • Möbelstoffe • Gardinen • Läuferstoffe • Stoppdecken • Tischdecken • fertige Betten • Holzgalanteriewaren • Glas • Porzellan • Emaille

Ferner **Extra-Preise** in **Damen-Putz**

Hüte

Capline in allen Farben, mit grosser Japonschleife u. Fantasiefeder **4.85**

Capline mit Seiden- und Sammetgarnitur und mit Nadeln, sehr modern gearbeitet **6.75**

Hüte

Glockenart. Matelot mit reicher Seidenverknötung u. Nadeln, in den neuen braunen und blauen Farben **7.50**

Mod. Glockenform mit reicher Taifegarnitur und Fantasiefeder, sehr kleidsam und chic . . . **8.75**

Hüte

Eleg. Glockenform mit reicher Seidengarnitur u. Sammetrosen; hochparter Hut **10.75**

Engl. garn. Damen- u. Mädchenhüte
Glockenform und Matelots
1.95 2.25 2.95 3.45 4.85

Zu diesen Extra-Preisen geben wir an allen Abteilungen für diese Tage noch ausserdem

Doppelte Rabattmarken

welche volle
10%
betragen

* Mit Ausnahme einiger weniger Artikel.

Möbel, auch auf Teilzahlung. **Riesenauswahl, sehr billige Preise.**

SCHATZ

A. Schatz sen. Brunnenstrasse 160, Gegründet 1865. Eingang Anklamerstrasse.

Cunard Linie

Gegründet 1840.



„Lusitania“, grösster u. schnellster Dampfer der Welt.

Schneldampfer	Tons	ab Liverpool	Anschl. a/Hamburg	nach
Lusitania	32 500	5. Oktober	2. Oktober	New York
Caronia	20 000	9. "	5. "	"
Umbria	8 127	12. "	9. "	"
Saxonia	14 058	15. "	12. "	Boston
Campania	12 950	19. "	16. "	New York
Carmania	20 000	22. "	19. "	"
Lucania	12 952	26. "	23. "	"
Ivernia	14 280	29. "	26. "	Boston
Lusitania	32 500	2. November	30. "	New York
Caronia	20 000	9. "	6. November	"

Uebertahrspreise ab Hamburg inkl. Aufenthaltskosten in Liverpool:
 1. Kajüte . . . M. 250.— } u. höher, je nach Dampf u. Lage der Plätze.
 2. Kajüte . . . M. 190.— }
 3. Klasse . . . M. 140.— }
 Die reduzierten Kajütspreise haben ab November Gültigkeit. Nähere Auskunft sowie Billettangabe bei d. Vertret. f. Deutschl. Ferdinandstr. 15 **B. KARLSBERG HAMBURG.**

CREDIT An ALLE

Spezial-Möbel-Geschäft

Besonders leistungsfähig für bürgerl. Einrichtungen von 250—4000 M.
Kulante Bedingungen.

Da keine Ladenmiete, billige, aber feste Preise!
Bar oder Teilzahlung.

Wilhelm Misch Berlin NO., Gr. Frankfurterstr. 45/46 I. und II. Stock.

Umzugs-Ausverkauf.

Zum Umzuge sind die Preise wie folgt herabgesetzt:

Teppiche von M. 4.50 bis 8.—, 13.50, 24.—, 36.—, 45.—, 60.— usw.

Gardinen von M. 2.10 bis 3.50, 5.—, 7.50, 9.—, 12.— usw.

Portieren besteht: 2 Schals und 1 Lambrequin Weiß-M. 5.50, Tuch M. 6.75, Plüsch M. 9.75 usw.

sowie Tisch-, Diwan- u. Stoppdecken, Läufer- u. Möbelstoffe etc. ebenfalls mit einer Preis-Herabsetzung bis zu **33 1/3 %**

Dieser Ausverkauf findet nur kurze Zeit statt.

Teppich-Adler

Königstr. 20-21, an der Jüdenstrasse.

12 Visites von 1,80 M. an
Kabinetts 4,80 M. . .
in guter Ausführung liefert

Oscar Goetze, Photograph.

1. Geschäft: Paul-Strasse 26, 2707a
2. " Dresdener Strasse 135,
3. " Friedrich-Strasse 91/92,
4. " Charlottenburg, Nehringsstr. 1.

Spezialität: Bromsilber-Vergrößerung bis Lebensgrösse.
Gratis erhält jeder Besteller eine Semi-Emaille-Broche oder Nadel, also ganz umsonst!
Geöffnet von morgens 8 Uhr bis abends 6 Uhr.
Sonn- und Festtage den ganzen Tag geöffnet.

Möbel

Komplette Wohnungs-Einrichtungen in allen Stil- und Holzarten.
Einzelne Möbel als Ergänzungsstücke.
Wochenrate 1.00.

S. Dorn, Alte Schönhauserstr. 3
Am Schönhauser Tor. 758*

Teilzahlung wöchentlich nur 1 Mk.!

Gramophone, Phonographen, Spielzeuge, echte Mensch.-Zithern, Konzert-Zithern, Orgeln, Mandolinen, Hand-Harmonikas, Gross-Auswahl in Zophonon-Platten, Edison-Wälzen usw. Zubehörteile und Reparaturen billigst.

Jahre's Musik-Spezialgeschäft
N., Dammstr. 2, an der Brunnenstrasse.
SO., Reiterstrasse 10, am Kolthuser Tor.

Mein Kind, Du kommst aus der Schule leicht schlapp, müde und abgemagert heim. Dein Appetit ist schlecht, Deine Nerven sind bleich.

Ich rate Dir gut, nimm Bio-Malz.

Es wird Dich wunderbar erfrischen und stärken. Feinen Appetit anregen und Dich wieder munter und gesund machen. Bio-Malz schmeckt gut; besteht aus hochkonzentriertem Weizenmalz und leicht verdaulichen organischen Nährsalzen, besonders den für Kinder, Blutmangel, Blutschwäche, Nerven- und Störungen bedingte (so ausserordentlich wichtigen) phosphorsauren Salzen. Geeignet für jedes Alter.

Bio-Malz ist zu haben in Apotheken und Drogerien. Preis: 1/2 Dose 1 M., 1 Dose 1.50 M. Illustrierte Broschüre versendet gratis.

Chem. Fabrik Gebr. Patemann, Friedenau-Berlin

Lieferung Berlin u. Vororte frei. Weltgehendende Garantie.

Central-Möbelhalle

Berlin, Kommandanten-Str. 51
Ecke Alexandrinerstr.

Gegründet 1871.

Gross-Betrieb
Anerkannt allerbilligste Preise.
Fachmännische Bedienung.

Vorstehende solide bürgerliche Einrichtung, bestehend aus Schlaf- und Wohnzimmer mit kompletter Küche, Farbe nach Wunsch, liefern wir schon bei einer **Anzahlung** von Mk. **45** bis Mk. **60** und monatlicher Abzahlung von Mk. 12 bis Mk. 15.

Gekaufte Möbel können beliebige Zeit lagern. Saubere, dauerhafte Arbeit.

Kaufhaus Max Mannheim

Berlin O.

Frankfurter Allee 109-110

G. m. b. H.

Diese Woche soweit Vorrat:

Auffallend billige Angebote

Damen-Konfektion

Barchent-Blusen

Neue Muster und Façons, hübsch garniert

85 Pf. 1⁴⁰ 2⁸⁵ 3⁴⁰

Woll-Blusen

Einfarbige, gestreifte und karierte Stoffe, mit Panne oder Taffet reich garniert

3⁸⁵ 5²⁵ 7²⁵ 9⁵⁰

Seiden-Blusen

Taffet und Messaline, auf Futter, elegante Façons, mit Spitzen und Passen garniert

4⁸⁵ 6⁸⁵ 8⁵⁰

Sammet-Blusen

Prima Sammet mit passendem Taffet

reich garniert, halbe Aermel 7⁵⁰

Herbst-Paletots

aus Covercoat und englisch gemusterten Stoffen, in vielen Formen

9⁷⁵ 13⁵⁰ 18⁰⁰

Kostüme

aus englisch gemusterten u. Tuchstoffen, Bolero- u. Jackenformen 17⁵⁰

Apart-Neuheiten und Tuchstoffe, Liftboy, Bolero u. langen Jackenfaçons 27⁰⁰

Kleider

Cheviot und Satintuch in modernen Farben u. Façons 29⁵⁰

Prima Satintuch, neueste Farben, reich mit Spitzen und Panne garniert 38⁵⁰

Kostüm - Röcke

aus schwarzem und blauem Cheviot und Satintuch und — englischen Stoffarten —

3⁵⁰ 5⁷⁵ 7⁵⁰

Kleiderstoffe

Ein Posten

Schwere Kostümstoffe	ca. 110 cm breit, früherer Wert bis 1.50	Meter	95 Pf.
Schwere Kostümstoffe	ca. 110 cm breit, engl. Geschmack, früh. Wert b. 1.95	Meter	1 ³⁵
Elegante Kostümstoffe	r. Wolle, ca. 110 cm br., mod. Blockkaros, früh. W. b. 2.25	Meter	1 ⁸⁵
Elegante Kostümstoffe	reine Wolle, neueste br. Fantasiedessins, ca. 110 cm breit, früherer Wert bis &—	Meter	2 ³⁵
Blusenstoffe	moderne Karos für Blusen und Kleider, früherer Wert bis 1.75	Meter	1 ¹⁵

Velvet und Sammet

Lindener Velvet	für Kleider in grossem Farbensortiment	Meter	1 ⁴⁰ 1 ⁸⁵
Lindener Velvet	geköpert, für Kleider in allen Farben	Meter	2 ⁴⁰ 3 ⁰⁰
Ribbed-Velvet	für Knaben-Anzüge, 70 cm breit . . .	Meter	1 ⁷⁵
Ribbed-Velvet	für Kostümkleider, moderne Farben . .	Meter	2 ²⁵ 3 ⁰⁰
Blusen-Sammet	in grosser Farbauswahl, gestreift, kariert und gemustert	Meter	1 ¹⁰ 1 ⁴⁵ 1 ⁹⁰

Damen-Handschuhe

Ein Posten

Damen-Glacé-Handschuhe	mit 2 Druckknöpfen	95 Pf.
Damen-Glacé-Handschuhe	Lammleder, 2 Druckknöpfe	1 ⁴⁵
Damen-Glacé-Handschuhe	in Lammleder, 2 Druckknöpfe	1 ⁹⁵
Damen-Schweden-Handschuhe	2 Druckknöpfe	1 ⁵⁰

Ein Posten

Damen-Waschleder-Handschuhe	2 Druckknöpfe	1 ⁴⁵
Damen-Wildleder-Handschuhe	2 Druckknöpfe	1 ⁹⁵
Damen-Glacé-Handschuhe	weiss, 8 Knopf lang, Mousquetaire-Form	2 ⁹⁵
Damen-Schweden-Handschuhe	10 bis 12 Knopflang, Mousquetaire-Form, ganz gesteppt, alle modernen Farben	3 ⁵⁰

Damen-Wäsche

Damenhemden	mit Spitze	1 ²⁵
Damenhemden	Achselverschluss mit Spitze . . .	1 ³⁵
Damenhemden	neue Form mit Stickerel	1 ⁷⁵
Beinkleider	Kaleform mit Stickerel-Volant	1 ²⁵
Beinkleider	Körperbarchent mit Stickerel	1 ⁸⁵
Nachtjacken	Barchent mit Spitze	1 ²⁵
Nachtjacken	Barchent mit Stickerel-Volant . . .	1 ⁸⁵
Barchent-Röcke	mit Patent-Languetten und rundem Gurt	1 ⁸⁵

Fert. Bettwäsche

Weisse Bettbezüge	aus kräftigem Hanstuch, Garnitur = 1 Deckbett und 2 Kissenbezüge	3 ⁷⁵ 4 ⁹⁵ 5 ⁵⁰
Weisse Bettbezüge	aus Louisianauch, Garnitur = 1 Deckbett und 2 Kissenbezüge	4 ⁵⁰ 5 ⁵⁰ 6 ⁵⁰
Bunte Bettbezüge	aus kar. Baumwolle, Garnitur = 1 Deckbett und 2 Kissenbezüge	3 ⁵⁰ 4 ⁹⁵ 5 ⁵⁰
Bettlaken	aus vorzügl. Halbleinen	1 ⁹⁰ 2 ²⁵ 2 ⁵⁰
Bettlaken	aus starkfädigem Dowlas	1 ⁹⁰ 2 ⁰⁰ 2 ²⁵

Schürzen

Tändelschürzen	weiss Batist mit Beaus	35 45 Pf.
Tändelschürzen	gestreift Batist mit Stickerel	45 65 Pf.
Tändelschürzen	schwarz Satin m farb. Stickerel	75 Pf.
Hausschürzen	Gingham m. Volant u. Tasche	75 90 Pf.
Hausschürzen	Gingham m. Achselbändern	85 Pf. 1 ¹⁵
Küchenschürzen	Blaudruck mit Tasche	90 Pf.
Reformschürzen	gestr. Gingham m. Kragen	1 ²⁵
Reform-Kleiderschürzen	gestreift Gingham	1 ¹⁰

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 28. September 1907.

Wärfengerichte — gemischte und reine Werke — Arbeitsmarkt — Maschinenindustrie — Getreidemarkt — Zuckerkonvention — Textilindustrie — Geldmarkt.

Fußbodenarbeiten mancherlei Art, die auch wohl einer gewissen Vereinfachung nicht entbehren, gaben der Börse in den letzten Wochen ein lebhafteres Gepräge. Bei den Gerichten stand Garnen im Mittelpunkt der Kombinationen, es sollte sich um Zusammenlegung von Betrieben handeln, doch wurden auch Zechen und Eisenwerke zusammengebracht. Außerordentlich zukunftsreiche Ausblicke eröffnete auf dem in Wien stattgefundenen Meeting der Iron and Steel Institute dessen Präsident, Sir Hugh Bell. Er gab dem Gedanken Ausdruck, daß der Bedarf der Welt an Eisen noch lange nicht gedeckt sei. Auch der Direktor eines russischen Werkes in Moskau hat der Öffentlichkeit bekanntgegeben, daß er den Himmel noch voller Weizen sieht. Das wird nicht viel belügen. Das russische Werk Lugars Guseinewfabrik schließt seine Pforten, um nicht vom Fleitegerie geholt zu werden. An der Berliner Börse erhielt die optimistische Stimmung neue Nahrung durch die Versicherungen des Herrn Kirdorf, der die Lage auf dem Kohlen- und Hüttenmarkt durchaus rosig schilderte. Daß für die Kohlen- und Hüttenwerke noch für längere Zeit gut weiter sein wird, ist übrigens von keiner Seite ernsthaft bestritten worden. Aber die schwere Industrie umfaßt doch nicht den ganzen Arbeitsmarkt. Die Jahre 1901/02 brachten z. B. der Kohlenindustrie reiche Ernte, obwohl in vielen anderen Branchen die Krise wütete. Und klingt es nicht wie Hohn, wenn unmittelbar nach dem Versöhnungsbulletin des Herrn Kirdorf viele reine Werke bekannt geben, daß sie in den letzten Tagen liegen und in Erwägung ziehen, ob es nicht besser sei, sich selbst das schmerzstillende Halsband anzulegen, d. h. die Werke außer Betrieb zu setzen, als sich durch die Preispolitik der im Stahlverbande vereinigten gemischten Werke strangulieren zu lassen. — Die Berichte über den Verkehr bei den Arbeitsnachweiser geben über das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage ein noch ganz günstiges Bild. Aber das erlaubt kein abschließendes Urteil, dafür sind die Arbeitsnachweise doch zu wenig der Brennpunkt des Arbeitsmarktes. — Viel weniger zuverlässig als die obigen Auslassungen lautet die Kundgebung aus der Generalversammlung der Werkzeugmaschinenfabrikanten. Man sprach sich dahin aus: Die Leistungsfähigkeit der deutschen Werkzeugmaschinenfabriken ist im Laufe der letzten Jahre eine große geworden, so daß trotz der immerhin starken Nachfragen seitens des Auslandes und Verdrängung

derselben, die Fabriken auch nicht unbedeutende Mengen in das Ausland liefern konnten. So erfreulich diese Erscheinung ist, so warnt sie vor Erweiterung der Anlagen, da die Nachfrage nach Maschinen stets sehr wechselnd ist und vielleicht schon nach einigen Monaten so gering sein kann, daß die Fabriken nur mit Selbstopfern ihren Betrieb aufrecht erhalten können.

Die Getreidepreise kulminieren jetzt um den Satz 222/226 M. für Weizen und 200/207 M. für Roggen. An der Berliner Börse notierten:

Table with 4 columns: Weizen, Roggen, Dezember, August, Sept. 20. Sept.

Die Preise sind also noch weiter beträchtlich gestiegen und vor dem Spätherbst soll an ein Nachlassen nicht zu denken sein. Die Auslassungen der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“, daß die derzeitigen Getreidepreise in den Ernteziffern keine Verdrängung fänden, erfahren in Zuschriften an die Preise lebhaftesten Widerspruch. Einmal die Tatsache, daß die deutsche Ernte für den Weltmarktpreis untergeordnete Bedeutung habe, daß die Ernteschätzungen auch nicht einwandfrei seien, daß weiter die Donauländer keine Ware abgeben, und zum anderen, daß die Ernte allein für den Preis nicht bestimmend sei, sondern viel mehr die dem Konsum zur Verfügung stehenden Mengen, sind die Momente, die gegen jene Auslassungen ins Feld geführt werden. Die Hoffnungen auf baldigen Preisnachlass seien trügerisch. — Der Referent an Zuckerrüben im Vorjahre folgte eine quantitativ fast gleich günstige Ernte im letzten Jahre. Ähnlich in Oesterreich. In den ersten 11 Monaten der Delade 1906/07 wurden geerntet in Deutschland: 2 878 000 Tonnen, in Oesterreich-Ungarn 1 487 000 Tonnen.

In der Vergleichszeit 1906/07 belief sich die Ernte in Deutschland auf 2 213 000 Tonnen, in Oesterreich-Ungarn auf 1 326 000 Tonnen. Da aber auch der Verbrauch erheblich gestiegen ist, sind die sichtbaren Weltvorräte etwas zusammengeschrumpft. Da weiter die diesjährige Ernte teilweise qualitativ hinter der vorjährigen zurückbleibt, stand der Zuckermarkt in den letzten Monaten stark im Zeichen der Panik. Wie stark die Preise angezogen haben, zeigt diese Zusammenstellung: Es kostete 1 Doppelzentner Markt:

Table with 3 columns: Rohzucker Magdeburg, Juli, August, September.

Einige Unruhe bereitet den Zuckerfabrikanten das Zusatzabkommen zur Zuckerkonvention. Die „permanente Kommission“ in Brüssel hat Zusatzbestimmungen zu der internationalen Zuckerkonvention ausgegearbeitet, die am 28. August von den Vertretern der abschließenden Staaten gezeichnet worden sind. Nach den getroffenen Vereinbarungen wird die Konvention, deren Gültigkeit aber noch die Zu-

stimmung der respektiven gegenseitigen Körperschaften bedingt, ab März 1908 auf fünf Jahre verlängert. Doch soll jeder Staat das Recht haben, schon am 1. September 1908 von der Konvention zurückzutreten, nur wird die Pflicht auferlegt, im Jahre vorher die Abmachungen zu kündigen. Eine erhebliche Minderung bringt der Artikel 2 der Zusatzakte. Danach wird Großbritannien ab 1. September 1908 von der Verpflichtung des Artikels 4 der Konvention befreit. Dieses Zugeständnis an England bedeutet auch einen großen Vorteil für Russland, das dort nun einen günstigen Markt finden wird. Die Zustimmung zu dem Zusatzabkommen im deutschen Reichstag ist wohl sicher, doch werden bei den Verhandlungen die Interessengegenstände zwischen Rübenbauern und Zuckerindustriellen aufeinanderprallen. Die Zuckerindustriellen verlangen eine Herabsetzung der Zuckersteuer von 14 auf höchstens 10 M. Der „Verein der deutschen Zuckerindustrie“ hat seine Forderung in folgender Resolution niedergelegt: „Der Ausschuh hält die Ratifikation des Zusatzabkommens für ausgeschlossen, wenn nicht Russland der Brüsseler Konvention unter annehmbaren Bedingungen beitrete und wenn nicht spätestens gleichzeitig für Deutschland ein Gesetz verabschiedet wird, welches die Zuckersteuer auf höchstens 10 M. pro Doppelzentner herabsetzt.“

Der in der Resolution geforderte Anschluß Russlands ist eine Klippe, die dem Konventionsgeschäft eventuell noch gefährlich werden könnte. Russland wollte außerdem auf einen Zollsatz von 3 Rubel per 100 Kilogramm herabgehen, wogegen die übrigen Staaten verpflichtet wären, russischen Zucker zu ihren niedrigsten Zollsätzen zuzulassen und keinesfalls einen höheren Einfuhrzoll als 6 Fr. zu erheben. Damit würden die westeuropäischen Konventionsstaaten der Gefahr ausgesetzt, durch Eindringen russischen Zuckers auch noch einen Teil ihres Landabsatzes zu verlieren. Unter solchen Umständen dürfte es schon besser sein, auf den Anschluß Russlands zu verzichten. Die Konvention aufzulösen zu lassen, kann auch kaum im Interesse der Zuckerindustrie liegen. — In der Textilindustrie ist die Beschäftigung im allgemeinen noch sehr flott, nur wird über zu hohe Preise der Rohstoffe und Halbzeuge geklagt. Da nun die Preise für Baumwolle weiche Tendenzen haben, erhofft man Anzeichen des Konsums von Garnen und Geweben. Dabei wird aber nicht verhehlt, daß ein noch weiteres Herabgehen der Baumwollpreise fördern wirken könne. — Die Erleichterung auf dem Geldmarkt scheint nicht von nur vorübergehender Wirkung zu sein. Das Interesse für feinerzindliche Werte hält an, obwohl um die jetzige Zeit die Ansprüche an den Geldmarkt regelmäßig besonders groß sind. Eine weitere Erleichterung könnte auf dem Baumarkt belebend wirken, was auch für andere Industrien von Vorteil sein würde.

Teilzahlung

monatlich 10 M. Heitere Herren-Garrobe nach Maß (billige Preise). J. Tomporowski, Lindenstr. 110, 2. Etage. Nähe Bellevue-Anlage. Stoffe 10% billiger. Gegründet 1864.

Pelzwaren-Fabrik



S. Schlesinger, Neue Königstr. 21, (Ordonnanzhaus.) Kein Laden.

II. Etage Einzelverkauf wie alljährlich nach beendeter Engros-Saison. Pelz-Stolas, Muffen etc.

zu fabelhaft billigen Preisen. Reparaturen billigst.

Diese Woche

täglich, Sonntag, verkaufen wir als Gelegenheitskauf für Herren jeden Standes zu Preisen wie solche enorm

billig

aus feinsten Massentstoffen teils auf Seide gefertigt, hochverehue, Herren-Ulster, mod. Rock, Jacketts

Anzüge Paletots

deren sonstiger Masspreis 40-70 M. ist, jetzt 15-30 M. Gehrocken jetzt 5-15 M. Herren-Rosen jetzt 7-12 M. Deutsches Versandhaus, Jägerstr. 63, 1 Trepp.

Advertisement for 'Bedenken Sie das Eine!' (Consider this one!) featuring a large graphic of a coffee cup and text about the quality of Malzkaffee (malted coffee) from Kathrein's factory.

Advertisement for 'Möbelfabrik Julius Apelt, Tischler-Meister' located at Adalbertstraße No. 6, offering complete furniture and interior arrangements.

Advertisement for 'In Samt und Seide gehen' (Go in silk and velvet) by Selden-Engros-Haus Hermann Herzog, featuring silk blouses, jupons, and wedding dresses.

Advertisement for 'Interessenten der Versicherungs-Reform' (Interested parties in insurance reform) with contact information for Dr. Ed. Schnapper in Frankfurt.

Advertisement for 'Spezial-Möbel-Halle Harry Goldschmidt' at 59 Moritzplatz 59, offering furniture and interior services.

Advertisement for 'Oderbrucher Bettfeder' (Oderbrucher feather bed) by Otto Krohn, highlighting the quality and history of the product.

Large advertisement for 'Fabrik Rudolf Bartsch Oranienstr. 73' featuring various furniture pieces like salons, bedrooms, and living rooms, with prices and contact information.

1882 - 1907

25

Jubiläums-Geschenk - Woche.

Räumungspreis

Wundervoll gestickte abgepaßte Portieren

(Uebergardinen für Fenster und Türen.)

Die ganze Dekoration (bestehend aus 2 Flügeln und 1 Querbehang)

in Wollserge 4²⁵ (Wert schwer 6,50)

in Viktoriatuch 5³⁵ (Wert 10,50)

mit Seidenplüsch-Applikation in Leinenplüsch 7²⁵ (Wert 12,00)

in hell seidenart. Empire 11²⁵ (Wert 15,00)

ca. 1000 Stück reichgestickte Plüsch-Lambrequins

Stück 2⁸⁵ (Wert 5 Mark)

Gardinen, Stores, Zugvorhänge, Tüllbettdecken unter Preis!

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin Süd. Seit 1882

nur Oranienstraße 158.

Unterhalte nirgends Filialen!!

Nach auswärts per Nachnahme.

Pracht-Katalog

mit etwa 600 Abbildungen in künstlerischer Ausstattung auf Wunsch gratis u. franko.

Anlässlich des 25 jährigen Geschäfts-Jubiläums meiner Firma bleiben meine Verkaufsräume heute ausnahmsweise geschlossen.

Stolas, Kolliers, Krawatten, Muffen,

schick garnierte Damenhüte, Barettis Herren-Mützen und Pelzkragen, Knaben- und Mädchen-Garnituren, Fußsäcke, Jagdtaschen, Wagondecken, Pelztopps und Bettvorleger.

Nur eig. Fabrikat. Große Auswahl. Beste Material. Kein Zwischenhändler, daher Fabrikpreise.

58tliche gangb. Pelzarten am Lager.

F. Kalman, Kürschnermeister.

Jetzt nur: Kommandantenstraße 15 I.

(gegenüber Bouthstraße).

Verkauf auch Sonntags. Wochentags bis 9 Uhr abends. Tel. I. 3017.

Paul Töhs, Edelweisselher.



Juwelen, Goldwaren, Uhren, sehr preiswert bei Julius Kurth,

14 Neue Welt-Strasse Nr. 14.

Neue Muster und neue Formen

auf allen Gebieten der

WÄSCHE-AUSSTATTUNG

Leibwäsche, Tischwäsche, Bettwäsche, Hauswäsche

sowie

Blusen, Morgenröcke, Schürzen, Unterröcke, Gardinen usw.

Mit Ausgabe der soeben erschienenen Hauptliste des 46. Jahrganges sind diese Artikel in reichster Auswahl in allen Abteilungen vorhanden.

Aeltere Muster und Restbestände zu ermässigten Preisen.

BERLIN W., Leipziger Str. 20/21.

F. V. Grünfeld

Landeshuter Leinen- und Gebild-Weberol.

Bitte die neu erschienene Preisliste No. zu verlangen.

Damen-Konfektion direkt aus der Fabrik.

Kein Laden!

Nach beendeter Engros-Saison

auch Einzelverkauf

enorm billig

Uebergangs-Paletots.

Capes

Abendmäntel

Kostüme

Kostüm-Röcke

Mädchen-Paletots

Pelz-Stolas



Robert Baumgarten

Hausvogel-Platz 11, I. Etage (an der Jerusalemstraße).

Bei Verzierung dieses Inserates an der Kasse werden 5 Proz. Rabatt vergütet.

Auch Sonntags geöffnet!

Zahn-Klinik. Preise

Olga Jacobson, Invalidenstraße 145.

Nicolaus Pindo

Möbel-Ausstellung.

Komplette Einrichtung von Mark 250 bis Mark 1500.

Bequemste Teilzahlung.

Eine kleine Einrichtung von 160-220 Mk.

Anzahlung 20-25 Mk., Abzahlung 2 Mk. Woche.

Ein Wohn-, Schlafzimmer u. Küche von 260-340 Mk.

Anzahlung 30-40 Mk.

Eine bessere kompl. Einrichtung von 350-550 Mk.

Anzahlung 40-60 Mk.

Möbel jeder Art in enormer Auswahl.

Lieferung frei Haus.

Illustrierter Katalog gratis und franko.

Hackescher Markt 1.

25

1882-1907

25

Nie wiederkehrende Gelegenheit! Hermann Piehl, Amt III, 5034, Berlin N, Schwedterstr. 10

Möbel sowie ganze Wohnungseinrichtungen von 200-10000 Mark stets a. Lager

Anlässlich des 25 jährigen Bestehens meines Geschäfts gebe ich beim Kauf einer Einrichtung von 750 M. an 2 komplette Fensterdekorationen gratis.

5% Rabatt bei jedem Einkauf. Kulante Zahlungsbeding.

„Hoffnung“

Berliner Schneideri-Genossenschaft

E. G. m. b. H.

Zwischen Rosenthaler Brunnenstr. 185 Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr.

Gegr. i. Februar 1906 v. organisiert. Schneidergehülften Berlins.

Empfehl. sich allen Arbeitern, Parteigenossen und Mitbürgern zur Anfertigung eleganter

Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge in allen Größen und Preislagen.

Reichhaltiges Lager in fertigen Sommer-Paletots, Ulster, Fantasie-Westen

sowie Arbeiter-Berufskleidung.

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen Betriebswerkstätten unter den von unserer Organisation festgelegten Bedingungen.

Lieferanten der Konsum-Genossenschaft Berlins u. Umgegend, des Berliner Konsum-Vereins sowie des Charlottenburger Konsum-Vereins.

Möbel

Möbel (Bettstellen, Polsterwaren, Kleiderspinde, Vertikos, Pfeilerspinde, Küchenspinde, Kommoden, Tische, Stühle, Spiegel usw.)

Möbel (Komplette Einrichtungen, komplette Küchen, Garnituren, Büfets und Luxusmöbel)

kulanten Zahlungsbedingungen. Besichtigung der Lager ohne Kaufzwang gestattet.

Felix Jacob

vormals Rob. Blumenreich Gr. Frankfurterstr. 126 Ecke und Eingang Kopenstraße.

Betten Wäsche

50%

billiger als im Laden kaufen Sie verfallene Pfänder in der Pfandleihe

Beussel-Strasse 23.

1 Treppe.

Uhren Kettchen

Berlin, Alte Jakobstr. 124.

Elektro-Technikum

gegr. 1874. Eig. Fabrik. Elektro-Maschinen, Bau, Ingenieur-, Techniker-, Werkmeister-, Monteur-, Chauffeur-Ausbildung.

Neuer Abendkursus.

Prospekt kostenfrei.

Verlobte!

Komplette Küchen-Einrichtungen:

100 Teile Mk. 35.-

200 75.-

300 150.-

Alle Teile auch einzeln billigst!

L. Katz & Co.

Spandauerstr. 45.

Filialen: Ecke Kaiser- u. Schillingstraße und Brandenburg a. H.

Th. Fork, Kretzschmar & Co.

Vereinigte Tischler- und Tapezierer-Meister.

BERLIN, An der Jannowitz-Brücke 3-4.

Deutschlands größtes Möbelkaufhaus für Wohnungs-Einrichtungen in allen Preislagen.

Verlangen Sie unser großes Musterbuch D. mit über 1000 Abbildungen frei und umsonst.

Moderne Wohnzimmer-Einrichtung.

No. 7.	1 Diwan	95,- M.
"	8. 1 Kleiderschrank	85,- "
"	9. Sofatisch	27,- "
"	10. 4 Stühle à 7 M.	28,- "
"	11. 1 Vertiko	90,- "
"	12. 1 Spiegel	36,- "
"	13. 1 Spiegelspind	36,- "
		397,- M.



No. 7. Diwan mit Satteltaschen in schönen modernen Mustern, mit gutem Wollplüsch eingefüllt, Sitz zum Herausziehen, ohne Rollen, 95,- M. 115 cm hoch, 163 cm lang, 81 cm tief.

Th. Fork, Kretzschmar & Co.
BERLIN, Jannowitzbrücke.



No. 8. Kleiderschrank, echt Nußbaum mit Hutboden und Messingstange u. reich mod. Schnitzerei, 85,- M. 120 cm breit, 230 cm hoch, 60 cm tief.



No. 9. Sofatisch, halbecht Nußbaum 27,- Mark, Blattmaß 115 x 77 cm, 77 cm hoch.



No. 10. Stuhl, halbecht Nußbaum, 7,- M.



No. 11. Vertiko, echt Nußb. mit Facettspiegel u. reich mod. Schnitzerei, 90,- M. 98 cm br., 206 cm h., 47 cm t.



No. 12. Spiegel, echt Nußbaum, Glasmaß 115 x 47 cm, 36,- M. 161 cm hoch, 73 cm breit.
No. 13. Spiegelspind, echt Nußbaum, reich geschnitten, 36,- M. 80 cm h., 86 cm br., 46 cm tief.

Für Zimmeröfen und Kochherde.
Paar M. 1.25.
Gas gesch.

Ertel-Platte
40% Heizersparnis
M. 1.25 überall vorrätig

Wo nicht vertret. gegen Einsend. M. 1.25 fr. d. Ertels Patent-sparheiz-Platten-Verwertung. G. m. b. H., Berlin W. 10.

Steckenpferd-Lilienmilch-Seife

erzeugt rosiges, jugendliches Aussehen, weiße samtweiche Haut, blendend schönen Teint und beseitigt Sommersprossen sowie alle Hautunreinigkeiten.
à Stück 50 Pf. in den Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Phänomen-

Nach
Egyptischer Art
hergestellt.



Zigaretten
feinste
Handarbeit.

Zigarettenfabrik „NAMKORI“

!! Wo !! !! Wer !!

kaufe ich preiswert für mich Stoff u. fertigt mir einen Herrenanzug, wenn Herrenanzug? Bei Ludwig Engel, ich Stoff habe? Ludwig Engel, Prinzlauserstr. 23, II, Alexander-Platz, Prinzlauserstr. 23, II, Alexander-Platz, Begründet 1892. Großes Stofflager für 20 M., feinste Qualitäten, 3 Kisten Muster Hocherster Fabrikate, proben, für guten Sitz bekam goldene reißwässere Stoffe, Meise von Weidau. Ein Versuch führt zu 5 M. an per Meter. Spottpreis! dauernder Kundenschaft.

!! Ohne Konkurrenz !!

S. Kaliski,
Kleiststrasse 21, am Wittenbergplatz.
Bellicallanest. 107 Hallesches Tor.
Chausseestrasse 80, an der Boyenstrasse.
Frankfurterstr. 115, an der Andreasstrasse.
Oranienstrasse 31, an der Adalberstrasse.
Beusselstrasse 18, an der Turnstrasse.
Invalidenstr. 160, an der Brunnenstrasse.
Brunnenstrasse 92, an der Rügenstrasse.

Singer A 75,00, B. versenkbar, 105,00
Hobbin, Adler etc.

Brennabor-Jockey etc., Spezialrad, von 55,00 an.

für Kinder 7-60,00, für Erwachsene 8-100,00.

Sportwagen 3,50, 6,25-60,00.

Auf Wunsch große Ratenzahlungen bei festen Kassa-Preisen für Näh-Maschinen mon. v. 4,00 an.

Lieferant des Post-Spar- u. Vorschau-Vereins, Bezirks v. Norden etc.

Möbel

zu staunend billigen Preisen

auch auf 91L.*

Teilzahlung.

Riesenauswahl.

M. Landau

Oranienstraße 193.

Möbel

Bürgerliche Wohnnngs-Einrichtungen.
Einzelne Möbel.

Entgegenkommende Zahlungsweise.

„ALLE TAGE ANDERS“

direkt am Nettelbeck-Platz 5837L.*

Pank-, Gericht- und Reinickendorfer-Straßen-Ecke.

Anzüge u. Paletots nach Maß unter Garantie für tadellosten Sitz aus prima Stoffresten von 30 Mk. an.

Löther's Herrenmoden.
Prinzenstr. 28 L. Tel. Amt IV, 4505.

Möbel gegen bar und auf Teilzahlung liefert in bester Ausführung

H. Lichtenthal,

Oranienstraße 14 a, am Heinrichsplatz, Gneisenastraße 17, Ecke Solmsstraße.

Das 28jährige Bestehen meiner Firma bürgt für reelle preiswerte Waren.

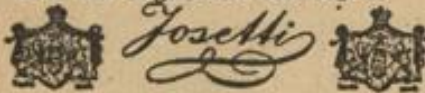
Bei Arbeitslosigkeit weitgehendstes Entgegenkommen



Drei Dinge sind nötig zur Herstellung bester Cigaretten:

1. Umfassendes Verständnis der Fabrikation.
2. Allerbeste Rohmaterialien.
3. Technisch vollkommenste Fabrikeinrichtung.

Dafür zu sorgen ist unsere Sache. Eines nur ist nötig zum Einkauf bester Cigaretten: darauf zu achten, dass die Cigaretten die Marke



tragen. Dafür zu sorgen ist Ihre Sache. Diese vier Faktoren gewährleisten Ihnen den Einkauf denkbar bester Cigaretten.

Die Marke Josetti ist die Garantie.

Dass wir die besten Cigaretten fabrizieren, können Sie selbst feststellen bei einem Versuch mit irgend einer Sorte deren Vorzüglichkeit durch die Marke Josetti garantiert ist. Josetti Juno 10 St. 20 Pf. Josetti Vera 10 St. 30 Pf.



Möbel

Ich biete solidem Leuten Gelegenheit, sich reelle Möbel

auch auf Teilzahlung

bei geringer Anzahlung anschaffen.
Zinsvergütung 4 Prozent. — Grosse Auswahl. — Strengste Diskretion.

Siegmond Misch, Dresdener Str. 16, I.
(vis-à-vis Tamaschka)

Achten Sie, bitte, auf Hausnummer 16.

Wer — Stoff — hat

fertige Anzüge nach Maß 20 M.
Ladelloser Eig., haltbare Futterladen.
Bei Stofflieferung billigste Preise.
Franke, Elberstraße 143, 5887L.*
Edele Zwei- und Dreifachstoffe.

Arbeiter finden für jeden Beruf 55962*

richtig gearbeitete Bekleidung in großer Auswahl
Brunnenstr. 158, nur Gelber Laden.

OKTIS

Eine Dame erzählt es der anderen, dass Oktis Corset-Schutzstangen ein guter Artikel ist—Überall wo Oktis getragen werden, geht das Wort Oktis von Mund zu Mund.—Oktis haben das Corset-Tragen in jeder Weise angenehm gemacht.—Sie geben eine gerade Figur und eine graziose Taille.

Sie verdoppeln die Haltbarkeit des Corsets.
Sie sind aus rostfreien Zairoid-Einlagen hergestellt & können folgedessen die Wäsche nicht beschmutzen.—Die Bequemlichkeit und Sicherheit, welche sie geben, sind mehr wert als der geringe Preis den die Damen dafür anlegen. Damit Sie vor minderwertigen Nachahmungen geschützt sind, verlangen Sie stets „Oktis.“

01280 Bitte gut zu beachten.

Heberoll für 20. 1.— pro Paar tauffähig. Heberoll für 20. 2.— pro Paar tauffähig.

Generalvertreter für Deutschland und die Schweiz Levinger & Feibel, Frankfurt a. M.

Möbel!

schützt Sie vor jeder Uebervorteilung, indem jedes Stück bei mir ausgezeichnet ist und der Käufer sich selbst davon überzeugen kann, was der betr. Gegenstand kostet. Ferner habe ich die



Neueinrichtung

getroffen, daß ich meinen Kunden, die ihre vereinbarten Teilzahlungen selbst und regelmäßig in mein Kontor bringen, vor Abschluß ihrer Schuld 10 %, vergüte, und hat daher niemand mehr nötig, gegen Bar zu kaufen, da er auf

Teilzahlung eben so billig wie gegen Bar kauft.

Zum Umzuge habe ich Einrichtungen wie folgt zusammengestellt:

- 1 Zimmer, Anzahlung 10 M., Abzahlung 1 M. pro Woche
- 2 Zimmer, Anzahlung 20 M., Abzahlung 2 M. pro Woche
- 2 Zimmer, Anzahlung 30 M., Abzahlung 3 M. pro Woche
- 3 Zimmer, Anzahlung 40 M., Abzahlung 4 M. pro Woche

Größere Einrichtungen sowie einzelne Ergänzungsstücke je nach Vereinbarung, letztere schon mit einer Teilzahlung von

1 Mark wöchentlich an

Wer bei mir einen Kaufversuch gemacht hat, der empfiehlt mich weiter.

S. Gottlieb
Rosenthaler Straße 54 I
Ecke Gormannstraße.

Leske & Lehrer

78 Kottbuserdamm 78

Spezialhaus guter Herren- u. Knabenbekleidungen

fertig und nach Maß.

Spezial-Abteilung: Bekleidung für jeden Beruf.

W Unsere Grundsätze:
ir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.
ir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
ir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.
ir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.
ir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.
ir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Originalinsert!
Nachdruck
verboten.

Knaben-Paletots * Knaben-Anzüge.
Winter-Paletots * Winter-Anzüge.
Jünglings-Paletots * Jünglings-Anzüge.

Hervorragende Auswahl in Stoffneuheiten des In- und Auslandes zur Anfertigung feiner Herren-Moden nach Maß unter Leitung erster Meister.

Sämtliche Sachen werden in eigenen, bedeutend vergrößerten, der Neuzeit entsprechend eingerichteten Betriebswerkstätten unter Leitung erster Meister angefertigt.

Wir ersuchen höfl., uns Herbstbestellungen rechtzeitig zu machen, damit wir in der Lage sind, die bei uns bestellten Sachen recht sorgfältig verarbeiten zu lassen.

Unsere Maß-Abteilung ist einzig dastehend!

Der immerwährende Prachtkalender ist erschienen, auf Wunsch erfolgt Zusendung kostenlos.

Zur Kommunalwahlbewegung.

„Gegen den Freisinn.“

Die „Freisinnige Zeitung“ jammert, in der Agitation zu den Stadterordnetenwahlen suche die Sozialdemokratie den Freisinn durch Hinweise auf die „Blodpolitik“ zu diskreditieren...

„Gegen den Freisinn“, das ist gut gesagt! Die „Freisinnige Zeitung“ weih natürlich sehr wohl, daß die Bürgerpartei bei den Stadterordnetenwahlen dritter Abteilung keine Aussicht mehr hat...

Wäre das Stärkeverhältnis zwischen Kommunaliberalismus und Bürgerpartei in Berlin so, daß dem Kommunaliberalismus mal die Aufgabe zufiele, der Bürgerpartei den Steigbügel zu halten...

Wir brauchen übrigens gar nicht so weit zurückgreifen und uns auch nicht auf die Stichwahlkämpfe als Beispiel zu beschränken. Im Herbst vorigen Jahres mußte in einem Bezirk der Tempelhofer Vorstadt, der bisher von einem Sozialdemokraten vertreten gewesen war, eine Ersatzwahl vorgenommen werden...

Genügt hat jene echt freisinnig-reichslistenverbändlerische Kommunalwahl-Blodpolitik allerdings nichts: der Bezirk verblieb im Besitz der Sozialdemokratie. Wir zweifeln aber nicht daran, daß die diesjährigen Wahlen und eine Wiederholung dieses Schauspielers bringen werden...

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Der Kassierer des zweiten Kreises, Gustav Schmidt, wohnt vom 29. September ab nicht mehr Bülowstraße 52, sondern Kirchbachstraße 14, vorn hochpartierre.

Die Expedition „Vorwärts“, Bezirk Westen, Gustav Schmidt, wird am 29. September von der Bülowstraße 52 nach der Kirchbachstraße 14, vorn hochpartierre, verlegt.

Wilmersdorf. Am Dienstag, den 1. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Luisenpark“ die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht vom Parteitag in Essen. 2. Bericht über die Reise nach Schwabach. 3. Diskussion. 4. Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. 5. Vereinsangelegenheiten.

Parteilosen! Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es allen zur Pflicht, vollständig zu erscheinen. Diese Versammlung darf keinen solchen schlichten Verlauf aufweisen, wie es in den letzten Monaten der Fall war. Wähle, auch Frauen haben Zutritt. Der Vorstand.

Treptow-Baumfahulenweg. Morgen, Montag abends 8 1/2 Uhr finden zehn öffentliche Versammlungen statt. Die Tagesordnung in familiären Versammlungen lautet: 1. Die Polizeimilitär in Preußen-Deutschland. 2. Der Parteitag in Essen. Für Baumfahulenweg finden die Versammlungen statt in den Lokalen von Schäfers, Christ, Krause, Köding, Köstlich und Staffeldt; für Treptow in den Lokalen von Bernice (Kornbahn), Schmidt, Köhler und Schröder.

Die Genossen von Baumfahulenweg werden ersucht, sich heute vormittag in den Bezirkslokalen einzufinden. Der Vorstand.

Groß-Lichterfelde. Die Genossen werden auf die morgen abends 6 1/2 Uhr im Kaiserhof stattfindende Mitgliederversammlung des Wahlvereins aufmerksam gemacht. Tagesordnung: Bericht vom Ehener Parteitag. Referent Genosse Stiejenhoffer und Bericht der Lokalkommission. Ausgabe der Broschüre „Von Genf bis Stuttgart“. Vollständiges Erscheinen unbedingt notwendig. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Städtische und Kantliche Schulbehörden. Die Stadtverordneten Dr. Preuß und Genossen haben der Stadterordneten-Versammlung folgenden Antrag unterbreitet: Die Stadterordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat um Auskunft zu ersuchen über den gegenwärtigen Stand der zwischen der städtischen Schulverwaltung und den Aufsichtsbehörden schwebenden Fragen...

Die Kindertragödie in der Kochhanstraße scheint eine Wendung nehmen zu wollen, wir kaum jemand sie erwartet haben wird. Die achtjährige Grete Kuhl, die am Dienstag im Hause Kochhanstraße 31 aus der im dritten Stock gelegenen Wohnung ihrer Eltern, der Aufseher Trebeschen Eheleute, durch das Fenster auf den Hof hinabgesprungen und dabei auf einen Sandhaufen gefallen war, ist bereits am Freitag wieder aus dem Krankenhaus entlassen worden.

Der glückliche Ausgang darf natürlich das Urteil über diesen Selbstmordversuch eines Kindes nicht beeinflussen. Den Eltern war von dem Kinde und auch von anderen Hausbewohnern nachgesagt worden, daß sie durch fortgesetzte Mißhandlungen die Verzweiflungsthat veranlaßt hätten. Personen, die sich als unbeteiligt bezeichnen, haben inzwischen versucht, uns zu überzeugen, daß von Mißhandlungen keine Rede sein könne. Was Grete hierüber gesagt habe, sei Lüge; es sei aber leider oft nötig gewesen, sie nachdrücklich zu züchtigen. Grete selber versichert jetzt, sie habe „nur dann weilen gekriegt“, wenn sie „es verdiente“. Es ist aber klar, daß sie in dem Satz „wenn ich es verdiente“ wieder gibt, was sie von Erwachsenen gehört hat. Von anderen Personen werden die Beschuldigungen gegen die Mutter, die das außer ehelich geborene Kind mit in die Ehe gebracht hat, in bestimmtester Form aufrecht erhalten. Verzweiflung erregt es, daß man nicht das Kind nach dieser traurigen Affäre einstweilen den Eltern abgenommen hat. Zweifellos wird ja ein Verfahren eingeleitet werden, bei dem hoffentlich der Sachverhalt einwandfrei festgestellt wird. Die zuständige Behörde scheint kein Bedenken getragen zu haben, das Kind zunächst wieder in die Wohnung der Eltern zurückzuführen zu lassen. Eine Frage möchten wir übrigens an die Organe der Waisen- bezw. Armenpflege unserer Stadt richten. Frau Trebe hat von der Armenverwaltung für das von ihr in die Ehe mitgebrachte Kind bis zuletzt ein Pflegegeld erhalten. Wenn die Mutter das Kind tatsächlich fortgesetzt mißhandelt, wie konnte das so lange den Personen entgehen, deren Aufgabe es war, die Verhältnisse dieser Familie zu prüfen und dauernd zu beobachten? Man müßte das um so verwunderlicher finden, da doch bereits ein älteres Kind der Frau Trebe einem Waisenhaus übergeben worden war, weil die Mutter es mißhandelt habe.

Auf Grund der Bekanntmachung des Reichsfinanzers über den Betrieb der Wäldereien und Konditoreien vom 4. März 1906 werden noch der 28. Oktober, 2. 23., 30. November, 14., 19., 20., 21., 23., 31. Dezember d. J. als solche Tage festgesetzt, an denen in Wäldereien und Konditoreien Geschäften und Lehrlinge über die vorgeschriebene Zeit hinaus beschäftigt werden dürfen.

Feuerwehr-Automobilfabrikation.

Die nunmehr abgeschlossenen Versuche mit den beiden nach den Angaben der Berliner Feuerwehr konstruierten Feuerwehr-Automobilfabriken, die bisher zusammen mehr als 20 000 Kilometer zurückgelegt haben, sind ohne jeden Unfall — abgesehen von kleineren Beschädigungen infolge der vielfachen Benutzung — verlaufen. Sowohl mit dem Dampf-, als auch mit dem Elektroautomobil sind größere Touren nach Siedlitz, Dresden, Bayreuth, Jülich usw. unternommen worden. Jetzt dienen die beiden Autos zur Ausbildung von Chauffeuren usw. für die Feuerwehr. Der über die bisherigen günstigen Versuche erstattete Bericht war die Veranlassung, daß der Magistrat rund 185 000 M. für die Beschaffung eines Automobilzuges für die neue Feuerwehr am Friedrichshain bewilligt hat. Ein Löschzug wird auf Elektroautomobil, und zwar aus einer Gaspumpe, einer Dampfmaschine und einer großen abschließbaren Leiter bestehen, ist bei einer bekannten Fabrik in Wauden in Auftrag gegeben worden und soll im Frühjahr nächsten Jahres zur Ablieferung kommen. Sollten sich diese Fahrzeuge, was zu erwarten ist, auch in praktischen Feuerwehrdiensten bewähren, dann soll der gesamte Betrieb der Berliner Feuerwehr nach und nach aufgegeben und der Automobilbetrieb eingeführt werden. In Aussicht genommen sind 15 Löschzüge mit Elektroautomobilfahrzeugen und 5 Reservelöschzüge mit Dampfautomobilfahrzeugen, zusammen 20 Züge mit etwa 75 Fahrzeugen.

Ein Kind von der Straßenbahn totgefahren. Wie gefährlich das Spielen der Kinder auf dem Straßenbahnweg ist, zeigte sich gestern wieder einmal in der Friedenstraße. Vor dem Hause Nr. 22 spielte eine Schar kleiner Kinder. Hierbei geriet der sechsjährige Sohn Max des Aufsehers Erbe aus der Wäldingstraße 10 vor einen Straßenbahnwagen der Ringlinie Nr. 2. Das Kind wurde zu Boden geschleudert und geriet unter die Plattform des Wagens. Um dieses zu heben und den Anoden herbeizuziehen, mußte die Feuerwehr herbeigeholt werden. Der Kleine hatte jedoch schon das Leben ausgehaucht.

Ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Schlittenwagen und einem Straßenbahnwagen der Linie 18 ereignete sich gestern abends 6 Uhr an der Ecke der Buchholzstraße und Schönhauser Allee. Der Schlittenwagen versuchte kurz vor dem Straßenbahnwagen die Gleise zu kreuzen. Da der Führer des Straßenbahnwagens den in voller Fahrt befindlichen Schlitten nicht mehr zum Stehen bringen konnte, schauerte der Motorwagen mit voller Gewalt gegen den Schlittenwagen. Ein Pferd kam unter den Vorderperren zu liegen und es kostete Mühe, dasselbe aus der läßlichen Lage zu befreien. Die vordere Plattform des Motorwagens wurde dabei zertrümmert, so daß der Wagen außer Betrieb gesetzt werden mußte. Menschen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen.

Wissantendiebstahl. Gestern früh suchten Diebe das Wollwollgeschäft von Bruno Schröder in der Friedrichstraße 101 heim. Sie schnitten aus der großen Schaufensterscheibe ein halbmondförmiges Stück aus und hielten dann zwei teure Brochen, eine echte im Werte von 3300 M. und eine imitierte im Werte von 165 M. mit sich gehen. Trotzdem der Diebstahl sofort von Straßenpassanten bemerkt wurde, konnten die Spitzbuben doch nicht mehr gefaßt werden.

Ueberritten. Ein aufsehender Vorgang trug sich gestern nachmittag im Tiergarten in der Nähe des Wasserturms zu. Der Bankier G., unter den Linden wohnhaft, hatte einen Ausritt durch den Tiergarten unternommen. In der Nähe des Wasserturms wurde das Pferd durch einen vorbeifahrenden Stadtbahnwagen unruhig und ging mit seinem Herrn, der jede Nacht über das Tier verlorren hatte, durch. Am der Kreuzung des Fußweges nach dem Bahnhof Zoologischer Garten wurde die 47 Jahre alte Schneiderin

Martha Hering aus der Wilsnaderstraße 14 überritten. Die Bodenwunde wurde unter den Hüften des Pferdes übel zugerichtet. Neben äußeren Verwundungen erlitt sie auch schwere innere Verletzungen und mußte nach dem Krankenhaus Noabit gebracht werden.

Wegen Brandstiftung verhaftet wurde gestern abend in der Sürfürststr. 142 der Portier Siegmund. Dort kam schon vor 14 Tagen einmal Feuer aus, dessen Entstehung die Feuerwehr auf Brandstiftung zurückführte. Gestern abend wurde der 12. Löschzug wieder dorthin gerufen. Diesmal brannte auf dem Boden des Seitenslügels eine Matratze. Die Abflüßung war bald geschehen, und schon wollte die Feuerwehr wieder abrücken, als ihr von Hausbewohnern zugerufen wurde: „Jetzt brennt es auch auf dem Boden des Vorderhauses“. Feuerwehrleute kletterten nach oben und fanden hier zu ihrer Verwunderung vor der Bodentür den Portier des Hauses, der unter allerhand Nebenarten andeutete, daß hier keine Feuergefahr vorläge. Die Feuerwehrleute drängten ihn natürlich beiseite und fanden dann im Dachraum einen neuen Brandherd. Verschiedene Bodenverschläge und Teile der Dachkonstruktion standen in Flammen. Das Benehmen des Portiers war derart verdächtig, daß die Polizei eingriff und ihn einem Verhöre unterwarf. Nach längerem Zeugnien gestand er schließlich, den Brand vorsätzlich angelegt zu haben, und zwar aus Rache dafür, daß er seine Kündigung erhalten habe. Daraufhin wurde er festgenommen.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Heute abend im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15, Vortrag des Direktors der Treptower Sternwarte, Herrn Dr. F. S. Archonhold, über „Bildungsausfallten und Sternwarten in Amerika“ (mit zahlreichen Lichtbildern). Beginn spätestens 8 Uhr, Eintritt 40 Pf. Garderobe frei unter Vorzeigung des Billets. — Die Unterrichtsstunde beginnt am Montag, den 14. Oktober (siehe Lehrplan im Inseratenteil). Mitglieder, welche Lehrpläne zur Agitation wünschen, wollen ihre Adresse und die Anzahl der Exemplare an den Genossen H. König, S 59, Hafenstraße 66, einsenden.

Ueber den Brenner nach Venedig.

Nur einer verhältnismäßig kleinen Gruppe von Leuten ist es vergönnt, die wundervollen Natur Schönheiten Tirols aus unmittelbarer Nähe zu genießen und sich daran zu erfreuen. Man kann es deshalb begrüßen, daß der Direktor der Urania die Reize des Tiroler Landes auf die Matte gebracht hat und sie uns in dem neuen Vortrage „Ueber den Brenner nach Venedig“ im wissenschaftlichen Theater der Urania in der Landenstraße vorführt.

Inferre Wanderung beginnt in Susein, und nachdem wir nach Innsbruck einen Blick geworfen, geht es über den Brenner. Immer höher führt uns der Weg und nach all den unendlichen Schwierigkeiten, die die Bahn zu überwinden hat, erfreuen wir uns an dem Anblick des Brennerjoes. Im Flug schauen wir Gossensjoch und Sterzing, um etwas länger in Augenscheide zu verweilen, jener herrlichen Landschaft, die Otto Erich Hartleben als „das Tor des Frühlings“ bezeichnet. Und wie reizend, wie anziehend ist Wogen. Der Anblick des Rosengartens, des Aunstein, des Eggenales, der Burg Hardeib und des Karlofeld nehmen unsere Bewunderung landschaftlicher Reize vollkommen gefangen. Man begreift es, wenn Dichter und Schriftsteller alter und neuer Zeit diese Schönheiten besungen und verherrlicht haben.

Und doch bietet unsere Reise noch weitere Freuden und Genüsse, sobald wir Tirol verlassen und italienischen Boden betreten. Venedig ist unser Endziel, mit seinen wundervollen Gaudenmalern und Palästen, Kanälen, Brücken und Inseln.

Wer alles das in zwei Stunden an seinem geistigen Auge vorübergehen läßt, wem käme da nicht der Gedanke, selbst in unmittelbarer Nähe zu schauen, zu genießen, und wer lenkt sich nicht die Frage vor: Ist es unabänderlich, daß nur eine kleine Minderheit sich diese Genüsse verschaffen kann?

Die freie Volksschule (Berlin) eröffnet mit Anfang Oktober vier neue Abendabteilungen, die ihre, um 8 1/2 Uhr abends beginnenden Aufführungen (geschlossene Vereinsvorstellungen) abwechselnd im Luisenparktheater und im Vorhangtheater an den Freitagabenden erhalten. Der Spielplan wird in beiden Theatern verschieden sein. Im Luisenparktheater gelangen moderne Autoren, Dramen, Schauspiele, Komödien, Dialogstücke zur Aufführung, und zwar in eigener Regie mit besonderem Ensemble und namhafter Gastspielkräfte. Artistischer Leiter dieser Vorstellungen ist Direktor Adolf Steinert. Im Vorhangtheater finden gleichzeitig für die Abendabteilungen Opernaufführungen unter artistischer Leitung des Herrn Direktors Garloff statt.

Der Beginn der Abendvorstellungen ist auf 8 1/2 Uhr pünktlich festgesetzt. Die Billets werden wie sonst im Kasernenverloft.

Da mit den ordentlichen Beiträgen die Kosten dieser Abendveranstaltungen nicht gedeckt werden können, wird dafür der Beitrag, laut Statut § 6, um 10 Pfennig, für Einschreibegeld und Beitrag auf eine Mark erhöht. Der Beitrag an den Nachmittagen beträgt nach wie vor 50 Pfennig. Die Mitglieder der Nachmittagsabteilungen können sich auf Wunsch außerdem auch noch den Abendabteilungen anschließen.

Zur Aufführung im Luisenparktheater sind zunächst auf den Spielplan gesetzt: Philipp Langmann: „Partel Turaker“; Gerhard Hauptmann: „Der Sonnenaufgang“; Ibsen: „Die Wildente“.

Mitgliederermeldungen werden von heute ab in allen Zahlstellen angenommen.

Die Mitgliederarten werden Mitte Oktober in den Zahlstellen veranschlagt. Die Mitglieder werden gebeten für die Füllung der Abendabteilungen Sorge zu tragen. Der Vorstand. J. B.: G. Winkler.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania in der Landenstraße gelangt in dieser Woche der neue mit zahlreichen farbigen Bildern und Wandelpanoramen ausgestattete Vortrag „Ueber den Brenner nach Venedig“ allabendlich zur Darstellung. An den Nachmittagen (4 Uhr) finden während der Schulferien Wiederholungen nachstehender Vorträge zu kleinen Preisen statt: Montag, Mittwoch und Freitag „Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat“; Dienstag, Donnerstag und Sonnabend „Von der Zugspitze zum Watzmann“.

Auf der Treptow-Sternwarte spricht Direktor Dr. Archonhold heute, Sonntag, nachmittag 5 Uhr, über „Astronomie für jedermann“, und um 7 Uhr über „Neues vom Mars“, am Montag, abends 8 Uhr, über „Das Entstehen und Vergehen der Welten“. Alle drei Vorträge sind gemeinverständlich und mit zahlreichen Lichtbildern ausgestattet. Mit dem großen Fernrohr wird an den sechzehn mondlosen Abenden der merkwürdige Ringnebel in der Leier und das „Saturnsystem“ gezeigt. Kleinere Fernrohre stehen den Besuchern für die Beobachtung von Mars, Doppelsternen und anderen Gestirnen frei zur Verfügung.

Der Große Preis von Europa, der schon einmal wegen Regen verschoben werden mußte, kommt am heutigen Sonntag im Sportpark Siedlich in zwei Läufen über 40 und 60 Kilometer zur Entscheidung.

Der Berliner Volks-Chor eröffnet seine diesjährige Konzertsaison heute abend 7 1/2 Uhr mit einem Fr. Schubert-Abend in dem Musiksaal unter Mitwirkung folgender Solisten: Fel. Gertrud Bischoff (Sopran), Fel. Ami Bremer (Alt), Herrn R. Kurth (Bass) und Herrn R. Neumann (Bass-Bariton) sowie des Berliner Volks-Chors. Eine geringe Anzahl Billets können noch an der Abendkasse zur Ausgabe gelangen.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht um 2 Uhr kam auf offener Straße vor dem Hause Wandelstraße 9 Feuer aus. Als der 15. Zug erschien, standen dort Möbel in Flammen, die bald gelöscht werden konnten. Angeblich waren dort Leute mit ihren Sachen heimlich „getüft“. Bei dem dann sich entzündenden Streit zwischen der „Rückkompanie“ und dem Wirt waren die Möbel, deren Fortschaffung die Polizei verhindern wollte, in Brand geraten. — Wegen eines Wasserrohrbruchs wurde der 20. Zug nach der Straße hinter den Linden 25, Ecke Friedrichstraße (Strangler), gerufen. Eine Wadestube, Küche und andere Räume waren überschwemmt. Gleichzeitig mußte in der Brüsseler Straße 14 ein Brand gelöscht werden, Fett usw. brannte dort.

Arbeiter-Samariterkolonne. Die Arbeiterhaft Berlins und der Vororte machen wir auf die Anfang Oktober beginnenden Kurse zur Ausbildung in der ersten Hülfsleistung bei Unglücksfällen und plötzlichen Erkrankungen aufmerksam. Der Beginn des Kurses in unseren 4 Abteilungen ist aus dem Inserat der heutigen Nummer zu ersehen. — Durch die zunehmende maschinelle Vervielfachung und namentlich auch auf den Bauten ist die Gesundheit und das Leben der Arbeiter ganz besonders bedroht. Sehr häufig mangelt es an dem notwendigen Verbandsmaterial, und wo solches vorhanden, ist dasselbe nicht in dem Zustande, um einen sachgemäßen Verband anlegen können. Das liegt meistens daran, daß nicht genügend vorgegebene Personen vorhanden sind. Diesem Uebel abzuwehren, hat sich die Arbeiter-Samariterkolonne zur Aufgabe gemacht. In einem halbjährlichen Kursus und unter Leitung bekannter praktischer Ärzte wird den Teilnehmern alles das gelehrt, was sie zur Kenntnis der ersten Hülfsleistung benötigen. Es finden theoretische Vorträge und praktische Übungen statt, außerdem steht eine reichhaltige Bibliothek zur Verfügung. Wer sein Wissen bereichern will, um seinen Mitmenschen in der Stunde der Gefahr beizustehen, der nehme an einem solchen Kursus teil. Namentlich Frauen und Mädchen ist dies sehr zu empfehlen, da sie häufig in die Lage kommen, ein erkranktes Familienmitglied zu pflegen. Lehrpläne zu diesem Kursus können durch E. Stein, Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 40, bezogen werden. Um zahlreiche Beteiligung wird erbeten.

Vorort-Nachrichten.

Karlshorst.

Große Unregelmäßigkeiten bei Ausführung gemeindlicher Kanalisationsarbeiten

In Karlshorst bildeten das Thema einer von unseren Genossen am Donnerstag einberufenen Einwohnerversammlung, die sehr stark, auch von bürgerlicher Seite, besucht war. Der Referent Genosse Link wies eingangs auf die seit Monaten umherschwirrenden Gerüchte hin, die eine volle Aufklärung von kompetenter Stelle hätten erwarten lassen sollen. Da eine solche ausbleiben, sei die Notwendigkeit geboten, in öffentlicher Aussprache dazu Stellung zu nehmen. Die Gemeinde Friedrichsfelde sagte im Jahre 1905 den Plan, eine gemeinsame Kanalisationsanlage für Friedrichsfelde und Karlshorst zu errichten. Schon bei der Vergebung dieser Arbeiten sei von der sonst üblichen Weise abgewichen. Anstatt die Arbeiten öffentlich auszuschreiben und sie dann demjenigen zu übertragen, der die beste Gewähr für das Gemeinwohl bietet, habe man einen Unternehmer B. mit der Ausarbeitung eines Projektes beauftragt und daselbe von einem Hochbauingenieur, den man als Gemeindevaumeister anstellte, prüfen lassen. Dann habe man fünf weitere Firmen um Kostenschätzungen erachtet, die Anlage aber der Firma B., die die Arbeiten für einen Preis von 859 795,60 M. gegenüber den Forderungen der übrigen von 874 104,20 bis 953 685,60 M. ausführen wollte, übertragen. Als eine Verachtlichung der Gemeinde bezeichnete es der Vortragende, daß man in das Kanalisationsnetz völlig unbebaute Straßen mit bedeutender Rohrleitung aufgenommen habe, und zwar nicht auf Kosten der Grundstücksbesitzer, sondern der Gemeinde. Nach dem Vertrag war die Firma B. gehalten, für den bedungenen Preis alle notwendigen Arbeiten, einschließlich einer größeren Anzahl der Rohrleitungen, wo die Absenkung des Grundwasserspiegels durch Hochbrunnen mit Dampfmaschinen erforderlich wird, auszuführen. Trotz dieser Verpflichtung hat der Unternehmer für diese Grundwasserentfernung eine Entschädigung von nahezu 1/2 Million Mark erhalten, nachdem der anfänglich sich weigernde Gemeindevaumeister dieselbe befürwortete. Das sei sicherlich nicht als einwandfrei zu erachten. Aber es seien noch ganz andere Dinge vorgekommen. Laut Vertrag war dem Unternehmer die Breite und die Tiefe der Rohrverlegungen sowie die Tiefe der Einsteigeöffnungen zu einem bestimmten Preise pro laufenden Meter und Stück vorgeschrieben. Nun sind in der Prinz Adalbertstraße, Prinz Friedrich Wilhelmstraße, Auguste Viktorstraße, Prinz Heinrichstraße, Prinz Joachimstraße, Prinz Oskarstraße, Prinz Eitel Friedrichstraße, Prinz Auguststraße, Kaiser Wilhelmstraße, Stühlingerstraße, Heiligenbergerstraße, Gönradstraße zirka 200 laufende Meter Rohr verlegt, die nach dem Vertrage in Schächten von 3,30 Meter bis 4,20 Meter Tiefe liegen sollen; tatsächlich liegen dieselben aber nur 2 Meter tief. Ebenso steht es mit den Einsteigeöffnungen, auch diese sollen eine Tiefe von 3,30 bis 4,20 haben, sie sind indes nur 2 Meter tief. Auch hier sind dem Unternehmer B. die Preise für die Tiefen von 4 Meter und darüber hinaus bewilligt. Dadurch sind dem Unternehmer wiederum ganz enorme Summen (man spricht von nahezu einer Million) in die Taschen geflossen.

Die Angelegenheit sei in Einwohnerkreisen seit Wochen in aller Munde, aber keiner der bürgerlichen Herren, die sich um das Gemeinwohl bemühen, hätte den Mut, öffentliche Auskunft zu verlangen. Auch die Herren Gemeindevorsteher mühten diese Dinge kennen. Wenn ihnen schon durch die Behandlung dieser Sache in nächstöffentlicher Sitzung bis zu einem gewissen Grade Schweigen auferlegt sei, so seien sie doch verpflichtet, Rede und Antwort zu stehen, sobald durch solche Gerüchte das Vertrauen in die Gemeindeverwaltung erschüttert werde. Freilich hänge diese Entwidlung der Dinge aufs Innigste mit der Vergebung von Gemeindevorarbeiten an Privatunternehmer zusammen. Die Sozialdemokratie fordere prinzipiell die Ausführung solcher Arbeiten in eigener Regie der Gemeinde, die zweifellos in diesem Falle nicht bloß besser, sondern auch billiger gewirtschaftet hätte. Die Firma B. habe nicht einmal arbeitslose Gemeindevorarbeiten, wohl aber Polen und Galizier beschäftigt, darunter sogar Mädchen und Frauen bei Erdbarbeiten und zu geringeren Löhnen. Dadurch habe sie doppelt bei dieser Anlage verdient. Als Fazit seiner Ausführungen forderte Redner in erster Linie volle Aufklärung von Seiten der Gemeindeverwaltung, die verpflichtet sei, dafür zu sorgen, daß, falls die Ausführungsbedingungen nicht erfüllt seien, das zu Unrecht verwendete Geld der Steuerzahler der Gemeinde zurückgeführt werde. Es müsse aber auch darauf gedrungen werden, daß künftig solche Arbeiten nicht wieder der Verleihung von Privatunternehmern überlassen, sondern von der Gemeinde in eigener Regie ausgeführt würden. Um das durchzusetzen und ähnliche Vorkommnisse für die Zukunft zu verhindern, hätten die Anwesenden dafür zu sorgen, daß künftig die sozialdemokratische Einwohnergesellschaft gebührend in der Gemeindeverwaltung betreten sei, da nur diese den Mut habe, ungeachtet für das Wohl der Gemeinde einzutreten.

Die Debatte wollte anfangs nicht recht in Fluß kommen. Die bürgerlichen Herren waren sehr betreten, weniger ob der Enthaltungen des Referenten, als vielmehr darüber, daß diese Mitteilungen in Besitz der Sozialdemokratie gelangt waren. Es bedurfte sehr starker moralischer Rippenstöße, um den Herren die Dinge zu lösen. Der Vorsitzende des Hauses und Grundbesitzer, Herr Müller, bezeichnete die ganze Versammlung als verfrüht, da die Gemeindeverwaltung einen Oberstadter beauftragt habe, die ganze Angelegenheit zu prüfen, und fragte sehr naiv, aus welcher Quelle der Referent eigentlich sein Wissen habe. Genosse Link hatte für diese neugierige Frage natürlich sofort eine drastische Antwort zur Hand. Wollte man auf das Ober-

gesehenen warten, dann bekämen es vielleicht einige Eingeweihte zu sehen, nicht aber die große Masse der Steuerzahler. Interessant für die Versammlung war es, daß der Gemeindevorsteher Herr D. Dinge zugehört habe: es seien große Sünden an der Gemeinde begangen und es bleibe noch abzuwarten, ob die Angelegenheit ihren Ausgang in einem Zivil- oder Strafprozeß finden werde. Er hat zum jetzigen Ortsvorstand das Vertrauen, daß er das Gemeinwohl wahren und volle Aufklärung geben werde. Genosse R. wies auf die Regrechtheit des Unternehmers hin und trug den Herren, wann und wie denn eigentlich dem schauerlichen Zustand der Straßen abgeholfen werde, worauf Herr D. Dinge entgegnete: Solange die Haftpflicht des Unternehmers für die ordnungsmäßige Wiederherstellung der Straßen dauere, sei das Geld, das die Gemeinde dafür ausbe, weggeworfen. Aber sie werde wohl oder übel sich zu einigen Aufwendungen entschließen müssen, denn so könne es nicht bleiben.

Genosse St. ging in scharfen Ausführungen mit dem System der Gemeindeverwaltung ins Gericht, die alles dem Gemeindevorsteher überlassen und nicht einmal eine Kommission dafür nötig gehalten habe. Diese mußte erst durch die sozialistischen Vertreter erwungen werden. Auch seien die bürgerlichen Vertreter prinzipiell gegen die Gemeindegewalt und für Vergebung an Privatunternehmer. Nach dem heute hier Gehörten hat die Firma B. bedeutend an notwendigen Aufwendungen gespart und keinen Anspruch auf den vereinbarten Preis. Und wozu denn diese Geheimnisträumerei der bürgerlichen Gemeindeverwaltung? Warum werde den Steuerzahlern nicht klarer Wein eingegossen? Daß bei den Erdbarbeiten Frauen verwendet seien, wäre selbst in seinem nordischen Heimatdörfchen unmöglich gewesen. Und das passiere vor den Toren Berlins! Auch jetzt noch spottete der Zustand der Straßen jeder Beschreibung. — Herr Fürstheim ist den Einberufern dankbar für die Veranstaltung der Versammlung. Sie habe den Beweis ergeben, daß sie nicht verfrüht sei und daß vieles nicht so sei, wie es sein sollte. Ein Herr A. macht das Stimmungsweises für diese Zustände verantwortlich und meint, es hätte nicht so weit kommen dürfen. Einige sachverständige Gemeindevorsteher, die Vaumeister Gregorius und Bredow, die in Karlshorst wohnen, konnten tagtäglich die richtige Ausführung der Arbeiten überwachen. In seinem Schlusswort wiederholt der Referent Link das Verlangen nach offener Aufklärung. Man dürfe die Steuerzahler nicht im Dunkeln lassen. Die heutige Versammlung habe in einen Sumpf hineingeleuchtet, das haben selbst die bürgerlichen Vertreter bestätigt. Aber nur die Sozialdemokraten hätten sich schließlich um das Gemeinwohl gekümmert. Mit scharfen Worten brandmarkte Redner auch das Treiben der bürgerlichen Vereine, der Sozialdemokratie das größte Lokal in Karlshorst zu verschließen. Es sei ein unwürdiger Zustand, der Sozialdemokratie als minderberechtigt öffentliche Lokale zu verweigern und ihr dadurch das notwendige Wirken für das Gemeinwohl zu erschweren. Wer wahrhaft für die Gesundung der Gemeindeverhältnisse eintreten wolle, müsse bei der nächsten Wahl für die Sozialdemokratie eintreten.

Genosse Umbreit beantragt folgende Resolution: „Die öffentliche Einwohnerversammlung von Karlshorst, tagend am 26. September, fordert von der Gemeindeverwaltung volle Aufklärung über die bei der Ausführung der Kanalisationsarbeiten für Friedrichsfelde-Karlshorst vorgekommenen Unregelmäßigkeiten, in denen sie eine schwere Schädigung der Interessen der Steuerzahler und des Gemeinwohls erblickt.“

Die Versammlung erkennen die wahre Ursache dieser Vorkommnisse in der Art der Vergebung von Gemeindevorarbeiten an Privatunternehmer und fordern, daß künftig solche Arbeiten von der Gemeinde in eigener Regie ausgeführt werden.“

In getrennter Abstimmung wurden beide Abschnitte der Resolution trotz zahlreicher Anwesenheit bürgerlicher Herren gegen wenige Stimmen angenommen. Die Gemeindeverwaltung von Friedrichsfelde wird sich nunmehr einer öffentlichen Klärung aller der Sünden, die in dieser Sache begangen wurden, schuldig machen nicht entziehen können. Es hat auf die Einwohnergesellschaft den denkbar schlechtesten Eindruck gemacht, daß erst eine öffentliche Versammlung das Schweigen der bürgerlichen Gemeindevorsteher brechen mußte. Die nächsten Gemeindevorwahlen werden darauf die rechte Antwort geben.

Rixdorf.

Die neuesten Polizeiaktionen in Rixdorf und das Verbot des Rinderturnens in der Freien Turnerschaft Rixdorf-Brick war das Thema, das Stadtvorordnete Emil W. in einer nach dem Thielischen Lokale, Vergstr. 151/152, einberufenen öffentlichen Protestversammlung behandelte. Der große geräumige Saal war überfüllt, ein Beweis des großen Interesses, das die Bevölkerung der Behandlung dieses Themas entgegenbrachte. Der Referent legte zunächst die Bedeutung des Turnens für die Kräftigung und Verschönerung des Körpers dar und zeigte, daß in allen Zeiten der Pflege des Turnens die größte Aufmerksamkeit gewidmet worden sei. In der vormärzlichen Zeit habe die Regierung in den Turnvereinen plöblich staatsgefährliche Umtriebe gewittert. Durch die behrlichen Verfolgungen sei alsdann der freiwillige Geist in den Turnvereinen der Pflege des Hygienturnens gewichen. Ein großer Teil der Turnvereine erblide heute nur die Hauptaufgabe im kräftigen Hurraschreien und als Staffage zu dienen. Diese erreichte auch seinen Höhepunkt in Rixdorf-Brick im Jahre 1895. Es fand sich eine kleine Gruppe, welche die freie Turnerschaft ins Leben rief. Schon von der Gründung an war der Arbeiter-Turnverein den behrlichen Eingriffen ausgesetzt. Namentlich seien die Jugendabteilungen streng aufs Korn genommen worden, wobei die liberale Lehrerschaft von Rixdorf-Brick der Behörde nicht zu unterstützende Dienste geleistet habe. Doch als alle diese Mittelchen, die Jugendabteilung der freien Turnerschaft zu vernichten, nicht den gewünschten Erfolg hatten, sei plöblich eine Kabinetsordre aus dem Jahre 1894 aus der Rumpelkammer geholt worden, mit dieser sei dann vom Regierungspräsident, der Polizeibehörde, Schuldeputation, Lehrerschaft unter Vorantritt des sogenannten liberalen Ministers Hölle gegen die Arbeiter-Turnvereine vorgegangen worden. Zunächst forderte man die Liste der Turnwarte, dann verbot man die Erteilung des Unterrichts an jugendliche Personen. Auf diese Weise seien die Jugendabteilungen vernichtet worden — allerdings nur in den Arbeiter-Turnvereinen. Die Ausführungen des Referenten wurden des öfteren durch Entrüstungsrufe unterbrochen. Sämtliche Diskussionsredner äußerten sich im Sinne des Referenten und forderten die Anwesenden auf, ihre Kinder von den patriotischen Turnvereinen fernzuhalten. Nachdem auf die Bedeutung der gewerkschaftlichen und politischen Organisation sowie auf den „Vorwärts“ im Kampf für die Freiheit verwiesen worden war, gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

Die am 24. September 1907 im Thielischen Saale tagende öffentliche Protestversammlung hat Kenntnis genommen von den Maßnahmen der Polizei bezugl. der Regierung gegen die freie Turnerschaft Rixdorf-Brick. Sie erblickt in dem Verbot der Jugendabteilungen einen unerbittlichen Eingriff in die persönliche Freiheit der Staatsbürger und eine Verletzung des demselben zustehenden Selbstbestimmungsrechts bezugl. der Erziehung ihrer Kinder. Die Versammlung protestieren daher energisch gegen diese Uebergriffe und versichern jetzt mehr denn je die Arbeiter-Turnvereine und die freie Turnerschaft unterstützen zu wollen.

Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich vorgestern nachmittag am Bahnhof Hermannstraße ereignet. Der als Lampenputzer beschäftigte Bahnunterhaltungsarbeiter Fritz Dehmke hatte beim Reinigen der Signallaternen nicht auf die vorüberfahrenden Züge geachtet. Während er sich bei der Arbeit nach dem Gleis hinüberbeugte, kam ein Ringbahnzug vorüber, dessen Maschine ihn erfasste und mit sich schleifte. Der Junghüter bremste sofort und brachte den Zug zum Stehen. In bewußtlosem Zustande wurde D.

nach dem Krankenhaus am Friedrichshain befördert. Er ist so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

In der gestrigen Notiz: „Wie der Rixdorfer Polizeipräsident Bekümmert erkrankt“ heißt es, daß die Radfahrkarte auf der Polizei einfach abgeschnitten worden sei; es muß heißen: abgezeichnet. Die Einlieferung des Sistrices erfolgte nicht um 11 Uhr, sondern um 1 1/2 Uhr.

Schöneberg.

Im fünften Kommunalwahlbezirk scheint die Kandidatur unseres Genossen Reichstagsabgeordneten Rollenbuhr die bürgerlichen Parteien etwas stutzig gemacht zu haben. Die Liberalen haben darauf die Kandidatur des Stadtvorordneten Dr. Freund zurückgezogen, weil er in diesem Bezirk nicht der geeignete Mann zu sein scheint. Die Liberalen sind nämlich der Meinung, daß gegenüber der sozialdemokratischen Kandidatur Rollenbuhrs nur die Kandidatur einer entschieden fortschrittlichen und populären Persönlichkeit Aussicht auf Erfolg bietet. Eine solche Persönlichkeit soll nun angeblich der Stadtvorordnete Oberlehrer Desterreich sein. Hoffentlich findet er ebenso wie Dr. Freund auch die Unterstützung der übrigen bürgerlichen Rixdormänner unter der Führung des Reichverbandes. Unsere Parteigenossen werden jedenfalls dafür sorgen, daß in diesem Bezirk der Erfolg dem Stadtvorordneten Desterreich ebenso ausbleiben wird, wie er dem Stadtvorordneten Dr. Freund ausblieben wäre. Der Bezirk wird nach wie vor der Sozialdemokratie gehören.

Friedenan.

Bei einem Wohnungsbrand schwer zu Schaden gekommen ist vorgeföhren der Schuhmachermeister Peters aus der Siemensstr. 28. B. hatte eine brennende Lampe von der Küche nach der Stube tragen wollen. Hierbei entglitt sie ihm seinen Händen und stürzte zu Boden. Das Petroleum ergoß sich über den Fußboden hinweg und bald stand fast das ganze Zimmer in Brand. B. wurde von den Flammen erfasst und brennend schleifte sich der bereits betagte Mann nach der Tür, wo er zusammenbrach. Zum Glück kam ein Nachbar herbei, der die Flammen an ihm erstickte. Inzwischen hatte der Kernte aber so schwere Brandwunden an der Brust, an den Händen und am Oberkörper erlitten, daß er nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte.

Johannisthal.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins referierte Genosse Hirsch-Charlottenburg über den Internationalen Kongress zu Stuttgart konnte in Anbetracht der Wichtigkeit des Referates der Besuch der Versammlung auch besser sein, so wird die gespannte Aufmerksamkeit, mit der die Anwesenden den vorzüglichen Ausführungen des Referenten folgten, diesen für seine Mühe entschädigt haben. In der Diskussion zeigte sich, daß das Referat viel Aufklärung unter den Anwesenden geschossen hatte. Zu Delegierten zur Generalversammlung Groß-Berlins wurden die Genossen Schneider und Krieg gewählt. Anfang nächsten Jahres wird für die Orte Ober- und Nieder-Schöneweide sowie Johannisthal die Errichtung eines Gewerbegerichtes angestrebt. Genosse Pielke machte Mitteilungen über den Stand der Verhandlungen und forderte die Gewerkschaftler auf, beizeiten Stellung zu nehmen. Im weiteren Verlauf der Versammlung fanden interne Angelegenheiten ihre Erledigung. Zum Schluss wurde noch beschlossen, auch in diesem Jahre das Stiftungsfest zu feiern.

Grünau.

Ein verheerender Brand brach Freitagnachmittag in der zwischen Grünau und Bohnsdorf gelegenen „Villa Kohl“ aus, dem die erste Etage und das Dachgeschoss fast völlig zum Opfer fielen. Das Feuer wurde erst bemerkt, als bereits mehrere Bodenflammen in Flammen standen. Die aus den benachbarten Orten herbeigerufenen Feuerwehre vermochte gegen das verheerende Element nichts auszurichten, da das Wasser aus großer Entfernung und auch nur sehr spärlich herbeigeschafft werden konnte. Die Grünauer Wehr war bis 12 Uhr nachts an der Brandstelle und wurde gestern in der dritten Morgenstunde wieder gerufen, da der Brand erneut zum Ausbruch kam. Der angerichtete Schaden ist bedeutend. Unter den völlig abgebrannten und nicht versicherten Mietern befindet sich auch eine Arbeiterfamilie mit 7 Kindern.

Vermischtes.

Den Spuren der ehemaligen Kronprinzessin von Sachsen, jetzigen Frau Toselli, wird von der Lalaia unserer Sensations- und Klatschpresse noch ungeschwächt nachgeschmüffelt. Es gibt fast keinen Ort und keinen Weg, wo diese Frau nicht einer strengen Beobachtung solcher Reporterseelen ausgesetzt wäre. Gestern wühlten Blätter zu melden, daß der König von Sachsen seiner ehemaligen Gattin das bisher gezahlte Geld nicht entziehen wolle, obgleich er die Apanage weiter zu bezahlen nicht verpflichtet sei. Die kleine Prinzessin soll der Gräfin abgenommen und nach Sachsen gebracht werden, um sie dort standesgemäß erziehen zu lassen. Des weiteren wissen die Spürnasen mitzuteilen, daß der sächsische König über die Wiederberatung seiner früheren Gemahlin erzürnt sei und daß, falls die Gräfin nicht gutwillig das Kind herausgäbe, es mit Hilfe der italienischen Polizei erlangt werden soll. Wann wird jene wie ein geheimes Bild verfolgt Frau einmal Ruhe haben vor den Presstafeln und wie lange soll sie berufen sein, das durch die bürgerliche Klatschpresse angeregte Sensationsbedürfnis ihrer Leser zu befriedigen?

12 000 Obdachlose. Infolge der Ueberschwemmungen in Malaga sind 2000 im Erdgeschosse gelegene Wohnungen nicht bewohnbar, wodurch 12 000 Personen obdachlos sind. Im allgemeinen hat sich jedoch die Lage gebessert. Wie aus Barcelona gemeldet wird, steht ein Teil der unteren Stadt unter Wasser.

Ein Bergführer abgestürzt. Der Bergführer Kerschbichler ist nach einer Fehlwand aus Salzburg in Krinnal über eine Felswand abgestürzt und tot geblieben.

Das Hochwasser in Frankreich.

Nach einer Meldung aus Montpellier dauern die Ueberschwemmungen an. Zahlreiche Leichen wurden aufgefischt. In Cette ist das Wasser noch um 50 Zentimeter gestiegen. Die Bergungarbeiten werden mit unermüdlichem Eifer fortgesetzt. Es sind noch zirka 750 Personen in Sicherheit zu bringen, die sich auf Dächer und Bäume geflüchtet haben. In Agde ließ der Bürgermeister bekannt machen, daß ein weiteres Steigen der Fluten um anderthalb Meter zu befürchten sei. Zahlreiche Einwohner wurden aufgefordert, ihre Wohnungen zu verlassen.

Explosion in einer Oelgasfabrik. In der Wiener Oelgasfabrik der Firma Kantsch fand eine Explosion statt. Zwei Arbeiter wurden tödlich verletzt.

Grundt Menschen ein Opfer der Flammen! Bei dem Brand in Madow, der jetzt gelöscht ist, ist, wie aus Hongkong gemeldet wird, ein Oeldepot explodiert. Man glaubt, daß 100 Menschen umgekommen sind. In der Stadt wird geplündert. Das englische Konsulat wird durch Mannschaften des Kanonenbootes „Robin“ bewacht und die Ausländer befinden sich in Sicherheit.

Drei Arbeiter getötet. In Mos (Norwegen) sind durch einen Unfall bei den Eisarbeiten auf einem im dortigen Hafen liegenden Dampfer der Wislonlinie drei Arbeiter getötet und drei andere verletzt worden.

Wetter-Prognose für Sonntag, den 29. September 1907. Teilweise neblig, vorwiegend heiter, trocken und am Tage warm bei mäßigen südöstlichen Winden. Berlin Welterbau

Große Frankfurterstr. 126 Eckhaus Koppenstraße.

S. Weissenberg

Große Frankfurterstr. 126 Eckhaus Koppenstraße.

Zum Umzuge besonders preiswertes Angebot in Gardinen, Stores und Vorhangstoffen.

Table with 3 columns: Engl. Tüllgardinen weiß und creme, Abgepaßte Vorhänge weiß, creme und gold, Engl. Tüllgardinen weiß und creme, 2 Flügel, Tüll-Bettdecken weiß und creme, Engl. Tüllstores in neuen modernen Mustern, Vorhangstoffe weiß, creme und gold.

Einzelne Fenster sowie Gardinenreste zu enorm billigen Preisen. Auf Gardinen 10 Prozent.

NEUES TONKÜNSTLER-ORCHESTER Dirigent: Franz Hoffelder, Alte Jakobstr. 65, I.

Dr. Schünemann Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Ehe Paul Burows Möbel-Fabrik, Lindenstr. 105 Brautleute sich ihre Möbel-Ausstattung kaufen, sollten sie unter keinen Umständen unterlassen.

Grammophon-Zentrale Alexanderplatz, gegenüber dem Bahnhof, Eingang Königsgraben, 1 Treppe. Platten-Sprechmaschinen M. 16.50 20.- 25.-

Eine Mark Herren-Garderoben Julius Fabian, Schneidemeister, Gr. Frankfurterstr. 37.

Möbel-Stube und Küche Anz. 15 M. Moderne Schlafzimmer, bunte Küchen, bessere Wohnungseinrichtungen.

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 67, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe. 10.00, Doppelbett, Unterbett, Kissen, rote Stoffe. Plandische Andreadstr. 38. 26418*

Partikular mit zahlreicher preiswert, „Dien“. Ausläufer Zigaretten-Geschäft, Petersburgerstraße 34. 27168*

Metalarbeiten, zwei prachtvolle, spottbillig, Ritterstraße 112 II. 27168*

Salontische, exotische Pracht-exemplare, 36,00, wunderschöne Zimmertische 8,00, hochleganter facetierter Säulentrucum 30,00.

Totalverkauf meines Engros- und Filialenlagers: Gardinen, Stores, Tüllbettdeden 10 bis 20 Prozent Rabatt.

Hochverehrte Deutscherin Herrenpaletots, feinsten Wollstoffen herabgehend, 18-38,00, täglich, Sonntag.

Verkaufte Möbel, Bildnisse ...
Polonial-, Eß- und Geschirrgeschäft ...
Grammophon ...
Reparatur ...
Zimmervermieter ...
Verkauf ...
Wohnung ...

Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...

Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...

Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...

Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...

Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...

Verschiedenes.

Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...

Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...

Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...

Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...

Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...

Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...

Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...

Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...

Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...

Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...

Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...

Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...

Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...

Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...

Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...

Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...

Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...

Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...

Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...

Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...

Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...

Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...

Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...

Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...
Wohnung ...

Vermietungen.

Wohnung ...

Wohnung ...

Wohnung ...

Wohnung ...

Wohnung ...

Wohnung ...